Bericht des Bundesrates

vom 8. März 2019

über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2018

Bericht des Bundesrates

vom 8. März 2019

über Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2018

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
Publikation Internet: www.admin.ch

Motionen und Postulate der eidgenössischen Räte im Jahr 2018

Bericht des Bundesrates vom 8. März 2019

Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Ständeratspräsident
Sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten
Sehr geehrte Damen und Herren

Dieser Bericht gibt einen Gesamtüberblick über das Geschehen aller vom Parlament überwiesenen Motionen und Postulate (Stand: 31.12.2018). Sämtliche Vorstösse werden nur mit Titel aufgeführt, auch die erstmals erscheinenden. Die vollständigen Texte befinden sich auf der Datenbank Curia Vista.

Kapitel I enthält alle Vorstösse, die der Bundesrat zur Abschreibung beantragt. Dieser Berichtsteil richtet sich gemäss den Artikeln 122 Absatz 2 und 124 Absatz 5 des Parlamentsgesetzes an die Bundesversammlung und erscheint deshalb gemäss den geltenden Publikationsvorschriften auch im Bundesblatt, in identischem Wortlaut.

Kapitel II enthält all jene Vorstösse, die der Bundesrat zwei Jahre nach ihrer Überweisung durch die eidgenössischen Räte noch nicht erfüllt hat. Von diesem Zeitpunkt an hat der Bundesrat gemäss den Artikeln 122 Absätze 1 und 3 und 124 Absatz 4 des Parlamentsgesetzes jährlich zu berichten, was er zur Erfüllung der Aufträge unternommen hat und wie er sie zu erfüllen beabsichtigt. Dieser Berichtsteil richtet sich gemäss dem Parlamentsgesetz an die zuständigen Kommissionen.

Anhang 1 enthält eine Übersicht über im Verlauf des Berichtsjahres 2018 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde.

Anhang 2 gibt eine vollständige Übersicht über alle Ende 2018 hängigen Motionen und Postulate: Vorstösse, die vom Parlament überwiesen, vom Bundesrat jedoch noch nicht erfüllt oder vom Parlament noch nicht abgeschrieben worden sind.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin, sehr geehrter Herr Ständeratspräsident, sehr geehrte Frauen und Herren Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

8. März 2019

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Ueli Maurer
Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I: An die Bundesversammlung:
Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten 9

Kapitel II: An die zuständigen Kommissionen:
Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind.....25

Anhang 1: Übersicht über im Berichtsjahr 2018 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde.....61

Anhang 2: Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2018 noch hängigen Motionen und Postulate 63

Kapitel I
An die Bundesversammlung: Anträge auf Abschreibung von Motionen und Postulaten

Dieses Kapitel ist auch im Bundesblatt publiziert.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

2012 M 12.3367 Rechte der Bäuerinnen und Bauern. Für ein weitgehendes Engagement der Schweiz im Menschenrechtsrat (N 28.9.12, Sommaruga Carlo; S 26.11.12)

Die Schweiz hat sich aktiv an den Verhandlungen zur Ausarbeitung einer Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten der Bäuerinnen und Bauern sowie anderer Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, beteiligt. Diese wurde vom Menschenrechtsrat am 28. September 2018 und von der UNO-Generalversammlung am 17. Dezember 2018 verabschiedet. In beiden Fällen hat die Schweiz für die Annahme der Erklärung gestimmt. Anlässlich dieser Verabschiedungen hat sie im Plenum eine Abstimmungserklärung verlesen, um gewisse problematische Bestimmungen zu unterstreichen, welche die Schweiz in Übereinstimmung mit nationalem und internationalem Recht interpretieren wird.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2014 P 14.3663 Zugang zu Wiedergutmachung (S 26.11.14, Aussenpolitische Kommission SR 12.2042)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 14. September 2018 «Unternehmen und Menschenrechte: Vergleichende Analyse der gerichtlichen und aussergerichtlichen Massnahmen, die den Zugang zu Wiedergutmachung ermöglichen»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 14.3663 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3877 Goldhandel und Verletzung der Menschenrechte (S 1.12.15, Recordon)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 14. November 2018 «Goldhandel und Verletzung der Menschenrechte»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 15.3877 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3896 Wirtschaftliche Vorteile dank Schengen-Partnerschaft (N 10.12.15, Sozialdemokratische Fraktion)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 21. Februar 2018 «Die volkswirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Schengen-Assoziierung der Schweiz»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 15.3896 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 16.3887 Mehr Unterstützung für die Ausbildung in Flüchtlingslagern (N 8.3.17, Béglé)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat zu prüfen, wie sich in den Flüchtlingslagern ein Angebot von Berufsbildungen mit Abschlussdiplom oder gar von universitärer Bildung besser unterstützen liesse. Im Rahmen der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 (BBl *2016* 2333) ist die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des EDA dabei, mehrere Projekte zu realisieren, mit denen die Berufsbildung von Flüchtlingen und Vertriebenen bis zur Sekundarstufe unterstützt wird, beispielsweise in Niger für Opfer von Boko Haram oder auch mit 3–4-monatigen Kursen im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia. In diesen nichtformalen Kursen erwerben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schnell die Kompetenzen, die nötig sind, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen und damit ihre wirtschaftliche Resilienz erhöhen zu können. Die jeweilige lokale Bevölkerung profitiert ebenfalls von diesen Bildungsangeboten. Das Haupthindernis für die Flüchtlinge beim Zugang zum Arbeitsmarkt ist aber oft rechtlicher Natur, wie etwa die Lage im Libanon zeigt. Im politischen Dialog mit den Gaststaaten thematisiert die internationale Zusammenarbeit der Schweiz darum auch die Frage, ob die örtlichen Regelungen angepasst werden könnten.

Diese Erfahrungen führen zu einem neuen Ansatz für die Strategien der Zusammenarbeit, unter anderem im Nahen Osten. Dabei soll die Integration der Flüchtlinge und der Vertriebenen im staatlichen Bildungssystem unterstützt werden (und das System gleichzeitig verbessert werden), und ihre wirtschaftliche Integration soll gefördert werden. Ende 2018 hat die DEZA diesen Ansatz mit einer Studie zur Praxis der Vergabe von Abschlüssen im Bereich der Berufsbildung in Flüchtlingslagern vervollständigt. Die Studie zeigt, dass die Förderung von Berufsbildungen, die zu einem Diplom führen, unter bestimmten Bedingungen fortgesetzt werden sollte: Für die Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingslager ist ein anerkannter Abschluss von Vorteil, wenn es für sie möglich ist, Zugang zu formellen bezahlten Stellen zu finden, oder auch im Hinblick auf eine mögliche Rückkehr oder eine Neuansiedlung in einem anderen Land. Schliesslich plant die DEZA, sich stärker für die Anerkennung der vorhandenen Kompetenzen einzusetzen, sei es über eine Zertifizierung oder über die Schaffung von Systemen zur Anerkennung von Diplomen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 16.3929 Gute Dienste. Bericht über die internationalen Fazilitations- und Mediationsprozesse der Schweiz (N 14.6.17, Béglé)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 14. Dezember 2018 «Gute Dienste. Bericht über die internationalen Fazilitations- und Mediationsprozesse der Schweiz»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 16.3929 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2014 P 13.4245 Kohärente Behindertenpolitik (N 21.3.14, Lohr)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 9. Mai 2018 «Behindertenpolitik»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 13.4245 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3114 Bericht über das Potenzial der Schweizer Game-Industrie für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft (N 19.6.15, Fehr Jacqueline)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 21. März 2018 «Games. Ein aufstrebender Bereich des Kulturschaffens»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 15.3114 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Kultur

2014 P 14.3670 Konzept für Sprachaufenthalte (N 24.11.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 14. Dezember 2018 «Der schulische Austausch in der Schweiz»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 14.3670 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 16.4028 Schweizer Ortsbilder erhalten (N 17.3.17, Fluri)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 17. Januar 2018 «Schweizer Ortsbilder erhalten»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 16.4028 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Gesundheit

2003 P 03.3424 Übernahme der angeborenen Krankheiten durch die Invalidenversicherung (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307)

2003 P 03.3425 Kostenbeteiligung bei Geburtsgebrechen und schweren oder chronischen Erkrankungen (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307 [Minderheit Gross Jost])

Gesetzliche Grundlagen zur Differenzierung der Kostenbeteiligung bestehen bereits in Artikel 64 Absatz 6 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR *832.10*). Von diesen Möglichkeiten wurde bisher kein Gebrauch gemacht, da sich sowohl bei der Erhöhung wie bei der Senkung der Kostenbeteiligung Fragen der Gleichbehandlung der Versicherten, aber auch gerade bei Dauerbehandlungen Fragen eines sachgerechten Vollzuges stellen. Entsprechend wurde auf weitere Arbeiten verzichtet. Vielmehr hat der Bundesrat zahlreiche Massnahmen lanciert, um die Belastung der Versicherten und damit auch ihre Kostenbeteiligung zu senken. Dazu gehören die Senkung der Medikamentenpreise wie die Anpassung der Ärztetarife. Weitere Massnahmen zur Kostendämpfung sind vorgesehen. Ein erstes Paket wurde vom 14. September bis zum 14. Dezember 2018 in die Vernehmlassung gegeben. Die entsprechende Botschaft soll 2019 an die eidgenössischen Räte überwiesen werden.

Der Bundesrat hat weiter in seinem Bericht in Erfüllung des Postulats 13.3250 Schmid-Federer «Auswirkung der Franchise auf die Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen» (abrufbar unter www.parlament.ch > 13.3250 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses) Fragen zu den Franchisen und deren Konsequenzen für die Krankenversicherung beantwortet. Dabei hat er auch die Frage eines Leistungsverzichts aus finanziellen Gründen ergründet. Zwar liegen wenige Angaben zu dieser Thematik vor, daher kann nur eine grobe Einschätzung vorgenommen werden. Der Anteil der Personen, der auf medizinisch notwendige Leistungen verzichtet, befindet sich im unteren einstelligen Prozentbereich, wobei dieser Anteil bei Personen mit hohen Franchisen leicht höher ist. Ein erhöhter Leistungsverzicht von Familien konnte nicht gefunden werden. Auch diese Einschätzungen sprechen nicht für zusätzliche Abklärungen. Vielmehr wurde der Bundesrat mit der Motion 15.4157 Bischofberger «Franchisen der Kostenentwicklung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anpassen» beauftragt, die Franchise der Kostenentwicklung anzupassen. Die Änderung des KVG (Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung; BBl *2018* 2695; 18.036) wurde vom Nationalrat am 26. November 2018 angenommen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2006 P 05.3693 Voraussetzungen für den optimalen Einsatz von Telemedizin schaffen (N 24.3.06, Stump)

2017 P 17.3434 Potenzial und Rahmenbedingungen für die digitale Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen (N 29.9.17, Graf-Litscher)

2017 P 17.3435 Digitale Gesundheitsagenda. Chancen und Risiken (N 29.9.17, Heim)

2017 P 17.3466 Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesundheitsberufe (N 29.9.17, Gysi)

2017 P 17.3550 E-Health 2030. Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich durch eine zukunftsorientierte Studie vorausplanen (N 29.9.17, Bulliard)

Der Bundesrat hat die Annahme der Postulate beantragt mit der Begründung, dass die Umsetzung der geforderten Massnahmen im Rahmen der Erarbeitung der Strategie E-Health Schweiz 2.0 geprüft wird. Mittlerweile hat er die von Bund und Kantonen gemeinsam erarbeitete «Strategie eHealth Schweiz 2.0 2018–2022. Ziele und Massnahmen von Bund und Kantonen zur Verbreitung des elektronischen Patientendossiers sowie zur Koordination der Digitalisierung rund um das elektronische Patientendossier» am 14. Dezember 2018 verabschiedet (abrufbar unter www.bag.admin.ch > Strategie & Politik > Nationale Gesundheitsstrategien & Programme > eHealth). Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren hat die Strategie bereits im November 2018 genehmigt.

Hauptaugenmerk dieser Strategie ist die Schaffung von günstigen Voraussetzungen zur Verbreitung des elektronischen Patientendossiers. Damit soll die Qualität in der Gesundheitsversorgung verbessert, die Patientensicherheit erhöht und das System effizienter werden. Mit Hilfe weiterer Massnahmen soll die Digitalisierung die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitseinrichtungen erleichtern und die Gesundheitskompetenz der Patientinnen und Patienten stärken.

Im Gesundheitswesen gibt es auf absehbare Zeit keine weitere systematische und fokussierte Koordination hinsichtlich Telemedizin und E-Health. Mit der Strategie werden Bund und Kantone in den kommenden vier Jahren diejenigen Aspekte der Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben, die mit den aktuell vorhandenen Ressourcen der verschiedenen Akteure umsetzbar sind.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2008 P 08.3475 Niedrigstrahlung aus AKW. Studie (N 19.12.08, Fehr Hans-Jürg)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 2. März 2018 «Kenntnisstand betreffend Risiken ionisierender Strahlung im Niedrigdosisbereich»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 08.3475 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2011 M 10.3770 Gegen eine diskriminierende Umsetzung der Pflegefinanzierung (N 18.3.11, Joder; S 29.9.11)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat in den Jahren 2016 und 2017 die Neuordnung der Pflegefinanzierung extern evaluieren lassen. Der Schlussbericht wurde am 4. Juli 2018 veröffentlicht (www.bag.admin.ch > Das BAG > Publikationen > Evaluationsberichte > Kranken- und Unfallversicherung). Der Evaluationsbericht zeigt, dass die vom Gesetzgeber verfolgten Zielsetzungen mit der Umsetzung der Neuordnung der Pflegefinanzierung grundsätzlich erreicht wurden. Die Ausgaben der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für die Pflege wurden stabilisiert. Wie vom Gesetzgeber gewollt, wurden die Prämienzahlenden somit kaum zusätzlich belastet. Bezüglich des Anliegens der Motion konnte der Bericht keine Diskriminierung von privaten Spitex-Anbietern durch die neue Finanzierung feststellen. Verbesserungen in der Umsetzung der Regelung können ohne Anpassungen in der Gesetzgebung vorgenommen werden. Im Bereich der Krankenversicherung besteht für den Bundesrat somit kein Handlungsbedarf.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Berichte zur Umsetzung in den Kantonen hinzuweisen, die das BAG im Auftrag der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren erstellt hat (www.parlament.ch > Organe > Sachbereichskommissionen > Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit > Berichte und Vernehmlassungen > Weitere Berichte).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2013 P 11.4018 Kriterien für die Repräsentativität bei der Unterzeichnung von Tarifverträgen im Gesundheitswesen (N 11.9.13, Darbellay)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 14. September 2018 «Kriterien für die Repräsentativität bei der Unterzeichnung von Tarifverträgen im Gesundheitswesen»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 11.4018 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 14.4115 Theoretische Grundlagen der Stiftung Sexuelle Gesundheit Schweiz zur sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Unabhängige wissenschaftliche Untersuchung (N 20.3.15, Regazzi)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 21. Februar 2018 «Prüfung der Gundlagen zur Sexualaufklärung»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 14.4115 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates hat den Bericht an ihren Sitzungen vom 13. April 2018 und 17. August 2018 behandelt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 M 14.4164 Cannabis für Schwerkranke (N 2.6.15, Kessler; S 8.9.15)

Bericht vom 4. Juli 2018 «Cannabis für Schwerkranke» in Erfüllung der Motion; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 14.4164 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 M 13.3500 Gleichbehandlung von Medikamenten und Immunologika beim Import aus dem Ausland (N 4.6.15, Gilli; S 17.12.15)

Der Bundesrat hat das Anliegen am 14. November 2018 im Rahmen der Totalrevision der Arzneimittel-Bewilligungsverordnung (SR *812.212.1*; AS *2018* 5029, 4. Kapitel «Besondere Bestimmungen für die Einfuhr, die Ausfuhr, die Durchfuhr und den Handel im Ausland») umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2012 P 12.3206 Grundlagen für ein Screening zu innerfamiliärer Gewalt bei Kindern durch Gesundheitsfachpersonen (N 15.6.12, Feri Yvonne)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 17. Januar 2018 «Früherkennung innerfamiliärer Gewalt bei Kindern durch Gesundheitsfachpersonen»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 12.3206 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 M 14.3890 Strategie zur Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe (N 12.12.14, Sozialdemokratische Fraktion; S 9.6.15)

Bericht des Bundesrates vom 18. April 2018 «Ergebnisse des Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut 2014–2018» in Erfüllung der Motion; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 14.3890 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 P 15.3793 Mutterschaftsurlaub. Arbeitsunterbrüche vor dem Geburtstermin (S 8.9.15, Maury Pasquier)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 2. März 2018 «Mutterschaftsurlaub. Erwerbsunterbrüche vor der Geburt»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 15.3793 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 16.3733 Keine neue Soft-Regulierung durch die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (S 6.12.16, Ettlin Erich)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 30. November 2018 «Die Weisungsbefugnis der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge über Anforderungen an Revisionsstellen bei der Prüfung von Vorsorgeeinrichtungen»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 16.3733 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 M 16.3676 Anhebung der AHV-Leistungen für Hörversorgungen auf das Niveau der IV-Vergütungen. Gleichstellung Erwachsener mit Hörminderungen (S 6.12.16, Dittli; N 7.6.17; S 14.9.17)

Die Verordnung vom 28. August 1978 über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Altersversicherung (SR *831.135.1*) wurde in Erfüllung der Motion per 1. Juli 2018 geändert (AS *2018* 2245).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2015 P 14.4286 Einfuhr und Verkauf von tierquälerisch erzeugten Pelzprodukten verhindern (S 17.3.15, Bruderer Wyss)

2016 P 14.4270 Pelzmarkt für einheimische Produkte stärken (N 14.12.16, Hess Lorenz)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 23. Mai 2018 «Pelzdeklarationspflicht»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 14.4286/14.4270 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 M 16.3712 Insekten als Futtermittel für Speisefische und andere monogastrische Tiere zulassen (N 16.12.16, Friedl; S 13.6.17)

Der Bundesrat wird aufgefordert, die Bedingungen für eine Zulassung von Insekten als Futtermittel für Speisefische und allenfalls andere monogastrische Nutztiere (z. B. Geflügel, Schweine) abklären zu lassen und die gesetzlichen Grundlagen für deren Zulassung zu schaffen. Der Bundesrat hat - in Anlehnung an die Regelung in der Europäischen Union (EU) - mit der Änderung vom 25. April 2018 der Verordnung vom 25. Mai 2011 über tierische Nebenprodukte (VTNP; SR *916.441.22*; AS *2018* 2097) in Artikel 31*a* VTNP die Voraussetzungen geschaffen, damit verarbeitetes tierisches Protein von Insekten als Bestandteil von Futtermitteln für Wassertiere verwendet werden kann. Aufgrund des Landwirtschaftsabkommens mit der EU muss zur Vermeidung von negativen Auswirkungen auf den Handel mit Tieren und tierischen Produkten die Zulassung von Insektenproteinen als Futtermittel für andere monogastrische Nutztiere (z. B. Geflügel, Schweine) mit der EU koordiniert werden. In der EU ist eine solche Zulassung zurzeit in Prüfung.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Swissmedic

2014 M 14.3017 Zulassung von Arzneimitteln mit neuen Kombinationen bekannter Wirkstoffe (N 7.5.14, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 12.080; S 10.12.14)

Die Motion wurde mit der Änderung vom 7. September 2018 der Verordnung des Schweizerischen Heilmittelinstituts vom 22. Juni 2006 über die vereinfachte Zulassung von Arzneimitteln und die Zulassung von Arzneimitteln im Meldeverfahren (SR *812.212.23*; AS *2018* 3657; Art. 12-14a) umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2015 M 15.3288 Laktosefrei. Mit einem Wort hilft man mehr als einer Million Menschen in der Schweiz (N 19.6.15, Cassis; S 17.12.15)

Die Motion wurde mit der Änderung vom 7. September 2018 der Arzneimittel-Zulassungsverordnung vom 9. November 2001 (SR *812.212.22*; AS *2018* 3621; Art. 14*b* i.V.m. Anh. 3) umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 M 15.3528 Frankenstärke. Vereinfachung der Zulassungsverfahren bei Indikationserweiterungen und raschere Verfahren bei Änderungen von Arzneimitteln (N 25.9.15, Cassis; S 2.3.16)

Die Motion wurde in der Arzneimittelverordnung vom 21. September 2018 (SR *812.212.21*; AS *2018* 3577; Art. 18, 21 ff.) in Verbindung mit der Änderung vom 7. September 2018 der Arzneimittel-Zulassungsverordnung (SR *812.212.22*; AS *2018* 3621; Art. 22*a* i.V.m. Anh. 7) umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Bundesamt für Justiz

2012 P 11.3200 Zugang zu Genossenschaftswohnungen für Staatsangehörige aussereuropäischer Länder. Aufhebung des Verbots (N 3.12.12, Hodgers)

Der Bundesrat hat vom 10. März 2017 bis zum 30. Juni 2017 ein Vernehmlassungsverfahren zu einer Änderung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG, sog. Lex Koller, SR *211.412.41*) durchgeführt. Im Rahmen dieser Vernehmlassungsvorlage war auch die Umsetzung des vorliegenden Postulats vorgesehen.

Die Mehrheit der interessierten Organisationen, Parteien und Kantone lehnte die vorgeschlagenen Änderungen ebenso ab wie die erweiterten Bewilligungspflichten betreffend Gewerbeimmobilien sowie Wohnimmobiliengesellschaften, die der Bundesrat zur Diskussion gestellt hatte. Sie verneinten einen Handlungsbedarf. Der Bundesrat hat daher am 20. Juni 2018 beschlossen, auf die Revision zu verzichten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2012 P 12.3957 Dem Schuldentourismus einen Riegel schieben (N 14.12.12, Candinas)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 4. Juli 2018 «Schweizweite Betreibungsauskunft»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 12.3957 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2013 P 13.3217 Für ein modernes Obligationenrecht (S 18.6.13, Bischof)

2013 P 13.3226 Für ein modernes Obligationenrecht (N 21.6.13, Caroni)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 31. Januar 2018 «Modernisierung des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Obligationenrechts»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 13.3217/13.3226 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2014 P 13.4193 Schweizer Sanierungsrecht. Private in die Reflexion mit einbeziehen (S 19.3.14, Hêche)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 9. März 2018 «Sanierungsverfahren für Privatpersonen»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 13.4193 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Polizei

2016 P 16.3616 Kriminelle Schlepper verstärkt bekämpfen (N 30.9.16, Béglé)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 20. Juni 2018 «Kriminelle Schlepper verstärkt bekämpfen»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 16.3616 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für Migration

2015 P 15.3408 Aufenthaltsrecht von Opfern ehelicher Gewalt (N 25.9.15, Feri Yvonne)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 4. Juli 2018 «Praxis der Regelung des Aufenthaltsrechts von ausländischen Personen, die von ehelicher Gewalt betroffen sind»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 15.3408 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vostosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 M 15.3653 Ausbildung für Flüchtlinge zur nachhaltigen Arbeitsmarktintegration (N 14.12.15, Munz; S 16.6.16)

Am 25. April 2018 hat der Bundesrat die Integrationsagenda Schweiz beschlossen. Diese sieht gemeinsam mit den zuständigen kantonalen Konferenzen (Konferenz der Kantonsregierungen, Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und –direktoren, Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) vereinbarte Wirkungsziele sowie einen für alle Akteure verbindlichen Massnahmenplan zur Integrationsförderung vor. Der Bundesrat hat hierzu auch eine Erhöhung der Integrationspauschale für die Kantone beschlossen. Der Bericht der Koordinationsgruppe zur Integrationsagenda wurde vom Bundesrat zur Kenntnis genommen, die Integrationsagenda wird per 1. Mai 2019 umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 P 14.3464 Beschleunigtes Asylverfahren auch für Personen aus Safe Countries (N 16.6.16, FDP-Liberale Fraktion)

Das Staatssekretariat für Migration hat das Postulat inhaltlich umgesetzt. Gemäss der aktuellen Dienstanweisung zur beschleunigten Behandlung von Asylgesuchen (48-Stunden-Verfahren und Fast-Track-Verfahren, Weisung Nr. 01/18 vom 1. Juli 2018) werden Asylgesuche von Personen aus sämtlichen Safe Countries in einem beschleunigten Verfahren behandelt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Bundesamt für Sport

2018 M 17.3605 Aufhebung des Moratoriums für neue «Jugend und Sport»-Sportarten (N 16.6.17, Gmür-Schönenberger, S 6.3.18; N 5.6.18)

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, die «Jugend und Sport»-Rechtsgrundlagen so anzupassen, dass das seit 2009 geltende Moratorium für neue «Jugend und Sport»-Sportarten aufgehoben werden kann. Für bisher unterstützte Sportarten, insbesondere Kleinstsportarten, soll grundsätzlich Besitzstandwahrung gelten. Die für die neuen Sportarten benötigten Mittel sollen haushaltneutral dem Funktionskredit entnommen und in den Subventionskredit umgeschichtet werden.

Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion. Der Nationalrat hat die Motion in der Herbstsession 2017 klar angenommen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates hat im Februar 2018 eine Änderung des Motionstextes vorgeschlagen. Die ursprünglich geforderte Finanzierungsmechanik hätte eine Mittelverschiebung vom «J+S-Funktionskredit» hin zum «J+S-Subventionskredit» zur Folge gehabt. Dies hätte letztlich dazu geführt, dass das Bundesamt für Sport (BASPO) die übrigen J+S-Sportarten nicht mehr in der gleichen Weise hätte unterstützen können. Der abgeänderte Motionstext äussert sich nicht zur Finanzierungsmechanik und fordert lediglich, dass die Aufnahme neuer Sportarten haushaltsneutral erfolgen soll. Der Ständerat hat der Motion mit dieser Änderung im März 2018 zugestimmt.

Am 5. Juni 2018 stimmte der Nationalrat der abgeänderten Motion ebenfalls zu. Das BASPO hat zwischenzeitlich die notwendigen Arbeiten eingeleitet, um dem Entscheid des Parlaments nachzukommen. Seit dem 1. August 2018 können nationale Sportverbände Aufnahmegesuche für neue «Jugend und Sport»-Sportarten an das BASPO richten. Die Aufnahme von neuen Sportarten kann mit dem für die Jahre 2018, 2019 und 2020 um je 5 Millionen Franken erhöhten Subventionskredit für «Jugend und Sport» abgedeckt werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2014 M 13.3841 Expertenkommission zur Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit (S 3.12.13, Rechsteiner Paul; N 13.3.14; S 4.6.14)

Der Bundesrat hat am 5. September 2018 vom Bericht der Expertengruppe zur Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit Kenntnis genommen. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch. > 13.3841 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Informatiksteuerungsorgan des Bundes

2016 M 15.3672 Bürokratieabbau. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben (N 25.9.15, Noser; S 1.3.16)

Der Bundesrat hat Ende 2015 der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen für die Jahre 2016–2019 zugestimmt. Ab 2016 haben Bund, Kantone und Gemeinden in der dadurch verstärkten Kooperation die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung gemeinsam vorangetrieben. Die Umsetzung der strategischen Ziele erfolgte gemäss einem Schwerpunktplan. So wurden der Aufbau der Betriebsgesellschaft «eOperations Schweiz AG» und der Online-Schalter für Unternehmen «EasyGov.swiss» unterstützt, der Rechtsrahmen für eine staatlich anerkannte elektronische Identität entworfen und die Ausbreitung von Services wie «E-Mehrwertsteuer», «E-Umzug» und «E-Voting» beschleunigt. In den kommenden Jahren wird die Online-Abwicklung von Behördengängen mit weiteren Massnahmen ausgebaut werden, um den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft Rechnung zu tragen. Die Erneuerung der E-Government-Strategie Schweiz per 2020 ist gemeinsam mit den Kantonen und Gemeinden in Arbeit.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Staatsekretariat für internationale Finanzfragen

2015 P 13.3945 Negative Auswirkungen der Personenfreizügigkeit in den Grenzkantonen mit Massnahmenpaket abmildern (N 24.9.15, Regazzi)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 7. Dezember 2018 «Negative Auswirkungen der Personenfreizügigkeit in den Grenzkantonen mit Massnahmenpaket abmildern»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 13.3945 Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 15.3434 Die internationale Währungsordnung und die Strategie der Schweiz (N 8.3.16, Leutenegger Oberholzer)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 20. Dezember 2017 «Die internationale Währungsordnung und die Strategie der Schweiz»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 15.3434 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 16.3256 Förderung der Digitalisierung in der Regulierung (Regtech); (N 18.3.16, Landolt)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 27. Juni 2018 «Einsatz innovativer Technologien im Bereich der Finanzmarktaufsicht und -regulierung (RegTech)»; veröffentlicht unter www.parlament.ch 16.3256 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 15.4086 Für einen wettbewerbsfähigen Finanzplatz im Bereich neuer Finanztechnologien (N 22.9.16, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Seit der Beantwortung des Postulats hat der Bundesrat verschiedene Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes im Bereich neuer Finanztechnologien getroffen. So wurden 2017 ein Innovationsraum (Sandbox) eingeführt, die Abwicklungskonten ausgedehnt (insbes. für Crowdfunding relevant), und per 1. Januar 2019 tritt die neue Fintech-Bewilligung in Kraft. Im Dezember 2018 publizierte der Bundesrat sodann den «Bericht zu den rechtlichen Grundlagen für *Distributed Ledger*-Technologie und Blockchain in der Schweiz» und beauftragte das EFD und das EJPD mit der Ausarbeitung einer Vernehmlassungsvorlage.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössische Finanzverwaltung

2015 M 13.3363 Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen (N 25.9.13, Finanzkommission NR 12.101; S 11.12.14; N 10.3.15)

Bericht des Bundesrates vom 28. September 2018 «Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen», veröffentlicht unter www.parlament.ch > 13.3363 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 P 14.3951 Transparenz über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Bundesaktivitäten in den Kantonen (N 22.9.16, Amherd)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 31. Oktober 2018 «Wirtschaftliche Auswirkungen der Bundesaktivitäten in den Kantonen 2013-2016»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 14.3951 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2017 P 17.3045 Eine Prospektivstudie über die Auswirkungen der Robotisierung in der Wirtschaft auf das Steuerwesen und auf die Finanzierung der Sozialversicherung (N 16.6.17, Schwaab)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 7. Dezember 2018 «Eine Prospektivstudie über die Auswirkungen der Robotisierung in der Wirtschaft auf das Steuerwesen und auf die Finanzierung der Sozialversicherung»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 17.3045 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Eidgenössische Zollverwaltung

2014 M 14.3035 Nächtliche Schliessung kleiner Grenzübergänge zwischen der Schweiz und Italien (N 20.6.14, Pantani; S 8.12.14)

Der Bundesrat hat sich in seiner Stellungnahme vom 14. Mai 2014 bereit erklärt, die Anliegen der Motion in Zusammenarbeit mit den Behörden Italiens und des Kantons Tessin vertieft zu prüfen. Der Kanton Tessin verfügt über 22 Grenzübergänge, die für die Einfuhr von Waren zugelassen sind. Davon können 16 als «klein» im Sinne der Motion qualifiziert werden. Unter verkehrstechnischen Gesichtspunkten sieht die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) bei neun davon die Möglichkeit einer nächtlichen Schliessung als gegeben. Die EZV hat in Zusammenarbeit mit dem Kanton Tessin vom 1. April bis zum 30. September 2017 einen Pilotversuch an drei Grenzübergängen durchgeführt. Der Versuch erbrachte keine Hinweise, dass eine flächendeckende Schliessung von kleineren Grenzübergängen eine merkliche Auswirkung auf die Kriminalitätsrate im Kanton Tessin hätte. Gespräche mit Italien haben zudem gezeigt, dass eine durchgehende nächtliche Schliessung der Grenze negative Auswirkungen auf die zurzeit gute Zusammenarbeit im Bereich der Migration haben könnte. Der Bundesrat hat deshalb am 15. Juni 2018 beschlossen, kleinere Grenzübergänge mit Barrieren auszurüsten und diese nur im Bedarfsfall zu schliessen – etwa wenn eine Alarmfahndung läuft. Ausserdem wird Fahrzeuglenkerinnen und -lenkern neu signalisiert, dass sie von Kameras überwacht werden, wenn sie die Grenze passieren. Damit soll dem Eindruck in der Bevölkerung entgegengewirkt werden, die Grenze sei unbewacht. In der Zwischenzeit wurden alle neun in Frage kommenden Grenzübergänge mit Barrieren ausgerüstet. Es sind dies Indemini, Cassinone, Ponte Cremenaga, Arzo, Ligornetto, San Pietro di Stabio, Novazzano-Marcetto, Ponte Faloppia und Pedrinate.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 M 15.3551 Bürokratieabbau. Anhebung des Mindestzolls (N 25.9.15, Noser; S 27.9.16)

Bei der Prüfung der unmittelbaren Umsetzung der Motion hat die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) festgestellt, dass die benötigten technischen Anpassungen nur mit einem hohen Kosten- und Personalaufwand realisiert werden könnten. Mit dem Programm DaziT wird die EZV ihre Prozesse modernisieren und vereinfachen (Bundesbeschluss vom 12. Sept. 2017 über die Finanzierung der Modernisierung und Digitalisierung der Eidgenössischen Zollverwaltung (Programm DaziT); BBl *2017* 6423). Das Programm soll insbesondere die Wirtschaft entlasten, indem die Kosten für die Zollverfahren (Regulierungskosten) gesenkt werden. Zudem hat der Bundesrat im Rahmen der Massnahmen gegen die Hochpreisinsel Schweiz beschlossen, die Zölle auf Industrieprodukte aufzuheben. Er hat das entsprechende Vernehmlassungsverfahren am 7. Dezember 2018 eröffnet. Es läuft bis am 21. März 2019. Mit der Umsetzung des Programms DaziT und dem Abbau der Industriezölle werden die Forderungen des Motionärs nach Bürokratieabbau – auch ohne Anhebung des Mindestzolls – vollumfänglich bzw. noch weitergehend erfüllt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Bauten und Logistik

2016 P 16.3785 Öffentliche Beschaffungen. Massnahmen im Bereich der Planungsleistungen (S 14.12.16, Français)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 31. Oktober 2018 «Öffentliche Beschaffungen. Massnahmen im Bereich der Planungsleistungen»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 16.3785 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 15.3937 KMU-taugliche Umsetzung des Bauproduktegesetzes (N 4.5.17, Fässler Daniel)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 9. März 2018 «KMU-taugliche Umsetzung des Bauproduktegesetzes»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 15.3937 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

2012 P 12.3475 Metalle der Seltenen Erden. Ressourcenstrategie (N 28.9.12, Schneider-Schneiter)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 14. Dezember 2018 «Die Versorgung der Schweiz mit Seltenen Erden»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 12.3475 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 14.4186 Freihandel zwischen der EU und den USA. Opportunitätsstrategie der Schweiz (N 29.2.16, Pfister Gerhard)

Der Bundesrat hatte in Aussicht gestellt, dass er die Strategie der Schweiz gegenüber der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA festlegen würde, sobald der Inhalt des Abkommens bekannt sei. Die Verhandlungen für eine TTIP zwischen der EU und den USA sind danach gestoppt worden. Der Bundesrat kann dementsprechend keine Strategie für die Schweiz entwickeln. Was das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) anbelangt, nahm die Schweiz an den Verhandlungen dieses Abkommens teil. Diese Verhandlungen sind ebenfalls gestoppt worden. Wegen des Abbruchs der Verhandlungen über TTIP und TiSA ist es dem Bundesrat unmöglich, das Postulat zu erfüllen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 16.3080 Auswirkungen des digitalen EU-Binnenmarkts auf die Schweiz (S 15.3.16, Vonlanthen)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 7. Dezember 2018 «Auswirkungen der EU-Strategie für einen digitalen Binnenmarkt auf die Schweiz»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 16.3080 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 15.3421 Einführung einer Regulierungsbremse (N 16.3.17, Walti Beat)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 7. Dezember 2018 «Regulierungsbremse: Möglichkeiten und Grenzen unterschiedlicher Ansätze und Modelle»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 15.3421 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 17.3429 Förderung des Tourismus und der touristischen Infrastrukturen in der Schweiz. Ein Vergleich mit den direkten Konkurrenten (S 13.6.17, Rieder)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 24. Oktober 2018 «Internationaler Vergleich der Tourismuspolitik und -förderung»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 17.3429 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2015 P 13.3073 Gesamtschau der Innovationspolitik (N 9.3.15, Derder)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 14. Februar 2018 «Gesamtschau der Innovationspolitik»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 13.3073 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2015 P 15.3796 Förderung des Berufsabschlusses von Erwachsenen (S 9.9.15, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)

Der Bundesrat wird beauftragt, bestehende Potenziale zur Deckung des Fachkräftebedarfs auszuschöpfen, auch durch eine Förderung des Berufsabschlusses von Erwachsenen, die noch über keinen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen. Dazu soll der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt verschiedene Massnahmen prüfen und wo angezeigt umsetzen.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation hat zusammen mit den Verbundpartnern von 2013-2017 das Projekt «Berufsabschluss und Berufswechsel für Erwachsene» durchgeführt. Im Rahmen dieses Projekts wurden politische Grundlagen und eine nationale Kommission geschaffen, Empfehlungen zur Finanzierung der Bildungskosten durch die Kantone formuliert, Instrumente zur Entwicklung von Berufsbildungsangeboten für Erwachsene sowie für die Anrechnung von Bildungsleistungen erstellt, eine nationale Informations- und Sensibilisierungskampagne lanciert, die thematische Datenlage durch mehrere Studien verbessert sowie Umsetzungsprojekte durch die Projektförderung des Bundes finanziell unterstützt. Die letzten Arbeiten wurden 2018 abgeschlossen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 16.4095 Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz (E 6.3.17, Caroni)

Der Bundesrat wird beauftragt, eine umfassende Strategie zur politischen Bildung zu entwickeln. Ziel ist es, die politische Mitwirkungskompetenz der gesamten Bevölkerung langfristig zu erhalten und zu fördern.

Der Bundesrat hat am 14. November .2018 in Erfüllung des Postulats den Bericht «Politische Bildung in der Schweiz – Gesamtschau» verabschiedet. Der Bericht legt dar, dass es auf allen Stufen und in allen Bereichen des Bildungssystems ein breites Spektrum an Aktivitäten gibt, die das politische Interesse fördern und Menschen befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Bei den Massnahmen des Bundes stehen Fördermöglichkeiten und Informationsangebote im Vordergrund. Hinzu kommt die Unterstützung für Fachbereiche, über die Zugänge zu politischer Bildung vermittelt werden können. Laut Bericht haben sich die Strukturen und Praktiken zur Förderung von politischer Bildung grundsätzlich bewährt. An den bestehenden Zuständigkeiten und Rahmenbedingungen soll deshalb festgehalten werden. Der Autonomie der einzelnen Akteure sowie dem Subsidiaritätsprinzip ist dabei Rechnung zu tragen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 15.3552 Mehr Schnupperlehrstellen in den MINT-Berufen (N 15.6.17, Schmid-Federer)

Der Bundesrat wird gebeten, dem Parlament Bericht über die Situation von Schnupper-Angeboten in den Mint-Berufen zu erstatten und darzulegen, welche Möglichkeiten zur Steigerung der Angebote er sieht.

Schnupperlehren sind für Jugendliche ein wichtiger Bestandteil im Berufswahlverfahren und für Unternehmen ein Mittel zur Eignungsabklärung. Dies zeigt der Bericht «Mehr Schnupperlehrstellen in den MINT-Berufen», den der Bundesrat am 21. November 2018 verabschiedet hat. Allerdings steht es den Ausbildungsbetrieben frei, wie sie das Rekrutierungsverfahren gestalten. Diese unternehmerische Freiheit will der Bundesrat beibehalten. Aufgrund der Zuständigkeiten sowie der bereits laufenden Massnahmen und Angebote sieht der Bundesrat derzeit keinen zusätzlichen Handlungsbedarf.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Landwirtschaft

2016 P 15.4084 Studie über die Auswirkungen von Glyphosat in der Schweiz (N 8.6.16, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 9. Mai 2018 «Studie über die Auswirkungen von Glyphosat in der Schweiz»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 15.4084 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 M 14.3542 Tiere ab einem Alter von 121 Tagen an den öffentlichen Schlachtviehmärkten (N 27.9.16, von Siebenthal; S 29.9.16; N 7.3.17)

Seit dem 1. April 2017 besteht zwischen dem «Schweizerischen Viehhändler Verband» und dem «Berner Bauern Verband» eine privatrechtliche Vereinbarung zur Vermarktung von «Fressern» im Alter von 121 bis 160 Tagen. Diese privatrechtliche Lösung erübrigt die Umsetzung der Motion durch den Bund. An einer Besprechung zwischen den beteiligten Partnern und in Anwesenheit des Motionärs wurde festgestellt, dass sich diese privatrechtliche Lösung in der Praxis bewährt hat. Sie soll deshalb weitergeführt werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2018 M 14.3899 Keine Benachteiligung der Anbindeställe (N 29.9.16, von Siebenthal, S 14.6.17, N 5.3.18)

Der Bundesrat hat am 31. Oktober 2018 im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspakets 2018 die Änderung der Strukturverbesserungsverordnung vom 7. Dezember 1998 (SVV; SR *913.1*) verabschiedet. Gleichzeitig hat das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) die Verordnung des BLW vom 26. November 2003 über Investitionshilfen und soziale Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft (IBLV; SR *913.211*) geändert. Die Regelung, wonach besonders tierfreundliche Stallsysteme für raufutterverzehrende Tiere mit einem 20 Prozent höheren Beitrag bzw. Investitionskredit als Anbindeställe gefördert werden, ist mit diesen Änderungen ersatzlos aufgehoben worden. Damit werden die Investitionshilfen für Anbindeställe ab dem 1. Januar 2019 an diejenigen von besonders tierfreundlichen Stallsystemen für raufutterverzehrende Tiere angeglichen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Bundesamt für Verkehr

2016 P 16.3351 Touristische Transportunternehmen vom Geltungsbereich des Arbeitszeitgesetzes ausnehmen (S 26.9.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)

Postulatsbericht des Bundesrates 29. August 2018 «Touristische Transportunternehmen vom Geltungsbereich des Arbeitszeitgesetzes ausnehmen»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 16.3351 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Strassen

2012 P 11.4165 Mehr Nutzlast für die Führerausweiskategorie C1E (N 15.6.12, Hurter Thomas)

Das Anliegen wurde im Rahmen der Änderung der Verkehrszulassungsverordnung vom 27. Oktober 1976 *(SR 741.51)* umgesetzt, die der Bundesrat am 14. Dezember 2018 beschlossen hat (Revision der Führerausweisvorschriften, sog. OPERA-3).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Kommunikation

2013 P 13.3097 SRG-Programme. Mehr Mitwirkungsrechte für Gebührenzahler (N 21.6.13, Rickli Natalie)

Die neue Konzession für die SRG SSR vom 29. August 2018, die am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist (BBl *2018* 5545), verlangt von der SRG, Massnahmen zu treffen, um einen permanenten Dialog mit der Bevölkerung zu ermöglichen. Sie soll insbesondere der gesamten Bevölkerung die Möglichkeit bieten, sich kostenlos über frei zugängliche Online-Plattformen über ihre Programme auszutauschen (Art. 5 Abs. 4). Damit kann die angesprochene Mitwirkung der Gebührenzahler ermöglicht werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 M 15.3603 SRG. Kostentransparenz schaffen und Kosteneffizienz steigern (N 25.9.15, Wasserfallen; S 14.6.16)

Die neue Konzession für die SRG SSR vom 29. August 2018, die am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist (BBl *2018* 5545), verlangt von der SRG, im Jahresbericht die Kosten von Sendungen oder Formaten, Sparten und Sendern auszuweisen (Art. 38 Abs. 2 Bst. b). Damit wird die SRG vom Bundesrat zur verlangten Kostentransparenz verpflichtet.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2016 M 13.3048 Gegen die Aufhebung der indirekten Presseförderung ohne glaubwürdige Alternative (N 24.9.14, Bulliard; S 3.12.15; N 16.6.16)

Der Bundesrat hat im Rahmen des Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspakets (KAP) 2014 auf die Aufhebung der indirekten Presseförderung verzichtet. Auch in späteren Sparprogrammen wurde die indirekte Presseförderung ausgenommen. Um die Presse- und Meinungsvielfalt zu erhalten, leistet der Bund jährlich einen Subventionsbeitrag von 50 Millionen Franken für die ermässigte Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 M 15.3777 Radio- und Fernsehverordnung. Gebührenanteil für Radio- und Fernsehstationen auf 6 Prozent erhöhen (N 9.3.17, Darbellay; S 26.9.17)

Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2017 beschlossen, den Anteil für die privaten Radio- und Fernsehstationen mit Konzession und Abgabenanteil auf das Jahr 2019 von derzeit 67,5 Millionen auf 81 Millionen Franken zu erhöhen (www.bakom.ch > Informationen des Bakom > Medienmitteilungen). Das entspricht 6 Prozent des gesamten Ertrags der Radio- und Fernsehabgabe und damit dem maximalen Prozentsatz gemäss dem Bundesgesetz vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen (Art. 40 RTVG; SR *784.40*). Das UVEK hat die Anteile der abgabeberechtigten Konzessionäre mit Wirkung auf 2019 entsprechend angepasst.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 P 17.3628 Überprüfung Anzahl SRG-Sender (N 3.7.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)

Die neue Konzession für die SRG SSR vom 29. August 2018 (SRG-Konzession), die am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist (BBl *2018* 5545), umschreibt neu alle Radioprogramme aus inhaltlicher Sicht und reduziert die Pflichtprogramme auf die drei ersten Radioprogramme in der deutschen, französischen und italienischen Sprachregion sowie auf das rätoromanische Programm (Art. 16 Abs. 1 und 2). In der italienischen Sprachregion kann die SRG ein lineares TV-Programm durch ein multimediales Angebot substituieren (Art. 17 Abs. 2 der SRG-Konzession). Zudem sind die Anforderungen an die Programmqualität und die Unterscheidbarkeit gegenüber privaten Angeboten deutlich erhöht worden (Art. 4 und Art. 16 Abs. 3 der SRG-Konzession).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 M 16.3481 Regional differenzierte Erreichbarkeitsvorgaben in der postalischen Grundversorgung (N 30.5.17, Amherd; S 30.11.17)

2018 M 17.3356 Strategische Poststellennetz-Planung (S 26.9.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; N 1.3.18)

2018 M 17.3012 Postgesetzgebung (N 30.5.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; S 30.11.17; N 7.6.18)

Die neuen Erreichbarkeitsvorgaben vom 30. November 2018, die am 1. Januar 2019 in Kraft getreten sind, sehen neu eine Erreichbarkeit auf Stufe Kanton, die Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte und der Wirtschaftsstruktur sowie eine Vereinheitlichung der Zeitvorgaben für Postdienste und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs vor (Art. 33 Abs. 4 und 5bis sowie Art. 44 Abs. 1 und, 1bis der Postverordnung vom 29. August 2012, VPG; SR *783.01*). Zudem können die Kantone im Rahmen des neuen regelmässigen Planungsdialogs zwischen der Schweizerischen Post und den Kantonen auf ihrem Gebiet künftig aktiver auf die Versorgung mit Zugangspunkten zum Postnetz Einfluss nehmen (Art. 33 Abs. 8 und Art. 44 Abs. 4 VPG).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 M 16.3482 Mehr Transparenz in der Erfüllung der postalischen Grundversorgung (N 30.5. 17, Amherd, S 30.11.17)

Die neuen Erreichbarkeitsvorgaben vom 30. November 2018, die am 1. Januar 2019 in Kraft getreten sind, verpflichten die Schweizerische Post, eine elektronisch abrufbare Karte zu pflegen, die laufend aktualisiert wird und der Kundschaft Auskunft über die Standorte der verschiedenen Zugangspunkte sowie deren Angebot und Öffnungszeiten gibt (Art. 33 Abs. 9 und Art. 44 Abs. 5 der Postverordnung vom 29. August 2012, VPG; SR *783.01*).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2018 P 16.3933 Die Zukunft des Poststellennetzes geht uns alle an! (N 8.3.18, Reynard)

Die neuen Erreichbarkeitsvorgaben vom 30. November 2018, die am 1. Januar 2019 in Kraft getreten sind, stärken mit der Einführung eines regelmässigen Planungsdialogs die Kantone in ihrer Planungs- und Koordinationsrolle auf ihrem Gebiet in Bezug auf die Versorgung mit postalischen Zugangspunkten (Art. 33 Abs. 8 und Art. 44 Abs. 4 der Postverordnung vom 29. August 2012 VPG; SR *783.01*). Zudem muss die Post neu vor einer geplanten Schliessung oder Umwandlung einer Poststelle mit den betroffenen Gemeinden mindestens sechs Monate vor der geplanten Schliessung oder Umwandlung das Gespräch aufnehmen (Art. 34 Abs. 1 VPG). Die Postkommission (PostCom) kann neu ebenfalls die Kantone zu einer Stellungnahme einladen (Art. 34 Abs. 4 zweiter Satz VPG).

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Bundesamt für Umwelt

2008 M 07.3161 Beste Abgastechnologie für alle Dieselmotoren (S 21.6.07, Jenny; N 6.12.07; S 12.3.08)

Verschiedene Massnahmen wurden umgesetzt, um mit Partikelfiltern den Dieselruss und mit DeNOx-Katalysatoren die Stickoxide deutlich zu reduzieren. Bei den Strassenfahrzeugen wurde in Abstimmung mit der Europäischen Union (EU) dank der strengen neuen Abgasvorschriften (Einführung von Worldwide Harmonized Light Vehicles Test Procedure [WLTP] und Real-Driving Emissions [RDE] ab 2017) grosse Fortschritte erzielt. Bei den Nonroad-Motoren waren die EU-Grenzwerte deutlich weniger streng als diejenigen für Strassenfahrzeuge. Für die Baumaschinen wurde deshalb 2009 in der Luftreinhalte-Verordnung vom 16. Dezember 1985 (LRV; SR *814.318.142.1*) eine zusätzliche Begrenzung der Partikelanzahl festgelegt. In der EU wurde nun derselbe Grenzwert mit einer neuen Abgasstufe (V) für Nonroad-Motoren mit 19-560kW eingeführt (EU-Verordnung 2016/1628). Diese Stufe V gilt ab 2019 gestaffelt für alle Nonroad-Bereiche inklusive Landwirtschaft. Die bisherige Differenz zwischen den europäischen Vorschriften und den Anforderungen der LRV für Baumaschinen ist mit der neuen EU-Verordnung grösstenteils aufgehoben. Der Bundesrat hat die EU-Verordnung in der LRV sowie in der Verordnung vom 19. Juni 1995 über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS; SR *741.41*) in die schweizerische Gesetzgebung übernommen. Die Ausweitung der Schweizer Baumaschinenbestimmungen auf weitere motorische Quellen in Industrie und Gewerbe ist damit nicht mehr erforderlich bzw. durch die Übernahme der EU-Vorschriften erfüllt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2013 M 10.3619 Intensive Palmölproduktion. Bekämpfung der umweltschädlichen Auswirkungen auf internationaler Ebene (N 6.6.12, de Buman; S 19.3.13)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, sich an den internationalen Konferenzen aktiv für die Bekämpfung der umweltschädlichen Auswirkungen der intensiven Palmölproduktion einzusetzen. Die Schweiz unterstützt die Initiative für nachhaltigen Handel (Sustainable Trade Initiative, IDH). Diese Initiative hat u.a. zum Ziel, die zertifizierte Produktion von Palmöl und dessen Rückverfolgbarkeit zu erhöhen. Die Arbeiten erfolgen insbesondere in Indonesien und Malaysia, den weltweit grössten Palmölproduzenten. Das im Jahr 2018 abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen den Efta-Staaten und Indonesien enthält spezifische Regelungen betreffend Palmöl im Sinne der Motion. Die Schweiz beabsichtigt, gemeinsam mit den anderen Efta-Staaten, entsprechende Regelungen auch in das Freihandelsabkommen mit Malaysia, dem zweiten grossen Palmölproduzenten, aufzunehmen.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2013 P 12.3142 Differenzierte Ausscheidung und Nutzung von Gewässerräumen (N 26.9.13, Vogler)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 1. Juni 2018 «Differenziertere Ausscheidung und Nutzung von Gewässerräumen»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 12.3142 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2013 P 12.4021 Zusammenlegung Laborbereiche des Bundes. Bessere Ausnutzung der Ressourcen (N 22.3.13, Schneeberger; Punkt 2 angenommen)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 5. September 2018 «Harmonisierung der Bundesmessnetze»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 12.4021 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 M 15.4092 Lärmschutzmassnahmen bei Strassen nach 2018 (S 15.3.16, Lombardi; N 12.9.16)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die notwendigen administrativen und gesetzgeberischen Massnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Strassenlärmsanierungsprojekte, die bis zum 31. März 2018 in eine Programmvereinbarung mit dem Bund aufgenommen wurden, auch dann durch Bundesbeiträge unterstützt werden, wenn die Realisierung dieser Projekte erst nach 2018 erfolgt. Mit der Revision der Lärmschutzverordnung vom 15. Dezember 1986 (SR *814.41*) per 1. April 2018 und dem Ressourcenentscheid vom 21. Februar 2018 hat der Bundesrat den Auftrag der Motion umgesetzt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Bundesamt für Raumentwicklung

2016 P 15.4127 Bessere Koordination zwischen Raum- und Verkehrsplanung (N 15.6.16, Vogler)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 30. November 2018 «Bessere Koordination zwischen Raum- und Verkehrsplanung» verabschiedet; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 15.4127 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2016 P 16.3460 Für eine verstärkte Teilnahme der bundesnahen Unternehmen an der Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume (S 26.9.16, Hêche)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 30. November 2018 «Für eine verstärkte Teilnahme der bundesnahen Unternehmen an der Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 16.3460 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2017 P 16.4108 Geologische Daten zum Untergrund (N 17.3.17, Vogler)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 7. Dezember 2018 «Geologische Daten zum Untergrund»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 16.4108 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Kapitel II
An die zuständigen Kommissionen: Bericht über den Realisierungsstand der Motionen und Postulate, die zwei Jahre nach der Überweisung noch nicht erfüllt sind

Bundeskanzlei

2016 P 16.3219 Roadmap für die elektronische Stimmabgabe (N 14.9.16, Romano)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat zu prüfen, ob ein Bericht mit einer «Roadmap» für die elektronische Stimmabgabe vorzulegen ist, in dem Abstimmungen und Wahlen zugelassen werden, die über vom Bund anerkannte Systeme laufen. Zudem sollen die Systeme für die elektronische Stimmabgabe Transparenz und maximale Sicherheit gewährleisten, und der Quellcode der jeweils aktuellen Version soll auf dem Internet zugänglich sein.

Mit Kenntnisnahme der Ergebnisse der Expertengruppe elektronische Stimmabgabe hat der Bundesrat die Bundeskanzlei am 27. Juni 2018 beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage für die Überführung der elektronischen Stimmabgabe in den ordentlichen Betrieb auszuarbeiten. Der Übergang vom aktuellen Versuchsbetrieb in den ordentlichen Betrieb setzt eine Revision des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte voraus (BPR, SR *161.1*). Die Abschreibung dieses Postulats soll mit der entsprechenden Botschaft beantragt werden.

Neben der geplanten Botschaft ist in Bezug auf die Erfüllung dieses Postulats ferner auf die am 1. Juli 2018 in Kraft getretene Revision der Verordnung der BK vom 13. Dezember 2013 über die elektronische Stimmabgabe (VEleS, SR *161.116*) zu verweisen. Mit dieser Revision wurde die Offenlegung des Quellcodes der Systeme für die elektronische Stimmabgabe als neue Zulassungsvoraussetzung festgelegt. Dies ist eine von mehreren Massnahmen zur Erhöhung der Transparenz beim E-Voting in der Schweiz.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

2010 M 09.3719 Die UNO untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (S 8.9.09, Marty; N 4.3.10)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem UNO-Sicherheitsrat mitzuteilen, dass der Bundesrat ab Beginn 2010 die Sanktionen gegen natürliche Personen, die aufgrund von Resolutionen im Namen der Terrorismusbekämpfung ausgesprochen wurden, unter bestimmten Bedingungen nicht mehr umsetzen wird. Mit Schreiben vom 22. März 2010 hat der Bundesrat via die Ständige Vertretung der Schweiz bei den Vereinten Nationen in New York den Ausschuss des Sicherheitsrats, der nach Resolution 1267 (1999) und Folgeresolutionen für die Anwendung der Sanktionen des Sicherheitsrates gegen die Gruppierungen «Islamischer Staat» und «Al-Qaïda» verantwortlich ist, über die Annahme der Motion und die sich daraus ergebenden Folgen für die Schweiz informiert. Überdies hat die Schweiz zusammen mit der Gruppe gleichgesinnter Staaten ihre intensiven Bemühungen um Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit beim Eintrag und der Streichung von Personen auf UNO-Sanktionslisten (Listing/Delisting) fortgeführt und hat dem UNO Sicherheitsrat am 7. Dezember 2018 erneut Vorschläge zur Stärkung der Rolle der Ombudsperson unterbreitet.

2010 M 10.3005 Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (S 8.3.10, Aussenpolitische Kommission SR 09.052; N 13.9.10; S 9.12.10)

Die Motion lädt den Bundesrat ein, dem Parlament Massnahmen vorzuschlagen, mit denen die eidgenössischen Räte frühzeitig über europäische Gesetzgebungsentwürfe, die für die Schweiz relevant sind, und über die Handlungsmöglichkeiten der Schweiz ins Bild gesetzt werden können.

Die Konsultation des entsprechenden Berichtsentwurfs wurde aufgrund der Entwicklungen in der Europapolitik im Bereich der institutionellen Fragen suspendiert. Es ist angezeigt, die nächsten Schritte des Bundesrates in Bezug auf den Entwurf des institutionellen Abkommens auf der Grundlage des Ergebnisses der für Anfang 2019 vorgesehenen internen Konsultationen abzuwarten, bevor dem Parlament ein Bericht vorgelegt wird. Soweit der Entwurf des institutionellen Abkommens zwischen der Schweiz und der EU eine dynamische Übernahme des für Marktzugangsabkommen relevanten EU-Rechts sowie den Einbezug der Schweiz bei der Ausarbeitung dieses EU-Rechts (decision shaping) vorsieht, sieht er auch einen Mechanismus vor, der es der Schweiz erlaubt, frühzeitig über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe informiert zu werden. Sobald das weitere Vorgehen bekannt ist, wird der Bundesrat dem Parlament Vorschläge für Massnahmen im Sinne dieser Motion sowie Massnahmen für die Beteiligung des Parlamentes am «decision shaping» vorschlagen können.

2011 M 11.3005 Umsetzung der von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates verabschiedeten Resolution (N 17.3.11, Aussenpolitische Kommission NR; S 15.9.11)

Das kosovarische Parlament hat im August 2015 einer Verfassungsänderung zugestimmt, die die Errichtung eines Sondergerichts erlaubt, das die von der «Special Investigative Task Force» (SITF) untersuchten Anschuldigungen betreffend illegalen Handel mit menschlichen Organen gerichtlich aufarbeiten soll. Dieses Organ (die «Kosovo Specialist Chambers» sind formell ins kosovarische Justizsystem integriert, mit Sitz in Den Haag) wurde inzwischen errichtet und hat seine Arbeit 2017 aufgenommen. Die Schweiz ist von der Wichtigkeit aller Initiativen überzeugt, mit denen die genannten Anschuldigungen vollständig aufgeklärt werden können. Aus diesem Grund unterstützt das EDA die «Kosovo Specialist Chambers» mit einem juristischen Berater, dessen Posten für die Dauer von drei Jahren finanziert wird. Zudem wird die durch dieses Organ durchgeführte Sensibilisierungskampagne bei der kosovarischen Bevölkerung vom EDA finanziell unterstützt. Die Schweiz bekundete ihre Unterstützung auch mit dem Vorschlag einer schweizerischen Kandidatur für eine Richterstelle. Die Kandidatur war erfolgreich, deshalb verfügt die Schweiz über eine Magistratsperson in diesem Gremium.

Dank seinem Programm für menschliche Sicherheit wird das EDA zudem die Bemühungen im Bereich der Vergangenheitsarbeit im Kosovo weiterhin substanziell mittragen. Dieses Programm umfasst unter anderem die Unterstützung von nationalen Prozessen zur Aufarbeitung der Vergangenheit, zur Übergangsjustiz und zur Versöhnung.

2012 M 11.4038 Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (N 21.12.11, Aussenpolitische Kommission NR 11.2017; S 8.3.12)

Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, sich aktiv für die Menschenrechte aller Bürgerinnen und Bürger Syriens einzusetzen und dabei ein besonderes Augenmerk auf religiöse und ethnische Minderheiten zu richten. Die Schweiz setzt sich im Menschenrechtsrat insbesondere dafür ein, dass die wiederkehrende Resolution zur Lage in Syrien substanzielle Elemente zur Bekämpfung der Straflosigkeit und zu einer Verstärkung der Rechenschaftspflicht enthält. Beides sind wichtige Voraussetzungen zur Vorbeugung von Verletzungen der Menschenrechte, die gegen die Bevölkerung, darunter die kurdische Gemeinschaft und weitere Minderheiten, verübt werden. Die Schweiz verfolgt zudem weiterhin die Arbeit des durch den Menschenrechtsrat geschaffenen unabhängigen Ermittlungsausschusses. Sie hat sich zudem für die Schaffung des internationalen, unparteilichen und unabhängigen Mechanismus eingesetzt, der durch die UNO-Generalversammlung zur Untersuchung der schwerwiegendsten Verletzungen des Völkerrechts im Syrienkonflikt eingesetzt wurde. Die Schweiz unterstützte diesen Mechanismus 2018 mit 975 000 Franken. Sie hat bisher vier Konferenzen organisiert mit dem Ziel der Förderung der wirkungsvollen Zusammenarbeit zwischen dem Mechanismus und den syrischen Akteuren. Die Schweiz hat sich ferner seit 2011 mit humanitärer Hilfe in der Höhe von 373 Millionen Franken für die Opfer dieser Krisenregion engagiert, und sie beteiligt sich aktiv an der Konfliktlösung in Syrien. Die Schaffung und die Unterstützung des «Civil Society Support Room» durch die Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Büro des Sonderbeauftragten der UNO hat es erlaubt, Vertreterinnen und Vertreter der syrischen Zivilgesellschaft, darunter auch Kurdinnen und Kurden, in die offiziellen Friedensgespräche in Genf einzubinden.

2013 P 11.3916 Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (N 19.9.13, Nordmann)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, die Massnahmen darzulegen, die er zu ergreifen beabsichtigt, um die Informationen zum «autonomen Nachvollzug» von EU-Recht durch die Schweiz zu verbessern.

Die Schweiz und die EU führen seit Mai 2014 Verhandlungen zu einem institutionellen Abkommen. Der Bundesrat hat am 7. Dezember 2018 das derzeitige Verhandlungsergebnis zur Kenntnis genommen. Er hat entschieden, interne Konsultationen zum Abkommensentwurf durchzuführen. Der Abkommensentwurf sieht die dynamische Übernahme des EU-Acquis vor, soweit er für die Marktzugangsabkommen relevant ist. Ein solches Abkommen würde das heutige System der Übernahme von EU-Recht im Bereich bestehender Marktzugangsabkommen anpassen. Der Abschluss des institutionellen Abkommens würde jedoch nichts daran ändern, dass jede Übernahme eines EU-Rechtsakts in ein Abkommen zwischen der Schweiz und der EU Gegenstand eines Entscheids der Schweiz bleibt. Sobald das weitere Vorgehen in Bezug auf das institutionelle Abkommen bekannt ist, wird der Bundesrat prüfen können, ob allenfalls neue Massnahmen notwendig sind, um auch die Informationen zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht durch die Schweiz zu verbessern.

2014 P 13.3151 Lagebeurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa (N 15.9.14, Aeschi Thomas)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht zum Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu verfassen. Die Arbeiten im Hinblick auf die Redaktion eines neuen Berichts zu den Beziehungen Schweiz-EU wurden innerhalb der Bundesverwaltung im Herbst 2015 aufgenommen. Deren Abschluss ist im Verlaufe von 2019 vorgesehen.

2014 P 14.3557 Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorauseilender Gehorsam (N 26.9.14, Schilliger)

2014 P 14.3577 Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorauseilender Gehorsam (S 9.9.14, Fournier)

Die Postulate beauftragen den Bundesrat, einen Bericht darüber zu verfassen, wie sichergestellt werden soll, dass die Übernahme von europäischem Recht durch die Schweiz nicht noch zusätzlich verschärft oder durch Erfordernisse erschwert wird, die nichts mit dem Gegenstand zu tun haben, und dass die Umsetzung ins Schweizer Recht und auch die Inkraftsetzung so spät wie möglich erfolgen.

Die Schweiz und die EU führen seit Mai 2014 Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen. Der Bundesrat hat am 7. Dezember 2018 das derzeitige Verhandlungsergebnis zur Kenntnis genommen. Er hat entschieden, interne Konsultationen zum Abkommensentwurf durchzuführen. Der Abkommensentwurf sieht die dynamische Übernahme des EU-Acquis vor, soweit er für die Marktzugangsabkommen relevant ist. Ein solches Abkommen würde das heutige System der Übernahme von EU-Recht in den bestehenden Marktzugangsabkommen anpassen und ermöglichte es, zu präzisieren, welches EU-Recht für das Funktionieren der Marktzugangsabkommen relevant ist. Der Abschluss eines institutionellen Abkommens würde jedoch nichts daran ändern, dass jede Übernahme eines EU-Rechtsakts in ein Abkommen zwischen der Schweiz und der EU Gegenstand eines Entscheids der Schweiz bleibt.

Sobald das weitere Vorgehen in Bezug auf das institutionelle Abkommen bekannt ist, wird der Bundesrat prüfen, ob neue Massnahmen im Sinne dieser Postulate notwendig sind.

2015 M 13.3792 Für eine von Massenvernichtungswaffen freie (A-, B-, C-Waffen frei) Zone im Nahen und Mittleren Osten (N 15.9.14, Sozialdemokratische Fraktion; S 3.3.15

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, sich für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzusetzen. Die Forderung der Motion entspricht weiterhin einem traditionellen Schwerpunkt der Schweizer Politik im Bereich der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung. Wie in der Stellungnahme des Bundesrates vom 20. November 2013 dargelegt, unterstützte die Schweiz die Anstrengungen des Fazilitators, der vom Uno-Generalsekretär eingesetzt wurde, um eine Konferenz zur Schaffung einer solchen Zone im Nahen und Mittleren Osten vorzubereiten. Allerdings kam der Prozess 2015 trotz vielversprechender Ansätze zum Stillstand. Die arabischen Staaten starteten 2018 einen neuen Anlauf, der jedoch nicht von allen Staaten in der Region mitgetragen wird und den die Schweiz daher als noch nicht zielführend erachtet. Die Konferenz, die 2019 von der UNO organisiert werden soll, wird von der Schweiz über den regulären UNO-Beitrag mitfinanziert. Der Bundesrat verfolgt diese Entwicklungen zudem genau, um mögliche neue Chancen für eine Einigung in dieser wichtigen Frage frühzeitig zu erkennen und erneut zu unterstützen.

2015 M 14.3423 Positionierung der Schweiz als internationale Plattform im Bereich Internet Governance (N 26.9.14, FDP-Liberale Fraktion; S 3.3.15)

Die Schweiz hat bereits verschiedene Massnahmen zur Förderung von Genf in den Bereichen Digitalisierung und Internet-Gouvernanz eingeleitet. Dazu gehören die «Geneva Internet Platform» (GIP) und das «High Level Panel» für die digitale Kooperation. Diese Plattformen geniessen grosse finanzielle und politische Unterstützung der Schweiz und verstärken die Positionierung Genfs als Zentrum für Diskussionen über die globale Gouvernanz im Bereich des Internets.

Die GIP bringt verschiedene Akteure zu Diskussionen digitaler Themen zusammen. Sie ist für die Akteure des internationalen Genfs und darüber hinaus zu einer wichtigen Referenz in der Welt der Internet-Gouvernanz geworden.

Ihre Arbeit ist anerkannt und geschätzt. Das Gesamtbudget der GIP für die Periode 2018–2019 beläuft sich auf 1,725 Millionen Franken. Der Beitrag der Eidgenossenschaft beträgt 1,425 Millionen Franken, was 83 Prozent des Budgets entspricht.

Der Direktor der GIP wurde kürzlich zum Co-Sekretär des «High Level Panels» für die digitale Kooperation ernannt, das im Juli 2018 vom UNO-Generalsekretär lanciert wurde. Dieses Panel besteht aus zwanzig herausragenden Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Milieus (darunter auch alt Bundesrätin Doris Leuthard). Es tagte zum ersten Mal im September 2018 in New York am Rande der UNO-Generalversammlung und hat zum Ziel, Möglichkeiten zur Stärkung der digitalen Gouvernanz zu identifizieren, indem konkrete Kooperationsmodelle zwischen allen teilnehmenden Interessensgruppen der digitalen Welt vorgeschlagen werden.

Die Schweiz wird sich weiter darum bemühen, Genf als internationale Plattform der Internet-Gouvernanz zu positionieren.

2015 P 14.4080 Evaluation der Bilateralen Verträge mit der EU (N 20.3.15, Grüne Fraktion)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU in einem Bericht zu evaluieren. Die Arbeiten im Hinblick auf die Redaktion eines neuen Berichts zu den Beziehungen Schweiz-EU wurden innerhalb der Bundesverwaltung im Herbst 2015 aufgenommen. Deren Abschluss ist im Verlaufe von 2019 vorgesehen.

2015 M 14.3824 Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (N 12.12.14, Streiff; S 16.6.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien zu thematisieren. Wie in früheren Jahren hat die Schweiz die Resolutionen über die Religions- und Glaubensfreiheit im Menschenrechtsrat und in der UNO-Generalversammlung mitverhandelt und mitunterzeichnet. Die Schweiz nahm im Juli 2018 zudem an der ersten Ministertagung zur Förderung der Religionsfreiheit teil, die Staatssekretär Pompeo (USA) in Washington organisierte. Auf regionaler Ebene unterstützte sie den Vorschlag des italienischen OSZE-Vorsitzes für eine Ministerratsentscheidung zur Förderung der Religions- und Glaubensfreiheit und zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder des Glaubens. Ausserdem beteiligte sich die Schweiz aktiv an den beiden OSZE-Vorsitzkonferenzen zur Bekämpfung des Antisemitismus sowie zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung in Rom im Januar und im Oktober 2018. 2018 hat die Schweiz ihr Engagement im Rahmen ihres Vorsitzes der International Holocaust Remembrance Alliance (2017–2018) fortgesetzt. Mithilfe der Vertretungen in bestimmten Ländern hat die Schweiz namentlich die Ausstellung «The Last Swiss Holocaust Survivors» präsentiert, Diskussionen organisiert, an Konferenzen teilgenommen und diverse Veranstaltungen und Projekte unterstützt. Im bilateralen Rahmen hat die Schweiz die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit mit mehreren Ländern (z. B. Iran, China, Indonesien, Myanmar, Marokko, Finnland) thematisiert. Die religiöse Toleranz wurde zudem im Rahmen der Konsultationen mit der Organisation für islamische Kooperation im Oktober 2018 angesprochen.

2015 M 14.3120 Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (N 6.5.15, Sozialdemokratische Fraktion; S 24.9.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die rechtlichen Grundlagen für den Beibehalt, die Weiterentwicklung und die Vertiefung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU aufzuzeigen.

Die Schweiz und die EU führen seit Mai 2014 Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen mit dem Ziel, die rechtlichen Grundlagen zur Sicherung des Marktzugangs und zur Konsolidierung, langfristigen Sicherung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zu schaffen. Der Bundesrat hat am 7. Dezember 2018 das derzeitige Verhandlungsergebnis zur Kenntnis genommen. Er hat entschieden, interne Konsultationen zum Abkommensentwurf durchzuführen. Sobald das weitere Vorgehen in Bezug auf das institutionelle Abkommen bekannt ist, wird der Bundesrat prüfen können, ob weitere Massnahmen im Sinne dieser Motion notwendig sind.

2016 M 16.3155 Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (N 17.6.16, Béglé; S 15.9.16)

Der Bundesrat hat die Beziehungen zu Eritrea kontinuierlich verstärkt: Die Schweizer Botschaft in Khartum unternimmt regelmässige Missionen nach Eritrea. Die Politische Direktion des EDA trifft sich regelmässig mit eritreischen Gesprächspartnern in Bern und Genf. Auch finden Missionen von Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung in Bern nach Eritrea statt, um den Dialog mit der eritreischen Regierung zu pflegen und zu vertiefen, so zuletzt im November 2018. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) finanziert seit 2016 einzelne Projekte im Bildungsbereich in Eritrea. Auch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) hat im Jahr 2017 in einer Pilotphase einzelne Projekte aufgegleist. Diese werden 2019 evaluiert, und danach wird über weitere Aktivitäten entschieden. Seit Ende 2016 führt die Schweiz zudem gemeinsam mit Deutschland, Schweden und Norwegen einen strukturierten Dialog mit Eritrea, um geeint erhöhten Druck auf die eritreische Regierung auszuüben und zu einer Verbesserung der Lage vor Ort beizutragen. Dieser Dialog umfasst vier Kapitel: sozioökonomische Entwicklung, Menschenrechte, regionale Sicherheit und Migration. Die am 9. Juli 2018 zwischen Eritrea und Äthiopien unterzeichnete Friedenserklärung führte zu konkreten Ergebnissen wie die Öffnung der Grenze, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen und Flugverbindungen zwischen den Hauptstädten.

2016 M 16.3624 Schwerpunktthema Berge in der internationalen Zusammenarbeit (S 15.9.16, Aussenpolitische Kommission SR; N 5.12.16)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, bei der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit (IZA-Botschaft) 2017–2020 einen Schwerpunkt auf das Thema Berge zu setzen. Die Schweiz kann bei der Umsetzung dieses Auftrags auf wertvolles Fach- und Erfahrungswissen aus den eigenen Bergregionen zurückgreifen. Dadurch kann sie sich auch glaubwürdig für bessere Lebensbedingungen der Bergbevölkerung in Partnerländern und internationalen Gremien einsetzen. So hat sich die Schweiz erfolgreich dafür engagiert, dass der Weltklimarat die Auswirkungen des Klimawandels in Berggebieten im nächsten Bericht prominent untersuchen wird.

Das Thema wird auch in der zweiten Halbzeit der Umsetzung der IZA-Botschaft 2017–2020 einen Schwerpunkt bilden: 2019 wird die DEZA ein neues Programm zur Verbesserung der Gouvernanz in Berggebieten lancieren, mit Fokus auf der Anpassung an den Klimawandel. Sie wird auch eine spezifische Unterstützung für die Bergkapitel des nächsten Klimazustandsberichts des Weltklimarats leisten. In mehreren Projekten wird zudem die Auswirkung des Klimawandels auf den Wasserhaushalt und die Naturgefahren in Bergen untersucht, und es werden entsprechende Anpassungsmassnahmen umgesetzt.

Eidgenössisches Departement des Innern

Bundesamt für Gesundheit

2000 P 00.3435 Verbot der Tabakwerbung (N 15.12.00, Tillmanns; Abschreibung beantragt 15.075)

2012 M 11.3637 Gesamtschweizerisch einheitliches Abgabealter für Tabakprodukte (N 23.12.11, Humbel; S 1.6.12; Abschreibung beantragt 15.075)

2016 M 11.3677 Gesetzliche Grundlage für Alkoholtestkäufe (N 23.12.11, Ingold; S 13.6.16; Abschreibung beantragt 15.075) - vormals EFD/EZV

Abschreibung beantragt mit Geschäft 15.075: Botschaft vom 30. November 2018 zum Tabakproduktegesetz.

2002 P 00.3536 Patientenfonds (N 30.9.02, Gross Jost)

Der Bundesrat hat in seinem Bericht «Patientenrechte und Patientenpartizipation in der Schweiz» vom 24. Juni 2015 in Erfüllung der Postulate 12.3100 Kessler, 12.3124 Gilli und 12.3207 Steiert den Umgang mit Schäden im Rahmen einer medizinischen Behandlung geprüft. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > 12.3100/12.3124/12.3207 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses. Er hat dabei unter anderem auf die Wichtigkeit der Bestrebungen zur Schadensprävention, etwa im Rahmen der Nationalen Strategie gegen Spital- und Pflegeheiminfektionen, hingewiesen. Gleichzeitig hat der Bundesrat festgehalten, dass von grundlegenden Änderungen der Medizinalhaftpflicht, z. B. der Einführung eines umfassenden «no-fault»-Entschädigungssystems, zurzeit abzusehen ist. Hingegen wurde das EDI angesichts der schwierigen Stellung von Patientinnen und Patienten im Schadensfall beauftragt, die Notwendigkeit und allfällige Ausgestaltung einer subsidiären Entschädigungsregelung zu prüfen. Diese Prüfung ist ausstehend (siehe auch P 12.3100).

2006 M 04.3624 Qualitätssicherung und Patientensicherheit im Gesundheitswesen (N 3.3.05, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 04.433; S 14.6.05; N 14.3.06; Abschreibung beantragt 15.083)

2011 M 10.3015 Für eine nationale Qualitätsorganisation im Gesundheitswesen (N 28.9.10, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 9.3.11; Abschreibung beantragt 15.083)

2011 M 10.3353 Qualitätssicherung OKP (S 20.9.10, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 3.3.11; Abschreibung beantragt 15.083)

2011 M 10.3450 Für eine unabhängige nationale Organisation für Qualitätssicherung (N 1.10.10, FDP-Liberale Fraktion; S 9.3.11; Abschreibung beantragt 15.083)

2012 M 10.3912 Vita sicura. Risikoforschung für Patientensicherheit (N 17.6.11, Heim; S 4.6.12; Abschreibung beantragt 15.083)

2012 M 10.3913 Vita sicura. Nationales Programm für Patientensicherheit (N 17.6.12, Heim; S 4.6.12; Abschreibung beantragt 15.083)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 15.083: Botschaft vom 4. Dezember 2015 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit).

2006 P 05.3878 Gesundheitsversorgung. Positive Anreize zur Förderung der Patientensicherheit und der Qualitätssicherung (N 24.3.06, Heim)

Die Gestaltung der Anreize ist eines der Aktionsfelder, in denen der Bund gemäss der «Qualitätsstrategie des Bundes im Schweizerischen Gesundheitswesen» (www.bag.admin.ch > Versicherungen > Krankenversicherung > Qualität und Patientensicherheit) aktiv werden will. Allerdings konnte das Aktionsfeld «Anreize» in der Übergangsphase 2012–2017 noch nicht berücksichtigt werden. Zudem ist die Datengrundlage für entsprechende Pilotprogramme noch nicht gegeben. Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit) an das Parlament überwiesen (BBl *2016* 257; Geschäft 15.083). Dort ist u. a. die Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der Qualität vorgesehen, was den Handlungsspielraum zur Weiterverfolgung des Aktionsfeldes «Anreize» vergrössern wird. Die parlamentarische Diskussion ist im Gange.

2007 M 06.3009 Einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen (S 8.3.06, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 04.061; N 22.3.07; S 24.9.07)

2011 M 09.3535 Leistungsfinanzierung nach dem KVG vereinheitlichen (N 12.4.11, Sozialdemokratische Fraktion; S 29.9.11)

2011 M 09.3546 Transparente Finanzierung der sozialen Grundversicherung (S 15.6.11, Brändli; N 12.12.11)

Am 10. Dezember 2010 hat der Bundesrat den Bericht «Einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung» (www.bag.admin.ch > Das BAG > Publikationen > Bundesratsberichte) verabschiedet. Die drei Motionen weisen einen Zusammenhang auf mit der Diskussion zur parlamentarischen Initiative 09.528 Humbel «Finanzierung der Gesundheitsleistungen aus einer Hand. Einführung des Monismus». Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) hat die Beratung im August 2015 wieder aufgenommen. Die dafür eingesetzte Subkommission hat verschiedene Lösungsmöglichkeiten überprüft und einen Entwurf für eine gesetzliche Regelung erarbeitet. Vom 15. Mai bis 15. September 2018 hat die SGK-NR gestützt auf die Arbeiten der Subkommission ihren Vorentwurf in die Vernehmlassung gegeben. Die parlamentarische Diskussion soll abgewartet werden.

2008 P 08.3493 Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten (N 19.12.08, Heim)

Der Bundesrat hat am 18. Dezember 2013 den Bericht «Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten» verabschiedet (www.bag.admin.ch > Das BAG > Publikationen > Bundesratsberichte). Er hat festgestellt, dass die Krankenversicherer professioneller mit dem Datenschutz umgehen. Die anlässlich einer ersten Umfrage festgestellten Mängel sind grösstenteils behoben. Das Bundesamt für Gesundheit wird die Situation 2019 erneut bei allen Krankenversicherern überprüfen und in einem weiteren Bericht darstellen.

2009 M 05.3522 Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial (N 19.3.07, Heim; S 2.10.08; N 3.3.09)

2009 M 05.3523 Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste (N 19.3.07, Humbel; S 2.10.08; N 3.3.09)

Der Revisionsbedarf bei der Liste der Mittel und Gegenstände (MiGeL) ist unbestritten. Die Revision der MiGeL wurde Ende 2015 gestartet. Bis Ende 2017 wurden die umsatzstärksten Produktegruppen Verbandmaterial, Diabetes und Inkontinenzmaterial, die rund zwei Drittel des Kostenvolumens der MiGeL generieren, bearbeitet. In diesem Rahmen werden auch Grundsatzfragen bezüglich Konkretisierung und Optimierung des Systems zur Festlegung der Höchstvergütungsbeträge bearbeitet. Der Einbezug von Auslandpreisvergleichen ist dabei berücksichtigt. Weiter wird ein System zur regelmässigen periodischen Überprüfung installiert. Die Revision der MiGeL wird bis Ende 2019 abgeschlossen.

2009 M 09.3089 Vertriebsanteil bei den Medikamentenkosten (S 4.6.09, Diener; N 10.12.09)

Der Bundesrat hat am 20. Mai 2015 über das weitere Vorgehen in Sachen Vertriebsanteil entschieden. Das EDI wird prüfen, wie die – in allen Vertriebskanälen vorhandenen – Anreize zur Abgabe von teureren Medikamenten verringert werden können. Zudem wird das EDI gewisse Parameter in der Berechnung des Vertriebsanteils aktualisieren, um Kosteneinsparungen zu realisieren. Die entsprechenden Anpassungen der Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29. September 1995 (SR *832.112.31*) sind vom 14. September bis 14. Dezember 2018 in die Vernehmlassung gegeben worden. Über das weitere Vorgehen soll im ersten Halbjahr 2019 entschieden werden.

2010 P 09.4199 Ausreichend langer bezahlter Urlaub für Eltern von schwer kranken Kindern (S 2.3.10, Seydoux) - vormals EJPD/BJ

2013 P 13.3366 Betreuungszulagen und Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige (N 13.6.13, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 11.411, 11.412)

Am 5. Dezember 2014 hat der Bundesrat den Aktionsplan zur Unterstützung der betreuenden und pflegenden Angehörigen verabschiedet. Im Rahmen von dessen Umsetzung hat der Bundesrat am 1. Februar 2017 das EDI beauftragt, gemeinsam mit dem EJPD und dem WBF eine Vorlage zu erarbeiten, die einerseits die Rechtssicherheit bei kurzzeitigen Arbeitsabwesenheiten verbessert und andererseits die rechtlichen Grundlagen für die Einführung eines (bezahlten) Betreuungsurlaubs für Eltern schwerkranker oder -verunfallter Kinder enthält. Die Vernehmlassung zu dieser Vorlage dauerte vom 26. Juni bis 16. November 2018. Zudem wurde im Februar 2017 das im Rahmen der Fachkräfteinitiative vom Bundesrat im März 2016 beschlossene vierjährige Forschungsprogramm zur Weiterentwicklung der Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige lanciert. Die ersten Forschungsergebnisse werden im ersten Halbjahr 2019 vorliegen und mit den betroffenen Akteuren diskutiert werden.

2010 P 09.4078 Für eine kostenbewusstere Medikamentenversorgung (N 19.3.10, Humbel)

Der Bundesrat hat bereits verschiedene kostensenkende Massnahmen im Bereich der Generika getroffen. Zudem hat er das EDI beauftragt, ein Konzept für ein Referenzpreissystem im patentabgelaufenen Bereich zu erarbeiten. Da ein Referenzpreissystem eine Anpassung des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR *832.10*) bedingt, hat der Bundesrat am 1. Februar 2017 die Preisabstandsregelungen für Generika erneut angepasst. Zudem gilt der differenzierte Selbstbehalt bereits beim Überschreiten von 10 Prozent des günstigsten Drittels der Arzneimittel mit gleicher Wirkstoffzusammensetzung. Die genannten Änderungen traten am 1. März 2017 in Kraft. Ein Referenzpreissystem wurde zudem im Rahmen der KVG-Revision «Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1», die vom 14. September bis 14. Dezember 2018 in die Vernehmlassung gegeben wurde, erarbeitet und in das Paket aufgenommen. Die entsprechende Botschaft soll im 2. Halbjahr 2019 vom Bundesrat an die eidgenössischen Räte überwiesen werden.

2010 M 09.3150 Massnahmen gegen den Anstieg der Krankenkassenprämien (N 12.6.09, Fraktion CVP/EVP/glp; S 20.9.10; Punkte 1, 2 und 3 angenommen)

Folgende Massnahmen sind umgesetzt bzw. geplant:

a) Der Bundesrat hat per 1. Januar 2018 eine Änderung der Verordnung vom 20. Juni 2014 über die Festlegung und die Anpassung von Tarifstrukturen in der Krankenversicherung (SR *832.102.5*) vorgenommen und die Tarifstruktur TARMED nach 2014 zum zweiten Mal angepasst sowie gleichzeitig als gesamtschweizerisch einheitliche Tarifstruktur für ärztliche Leistungen festgelegt. Damit will der Bundesrat übertarifierte Leistungen korrigieren und die Tarifstruktur sachgerechter gestalten. Zudem sollen Fehlanreize reduziert werden, damit gewisse Tarifpositionen nicht übermässig oder unsachgemäss abgerechnet werden. Dadurch können Einsparungen von rund 470 Millionen Franken pro Jahr zugunsten der Prämienzahlenden erzielt werden.

b) Das Bundesamt für Gesundheit hat in den Jahren 2009 sowie 2012–2014 sämtliche Präparate, die auf der Spezialitätenliste aufgeführt sind, überprüft. In den Jahren 2012–2014 wurden Einsparungen von rund 600 Millionen Franken erzielt. Die Überprüfung wurde im Jahr 2017 wieder aufgenommen. Aufgrund der Überprüfung im Jahr 2017 konnten Einsparungen in Höhe von 225 Millionen Franken zugunsten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung erzielt werden. Für das Jahr 2018 ergeben erste Schätzungen ein Einsparpotenzial von mindestens 100 Millionen Franken. Zudem hat der Bundesrat

weitere Anpassungen im patentabgelaufenen Bereich vorgenommen, mit denen Einsparungen von insgesamt rund 60 Millionen Franken in den Jahren 2017–2019 erwartet werden.

c) Die Höchstvergütungsbeträge in der Mittel- und Gegenständeliste (MiGeL) wurden bereits mehrfach angepasst, und das Kostensparpotenzial in diesem Bereich wird bereits genutzt. Mit der Revision der MiGeL wird die Liste seit Dezember 2015 schrittweise revidiert, und die Änderungen werden laufend in Kraft gesetzt (siehe M 05.3522 und M 05.3523). Die Revision wird bis Ende 2019 abgeschlossen.

2010 P 10.3754 Einführung einer gesamtschweizerischen Kosten-Nutzen-Bewertung von medizinischen Leistungen (N 17.12.10, Humbel)

Artikel 32 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (*SR 832.10*) verlangt, dass alle Leistungen, die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) übernommen werden, wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich (WZW-Kriterien) sind und periodisch nach diesen Kriterien überprüft werden. Der Bundesrat hat beschlossen, die periodische Prüfung zu stärken, und hat dazu am 4. Mai 2016 der Schaffung einer Organisationseinheit im Bundesamt für Gesundheit (BAG) zugestimmt sowie die notwendigen Ressourcen ab 2017 bewilligt. Der Entscheid, welche Themen überprüft und ob Leistungen nicht mehr durch die OKP vergütet werden sollen, liegt beim EDI. Ein systematischer und transparenter Prozess, in dem die Stakeholder ebenfalls einbezogen werden, und ein öffentliches Themeneingabeverfahren wurden etabliert.

In einer Übergangsphase hat der Bundesrat bereits ab dem Jahr 2015 Mittel von jährlich 600 000 Franken für ein erstes Health Technology Assessment (HTA)-Programm gesprochen. Von 2015 bis 2017 hat das EDI jährlich drei Themen für die Re-Evaluation von Leistungen festgelegt. 2017 wurde die Sektion HTA installiert, welche die Arbeiten weiterführt und den HTA-Prozess schrittweise bis 2019 ausbaut. Angesichts der Aufbauarbeiten benötigten die ersten Projekte eine längere Zeit. Der erste HTA-Bericht wurde im Juni 2017 veröffentlicht. Weitere Veröffentlichungen werden folgen. Die Anzahl der in Auftrag gegebenen Berichte wurde 2018 auf sechs pro Jahr erhöht und soll wenn möglich weiter zunehmen.

Das im Juni 2011 veröffentlichte Arbeitspapier zur Operationalisierung der WZW-Kriterien stellt zudem eine einheitliche nationale Grundlage für die Methodik der Evaluation von Leistungen im Sinne von HTA dar. Die endgültige Version wird im ersten Quartal 2019 veröffentlicht.

2011 P 10.3753 Klare Kriterien statt kantonale Willkür bei Spitallisten (N 18.3.11, Humbel)

Der Bundesrat hat im Zusammenhang mit dem Postulat bisher zwei Berichte verabschiedet: a) Bericht «Grundlagen der Spitalplanung und Ansätze zur Weiterentwicklung» in Erfüllung der Postulate 09.4239 und 10.3753, b) Bericht «Planung der hochspezialisierten Medizin: Umsetzung durch die Kantone und subsidiäre Kompetenz des Bundesrates» in Erfüllung des Postulates 13.4012. Beide Berichte sind veröffentlicht unter www.parlament.ch > 09.4239/10.3753 bzw. 13.4012 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Weiter hat er eine Konzept- und Machbarkeitsstudie inklusive einer ersten Bestandesaufnahme der kantonalen Spitalplanungen erstellt (www.bag.admin.ch > Das BAG > Publikationen > Evaluationsberichte > Kranken- und Unfallversicherung). Darin wurde die kantonale Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Bereich der Spitalplanung detailliert beschrieben. Die Resultate sollen zusammen mit dem Schlussbericht der Evaluation im Jahr 2019 veröffentlicht werden.

2011 P 10.4055 Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit seltenen Krankheiten (N 18.3.11, Humbel)

2011 P 11.3218 Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (N 30.9.11, Cassis)

Der Bundesrat hat am 15. Oktober 2014 das Nationale Konzept «Seltene Krankheiten» und am 13. Mai 2015 die Umsetzungsplanung verabschiedet (www.bag.admin.ch > Strategie & Politik > Politische Aufträge & Aktionspläne > Nationales Konzept Seltene Krankheiten). Die neunzehn vorgeschlagenen Massnahmen werden in vier Projekten umgesetzt: Eine prioritäre Massnahme ist die Schaffung von Referenzzentren für Krankheiten oder Krankheitsgruppen. Am 22. Juni 2017 haben die Kantone, Patientenorganisationen, Leistungserbringer und die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften den Verein «Nationale Koordination Seltene Krankheiten» (kosek) gegründet, dem die Bezeichnung der Referenzzentren obliegt. Eine weitere Massnahme betrifft die Vergütung von Arzneimitteln im Einzelfall. Am 1. Februar 2017 hat der Bundesrat entschieden, die diesbezüglichen Bestimmungen in der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (SR *832.102*) anzupassen. Mit den Anpassungen kann ein weiterer wichtiger Bestandteil des Konzeptes «Seltene Krankheiten» erfüllt werden. Ziel der Anpassungen war die weitere Sicherstellung einer einheitlichen Beurteilung der Vergütung im Einzelfall, die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Leistungserbringern, Vertrauensärzten, Versicherern und Zulassungsinhaberinnen sowie eine Beschleunigung der Beurteilung der Kostengutsprachegesuche. Die Bestimmungen sind am 1. März 2017 in Kraft getreten.

Die Umsetzung der im Nationalen Konzept enthaltenen Massnahmen war bis Ende 2017 vorgesehen. Die Frist ist um zwei Jahre bis Ende 2019 verlängert worden, um Massnahmen, die mehr Zeit in Anspruch nehmen, wie insbesondere die Schaffung von Referenzzentren und Versorgungsnetzen, gemeinsam mit den Beteiligten umzusetzen. Ende 2019 wird Bilanz gezogen.

2011 M 10.3882 Versorgungsqualität mit DRG (N 3.3.11, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 30.5.11)

Die Motion spricht zwei verschiedene Anliegen an: die Sicherstellung von genügend Aus- und Weiterbildungsplätzen des Gesundheitspersonals durch eine solide Finanzierung sowie die Sicherstellung der Versorgungsqualität. Das erste Anliegen, das insbesondere die Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung betrifft, wurde in der Plattform «Zukunft ärztliche Bildung» aufgenommen. Bund und Kantone haben in diesem Rahmen ein neues Finanzierungsmodell, das «Modell PEP» (pragmatisch, einfach, pauschal) verabschiedet. Bis November 2018 haben 14 Kantone eine entsprechende Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen ratifiziert. Die Vereinbarung tritt erst in Kraft, wenn ihr 18 Kantone zugestimmt haben.

Die Kosten für die Ausbildung des nichtuniversitären Fachpersonals (hauptsächlich Personen mit Pflegeausbildung) können hingegen nach der neuen Spitalfinanzierung bei der Tarifberechnung im stationären Bereich berücksichtigt werden, womit sie gemeinsam von der Krankenversicherung und den Kantonen zu finanzieren sind. Somit ist die Finanzierung der Aus- und Weiterbildungsplätze des Gesundheitspersonals rechtlich langfristig geregelt.

Der zweite Teilaspekt, die Qualität der Versorgung, wird im Rahmen der Evaluation der KVG-Revision im Bereich der Spitalfinanzierung in den Themenbereichen «Einfluss der KVG-Revision auf die Qualität der stationären Spitalleistungen» (Ergebnisqualität) und «Einfluss der KVG-Revision auf die Entwicklung der Spitallandschaft und Sicherstellung der Versorgung» (Versorgungsqualität) untersucht. Die bisherigen Studien wurden veröffentlicht (www.bag.admin.ch > Das BAG > Publikationen > Evaluationsberichte > Kranken- und Unfallversicherung). Weitere Untersuchungen sollen zusammen mit dem Schlussbericht der Evaluation im Jahr 2019 veröffentlicht werden.

2011 M 10.4161 Krankenversicherung. Wählbare Franchisen und Vertragsdauer (N 18.3.11, Stahl; S 29.9.11)

Die Motion verlangt, mittels einer Änderung des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR *832.10*) eine längere Vertragsdauer bei den wählbaren Franchisen zu ermöglichen. Ziel ist, die Solidarität zwischen gesunden und kranken Menschen zu stärken. Das Thema der mehrjährigen Vertragsdauer wurde mit der parlamentarischen Initiative 15.468 Brand (Borer) «Stärkung der Selbstverantwortung im KVG» aufgenommen. Die Vorlage der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates sieht vor, dass Versicherte mit wählbaren Franchisen ihre Franchise während drei Jahren behalten müssen. Am 26. November 2018 wurde die Vorlage vom Nationalrat angenommen. 2019 wird die Diskussion im Parlament weitergeführt.

2012 M 09.3509 Steuerbarkeit der Demenzpolitik I: Grundlagen (N 12.4.11, Steiert; S 12.3.12)

Im Rahmen der Nationalen Demenzstrategie 2014–2019 dient das «Versorgungsmonitoring» dazu, allfällige Datenlücken zweckmässig und zielführend zu schliessen. In einem Online-Indikatoren-Set werden die Ergebnisse einer demenzspezifischen Analyse bestehender Datenerhebungen des Bundes (u. a. medizinische Statistik der Krankenhäuser, medizinische Qualitätsindikatoren der stationären Langzeitpflege) und verschiedener Leistungserbringer (z. B. Daten des Pflege- und Betreuungsbedarfs der ambulanten Pflege sowie der Swiss Memory Clinics) abgebildet. Erste Faktenblätter zu den Sterbefällen mit Demenzerkrankung sowie Spitalpatientinnen und -patienten mit registrierter Demenzerkrankung liegen vor. Der Bundesrat wird im Laufe des Jahres 2019 im Rahmen der Berichterstattung zur Umsetzung der Nationalen Demenzstrategie 2014–2019 einen Bericht über die Erfüllung der Motion vorlegen.

2012 M 09.3510 Steuerbarkeit der Demenzpolitik II: Gemeinsame Strategie von Bund und Kantonen (N 12.4.11, Wehrli; S 12.3.12)

Der Bundesrat hat am 13. November 2013 das EDI beauftragt, in Koordination mit weiteren Bundesstellen und unter den gegebenen finanziellen und personellen Ressourcen einen Beitrag zur Umsetzung der Nationalen Demenzstrategie 2014–2017 zu leisten. Am 16. November 2016 hat der Bundesrat den Stand der Umsetzung und den Antrag der Verlängerung der Strategie bis Ende 2019 zur Kenntnis genommen. Die übergeordnete Zielsetzung der Strategie liegt darin, Behandlung, Betreuung und Pflege entlang des Krankheitsverlaufs zu optimieren und dadurch die Lebensqualität der von dieser Krankheit Betroffenen zu verbessern. Mehrere Kantone haben in Anlehnung an die nationale Strategie eigene Aktionspläne und Strategien entwickelt. Der Umsetzungsstand und die bis 2019 erreichbaren Ergebnisse und Wirkungen der Strategie werden bis im Frühling 2019 evaluiert. Damit wird eine empirisch begründete Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen geschaffen.

2012 P 12.3100 Patientenrechte stärken (N 15.6.12, Kessler)

2012 P 12.3124 Patientenrechte stärken (N 15.6.12, Gilli)

2012 P 12.3207 Stärkung der Patientenrechte (N 15.6.12, Steiert)

Der Bundesrat hat am 24. Juni 2015 in Erfüllung der Postulate 12.3100, 12.3124 und 12.3207 den Bericht «Patientenrechte und Patientenpartizipation in der Schweiz» verabschiedet. Der Bericht ist veröffentlicht unter www.parlament.ch > 12.3100/12.3124/12.3207 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Der Bericht kommt zum Schluss, dass bezüglich der materiellen Rechtslage in der Schweiz keine Lücken ersichtlich sind. Einzelne Handlungsmöglichkeiten ortet der Bericht in den Bereichen Transparenz, bei der Umsetzung der Patientenrechte in der Praxis, bei der Schadensprävention bzw. im Umgang mit Schäden aus medizinischen Behandlungen und schliesslich bezüglich der Berücksichtigung von Patienteninteressen in gesundheitspolitischen Prozessen. Soweit in der Bundeskompetenz liegend, werden die Handlungsmöglichkeiten vertieft geprüft oder im Rahmen laufender Dossiers berücksichtigt (siehe auch P 00.3536).

2012 P 12.3363 Qualitätssicherung in der Gesundheitsversorgung statt Prämien und Rabatte für Leistungsabbau (N 28.9.12, Hardegger)

2014 M 12.4171 Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (N 5.3.14, FDP-Liberale Fraktion; S 13.6.14)

Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 dem Parlament die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit) (BBl *2016* 257; Geschäft15.083) unterbreitet. Dort ist auch die Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der Qualität vorgesehen.

Die Frage der Auswirkungen finanzieller Anreize in der integrierten Versorgung war auch Gegenstand der Vorlage Managed Care, welche in der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 abgelehnt wurde. Aus Sicht des Bundesrates bleibt die koordinierte Versorgung dennoch förderungswürdig und ist daher auch Bestandteil der vom Bundesrat am 23. Januar 2013 verabschiedeten Strategie «Gesundheit2020». Verschiedene Initiativen wurden ergriffen. Am 15. Dezember 2017 informierte das Bundesamt für Gesundheit im Rahmen eines Symposiums über die umgesetzten Massnahmen für die Patientengruppe der (hoch-)betagten, multimorbiden Patientinnen und Patienten (Information unter www.bag.admin.ch > Strategien & Politik > Nationale Gesund-

heitspolitik > Koordinierte Versorgung). Auch im Rahmen des Kostendämpfungsprogrammes zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung werden Massnahmen zur Verbesserung der koordinierten Versorgung zurzeit vertieft geprüft.

2012 P 12.3716 Durchsetzung zuverlässiger und richtiger Messwerte im Gesundheitswesen (N 14.12.12, Kessler)

Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, einen Kurzbericht zur Problematik zu erstellen und danach das weitere Vorgehen zu prüfen. Die Arbeiten sind weitgehend abgeschlossen. Die Verabschiedung des Berichts ist für die erste Hälfte 2019 geplant.

2013 P 12.4053 Harmonisierung der Erfassung des Pflegebedarfs (N 21.6.13, Heim)

Die Arbeiten einer nationalen Steuergruppe zum Projekt «Tarifstrukturen», in der sowohl die Kantone wie auch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) Einsitz nahmen, wurden im August 2011 mit der Kalibrierung der Systeme BESA und RAI/RUG abgeschlossen. Eine weitere Harmonisierung unter Einbezug des Systems PLAISIR scheiterte an den unterschiedlichen Vorstellungen der beteiligten Institutionen.

Das BAG prüfte in der Folge, wie mittels der Definition von Mindestanforderungen an die verwendeten Systeme auf Verordnungsebene eine Vereinheitlichung der Pflegebedarfserfassung erreicht und eine geordnete Weiterentwicklung der Systeme gewährleistet werden kann. Die entsprechenden Anpassungen der Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29. September 1995 (SR *832.112.31*) wurden vom 4. Juli bis 24. Oktober 2018 in die Vernehmlassung gegeben. Über das weitere Vorgehen soll im ersten Halbjahr 2019 entschieden werden.

2013 M 12.3111 Diabetikerinnen und Diabetiker. Kostenübernahme für die Fusspflege durch Podologinnen und Podologen (N 28.9.12, Fridez; S 9.9.13)

Informationen zum Bedarf an Fusspflegeleistungen für Diabetiker und Diabetikerinnen sowie der aktuellen Praxis wurden bei den betroffenen Organisationen erhoben. Offene Fragen bezüglich der Kostenfolgen und weiterer einer Vertiefung bedürfender Aspekte wurden im Rahmen einer externen Studie aufgenommen. Die Ergebnisse liegen seit November 2018 vor; die weiteren Arbeiten werden im Lichte der Ergebnisse geplant.

2013 P 13.3875 Fehlermeldesysteme und medizinische Erkenntnisse für die Verbesserung der Patientensicherheit einsetzen (N 13.12.13, Hardegger, Abschreibung beantragt 18.047)

2016 M 16.3001 Gesundheitssystem. Ausgewogenes Angebot durch Differenzierung des Taxpunktwertes (N 15.3.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 12.308; S 6.6.16, Abschreibung beantragt 18.047)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.047: Botschaft vom 9. Mai 2018 zur Änderungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Zulassung von Leistungserbringern).

2014 M 11.3811 Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (N 11.9.13, Darbellay; S 19.3.14; N 3.6.14; Abschreibung beantragt 18.037)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.037: Bericht zur Abschreibung der Motion 11.3811 Darbellay «Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen».

2014 P 14.3295 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (1) (S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)

2014 P 14.3296 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (2) (S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)

2014 P 14.3297 Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (3) (S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)

Im Anschluss an einen Entscheid des Bundesgerichts wurden die Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (SR *832.102*) und die Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29. September 1995 (SR *832.112.31*) per 1. März 2017 geändert (AS *2017* 623 bzw. AS *2017* 633). Seitdem werden bei der Prüfung der Wirtschaftlichkeit auch der therapeutische Quervergleich einbezogen und zudem die Kriterien der Wirksamkeit und der Zweckmässigkeit im Rahmen jeder Überprüfung und somit insbesondere auch im Rahmen der Überprüfung der Aufnahmebedingungen alle drei Jahre vom Bundesamt für Gesundheit überprüft. Dadurch wird der Nutzen jedes Arzneimittels der Spezialitätenliste nun regelmässig neu beurteilt, und es erfolgt auch im gleichen Rhythmus immer wieder erneut eine Kosten-Nutzen-Analyse. Zudem wird die Möglichkeit verbessert, ein Arzneimittel von der Spezialitätenliste zu streichen, falls die Wirksamkeit oder die Zweckmässigkeit nicht mehr erfüllt sind.

Weitere Massnahmen im Bereich Arzneimittel sind im Kostendämpfungsprogramm zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vorgesehen. Die Einführung eines Referenzpreissystems ist Teil der Revision des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG, SR *832.10*): Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1, die vom 14. September bis 14. Dezember 2018 in die Vernehmlassung gegeben wurde. Weitere Anpassungen im Arzneimittelbereich sollen in eine weitere KVG-Teilrevision (Paket 2) aufgenommen werden.

2014 P 14.3054 Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (N 20.6.14, Heim)

Die Arbeiten zur Anpassung der Verordnung vom 23. Juni 1999 über die Qualitätssicherung bei Programmen zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie (SR *832.102.4*) wurden aufgenommen. Ergänzend laufen Arbeiten der «European Commission Initiative on Breast Cancer» (ECIBC), die im Rahmen der Aktualisierung der Europäischen Guidelines im Auftrag der Europäischen Kommission eine sehr grosse systematische Übersichtsarbeit zur Früherkennungs-Mammographie (und weiteren Themen in Bezug auf Brustkrebs) durchführt und ein neues Programm zur Qualitätssicherung erarbeitet. Erste Ergebnisse wurden laufend veröffentlicht. Zwischenzeitlich haben die Tarifpartner stets die Möglichkeit, vertragliche Lösungen zu vereinbaren.

2014 M 12.3245 Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (N 11.9.13, Humbel; S 13.6.14, N 10.9.14)

Die Arbeiten zu einer Anpassung der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (SR *832.102*) sind im Gang. Sie haben sich indessen verzögert, da die Diskussionen mit den Kantonen bezüglich Planungskriterien andauern.

2014 P 13.3224 Entlastung der Krankenversicherung von ungerechtfertigten Kosten (N 9.9.14, Humbel)

Der Bundesrat wird beauftragt, aufzuzeigen, wie stark die obligatorische Krankenpflegeversicherung durch Kosten belastet wird, die durch das Einholen eines Arztzeugnisses verursacht werden. Zudem soll aufgezeigt werden, wie diese Kosten verhindert werden können. Wie der Bundesrat bereits in seiner Stellungnahme zum Postulat festgehalten hat, werden Arbeitszeugnisse in der Regel im Rahmen einer ärztlichen Untersuchung ausgestellt und verrechnet. Das Ausstellen eines Arztzeugnisses stellt keine separate Tarifposition dar. Die Krankenversicherer können diese Kosten demnach nicht von den übrigen Leistungskosten unterscheiden. Es wird weiter geprüft, ob die Kosten bei den Ärzten selber erhoben werden könnten. 2019 wird das Bundesamt für Gesundheit bei den Krankenversicherern und beim Ärzteverband eine Umfrage durchführen, um abzuklären, welche Daten vorhanden sind. Gestützt darauf wird ein Bericht verfasst werden.

2014 P 14.3385 Fallpauschalen und Globalbudget. Evaluation der Systeme in den Kantonen (N 10.9.14, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Die Grundlagen für den Bericht des Bundesrates werden im Rahmen der Evaluation der KVG-Revision im Bereich der Spitalfinanzierung erarbeitet. Vorgesehen sind insbesondere eine Bestandesaufnahme zur Anwendung des Instruments Globalbudgets in den Kantonen und ein Vergleich zwischen Kantonen mit und ohne Globalbudgets in Bezug auf die Entwicklung von Leistungsmengen und Kosten im akutstationären Bereich. Der Bericht wird voraussichtlich 2019 vorliegen.

2014 P 14.3607 Stopp der Medikamentenverschwendung! (N 26.9.14, CVP-EVP Fraktion)

Im Frühjahr 2016 hat das Parlament die Revision des Heilmittelgesetzes vom 15. Dezember 2000 (SR *812.21*) verabschiedet, die sich auch auf die sachgerechte Verwendung von Arzneimitteln auswirkt. Der Bundesrat ist daran, einen Kurzbericht in Erfüllung des Postulats vorzubereiten, der aufzeigt, wie sich die verschiedenen laufenden Bemühungen des Bundes um eine effektivere und effizientere Medikamentenversorgung auswirken und wo allenfalls noch Handlungsbedarf besteht. Die Arbeiten zum Bericht mussten 2018 aufgrund anderer politisch vorrangiger Geschäfte zurückgestellt werden.

2014 P 14.3632 Rolle der Praxisassistentinnen im schweizerischen Gesundheitssystem (N 26.9.14, Steiert)

Im November 2015 wurde die neue Berufsprüfung zur medizinischen Praxiskoordinatorin (MPK) eingeführt, die den heutigen medizinischen Praxisassistentinnen (MPA) die Möglichkeit für eine berufsspezifische Weiterbildung auf Tertiärstufe B bietet. Die Einschätzungen der involvierten Stakeholder wurden aufgrund der erst kurzen Laufzeit des Weiterbildungsgangs und der noch geringen Anzahl von Absolventen und Absolventinnen 2018 nochmals eingeholt, um eine breiter abgestützte Einschätzung zu ermöglichen.

2015 P 13.3543 Unverhältnismässige Gebührenerhöhungen als Marktzutrittsschranken für KMU (N 4.6.15, de Courten)

Mit Änderung vom 29. April 2015 der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (SR *832.102*) hat der Bundesrat letztmals die Gebühren für die Eintragungen auf die Spezialitätenliste angepasst. Dabei wurden lediglich die Gebühren für Gesuche, die der Eidgenössischen Arzneimittelkommission vorgelegt werden müssen, diejenigen für die Fast-Track-Gesuche und die Jahresgebühr für die SL-Listung erhöht. Alle anderen Gebühren, insbesondere auch diejenigen für die einfachen Gesuche wurden nicht erhöht. Ein Bericht zu den Konsequenzen der Erhöhungen liegt nicht vor.

2015 P 15.3797 Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG (N 22.9.15, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Das Paket 1 des Kostendämpfungsprogramms zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung enthält auch eine Massnahme, die zur Angleichung der Preise in der Unfall- und Krankenversicherung führen könnte. Eine Analyse der noch zu überwindenden Preisdifferenzen und allfälliger Massnahmen kann erst vorgenommen werden, nachdem über das Kostendämpfungspaket entschieden wurde.

2016 P 15.4141 Massnahmen gegen die Überversorgung im Gesundheitswesen (N 18.3.16, Frehner)

In seiner Gesamtschau «Gesundheit2020» hat der Bundesrat mehrere Ziele und Massnahmen definiert, welche die im Postulat genannten Themen bereits aufnehmen (1.1. Verbesserung der integrierten Versorgung; 2.3. Stärkung der Gesundheitskompetenz und der Selbstverantwortung; 2.2. Stärkung der Pauschalabgeltung gegenüber den Einzelleistungen; 3.1. Reduktion nicht wirksamer und ineffizienter Leistungen, Verfahren und Medikamente).

Verschiedene Projekte sind bereits im Gange. Das Projekt «Koordinierte Versorgung» verfolgt unter anderem auch das Ziel, Massnahmen für spezifische Patientengruppen zu lancieren, die viele und aufwendige Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Weiter ist der Bundesrat daran, die Aktivitäten im Bereich Health Technology Assessment (HTA) auszubauen. In diesem Rahmen wurde ein HTA-Programm zur Re-Evaluation von medizinischen Leistungen lanciert. Am 1. Februar 2016 fand zudem die dritte Nationale Konferenz Gesundheit 2020 statt, die dem Thema Fehlversorgung im Sinne von nichtangemessenen medizinischen und pflegerischen Leistungen gewidmet war.

Die im Postulat genannten Themen sind ebenfalls Inhalt des Kostendämpfungsprogramms zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und werden in dessen Rahmen weiterverfolgt. Ein erstes Massnahmenpaket wurde vom 14. September bis 14. Dezember 2018 in die Vernehmlassung gegeben. Es enthält unter anderem eine Regelung zur Stärkung von Pauschalabgeltungen im ambulanten Bereich.

2016 P 15.4225 Bessere Nutzung von Gesundheitsdaten für eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung (N 16.6.16, Humbel)

Der Bericht in Erfüllung des Postulates wird zurzeit unter Einbezug der betroffenen Akteure erarbeitet.

2016 P 16.3352 Gleichmässige Finanzierung der Kostensteigerung der Pflegeleistungen durch alle Kostenträger (N 19.9.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 14.317)

In seiner Stellungnahme vom 4. Juli 2018 zur Evaluation der Neuordnung der Pflegefinanzierung äusserte sich das EDI dahingehend (www.bag.admin.ch > Das BAG > Publikationen > Evaluationsberichte > Kranken- und Unfallversicherung), dass aus seiner Sicht kein grundsätzlicher Bedarf besteht, die aktuelle Aufteilung der Pflegefinanzierung zu ändern. Im Rahmen des Berichts in Erfüllung des parlamentarischen Auftrags soll jedoch vertieft geprüft werden, ob und wie die Beiträge der obligatorischen Krankenpflegeversicherung an die Pflegeleistungen mit der Kostenentwicklung abgeglichen werden können. Die Vorarbeiten zum Bericht sind im Gang.

2016 M 15.4157 Franchisen der Kostenentwicklung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anpassen (S 21.9.16, Bischofberger; N 8.12.16; Abschreibung beantragt 18.036)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.036: Botschaft vom 28. März 2018 zur Änderungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung).

Bundesamt für Statistik

2012 P 12.3657 Demografische Entwicklung und Auswirkungen auf den gesamten Bildungsbereich (N 26.11.12, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Das Postulat fordert eine umfassende Studie, die alle Aspekte der Bereiche Bildung und Demografie umfasst sowie eine Einschätzung der Entwicklung des Arbeitsmarktes nach Tätigkeitssektor. Angesichts der konjunkturellen und technologischen Entwicklungen sowie eines Arbeitsmarktes, der sich zunehmend internationalisiert, sind für die Beschreibung der Entwicklungstendenzen komplexe Modelle notwendig. Der Bericht wird dem Bundesrat Ende Januar 2019 vorgelegt. Im Bericht wird eine Einschätzung der Entwicklung des Arbeitsmarktes nach Berufsgruppen in einem Spezialkapitel behandelt.

Bundesamt für Sozialversicherungen

2011 M 10.3795 Administrative Entschlackung des BVG (S 2.12.10, Graber Konrad; N 12.9.11)

Das Anliegen soll im Rahmen einer künftigen Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge überprüft werden.

2012 M 09.3406 Kostenpflicht der Verfahren vor den kantonalen Versicherungsgerichten (N 12.4.11, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; S 27.2.12, Abschreibung beantragt 18.029)

2013 M 12.3753 Revision von Art. 21 ATSG (N 14.12.12, Lustenberger; S 17.9.13, Abschreibung beantragt 18.029)

2014 M 13.3990 Eine nachhaltige Sanierung der Invalidenversicherung ist dringend notwendig (S 12.12.13, Schwaller; N 3.6.14, S 16.9.14; Abschreibung beantragt 18.029)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.029: Botschaft vom 2. März 2018 zur Änderungen des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts.

2012 P 12.3971 Für ein stufenloses Rentensystem (N 12.12.12, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 11.030; Abschreibung beantragt 17.022)

2014 P 14.3191 Erwerbsintegration von Psychischkranken (N 20.6.14, Ingold; Abschreibung beantragt 17.022)

2015 P 14.4266 Invalidenversicherung. Steuererleichterungen und Anreizsystem für eine bessere Eingliederung (N 20.3.15, Hess Lorenz; Abschreibung beantragt 17.022)

2015 M 14.3661 Massnahmen zur Früherfassung von Krankheitsfällen gemeinsam entwickeln (N 10.9.14, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 13.4060; S 9.6.15; Abschreibung beantragt 17.022)

2015 P 15.3206 Nationale Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung (S 9.6.15, Bruderer Wyss; Abschreibung beantragt 17.022)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 17.022: Botschaft vom 15. Februar 2017 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV).

2013 P 13.3813 Überträge von Gelder der Säule 3a auch nach dem Alter 59/60 ermöglichen (N 13.12.13, Weibel)

Dieses Thema steht im Zusammenhang mit dem flexiblen Rentenalter. Es soll auf Verordnungsebene angegangen werden, gleichzeitig mit einer Regelung des flexiblen Rentenalters auf Gesetzesstufe. In der Praxis ist das Problem weitgehend gelöst: Mit grosser Mehrheit hat die Arbeitsgruppe Vorsorge der Schweizerischen Steuerkonferenz den Übertrag von Geldern der Säule 3a nach dem Alter 59/60 als zulässig befunden. Dies wurde in den Mitteilungen des Bundesamtes für Sozialversicherungen über die berufliche Vorsorge Nr. 136 am 23. Juni 2014 kommuniziert.

2014 M 13.3650 Familienzulagen für alle, auch für arbeitslose Mütter, die eine Mutterschaftsentschädigung beziehen (S 17.9.13, Seydoux; N 5.3.14; Abschreibung beantragt 18.091)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.091: Botschaft vom 30. November 2018 zur Änderung des Familienzulagengesetzes.

2014 M 13.4184 Langfristanlagen von Pensionskassen in zukunftsträchtige Technologien und Schaffung eines Zukunftsfonds Schweiz (S 19.3.14, Graber Konrad; N 10.9.14; Abschreibung beantragt 18.093)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.093: Bericht des Bundesrates vom 30. November 2018 «Langfristanlagen von Pensionskassen in zukunftsträchtige Technologien und Schaffung eines Zukunftsfonds Schweiz».

2015 P 13.3462 Sicherstellung der finanziellen Stabilität und Planbarkeit in der obligatorischen zweiten Säule (N 5.3.15, FDP-Liberale Fraktion)

Dieses Thema steht in Zusammenhang mit dem BVG-Mindestumwandlungssatz und wird im Rahmen der nächsten Reform der beruflichen Vorsorge behandelt werden.

2016 P 16.3644 Präventionsprojekt «Kein Täter werden» für die Schweiz (S 6.12.16, Jositsch)

2016 P 16.3637 Präventionsprojekt «Kein Täter werden» für die Schweiz (N 16.12.16, Rickli Natalie)

Die Arbeiten konnten aus Ressourcengründen erst Mitte 2018 aufgenommen werden. Eine wissenschaftliche Studie wird die Grundlagen für den Bericht zusammentragen. Die Arbeiten werden von einer Fachgruppe begleitet. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im Frühjahr 2020 unterbreitet werden.

2016 P 16.3908 Die Vorsorgesituation von Selbstständigerwerbenden analysieren (N 8.12.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

Die Forschungsarbeiten sind beendet. Sie werden als Grundlage für den Bericht des Bundesrates dienen, der für 2019 vorgesehen ist.

2016 P 16.3868 Angemessene BVG-Deckung für Personen, welche Care-Arbeit leisten (N 16.12.16, Müller-Altermatt)

Das Anliegen wird im Rahmen der Botschaft zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Angehörigenbetreuung und Erwerbstätigkeit geprüft werden.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2015 M 14.3503 Schweizweite Bekämpfung der Moderhinke der Schafe (N 26.9.14, Hassler; S 9.6.15)

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat zusammen mit den Kantonen und interessierten Kreisen (Schafhalter/-innen, Zuchtverbände, Beratungs- und Gesundheitsdienst für Kleinwiederkäuer, Tierärztinnen und Tierärzte) sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität Bern ein Konzept für eine nationale Bekämpfung der Moderhinke der Schafe erarbeitet. Danach sollen in der Tierseuchenverordnung (TSV; SR *916.401*) die Moderhinke als Tierseuche aufgenommen und die Bekämpfungsmassnahmen festgelegt werden. Die Vernehmlassung zu einer entsprechenden Änderung der TSV hat sich aufgrund anderer prioritärer Arbeiten verzögert und konnte nicht wie geplant 2018 eröffnet werden. Sie soll im ersten Halbjahr 2019 erfolgen.

2016 M 15.3958 Illegaler Handel mit bedrohten Arten. Schärfere strafrechtliche Sanktionen in der Schweiz (N 15.3.16, Barazzone; S 13.12.16)

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat in einem ersten Schritt das Gutachten «Umweltstrafrecht» vom September 2016 analysiert, das von der Universität Bern im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt erstellt wurde. Das Gutachten untersuchte die Strafbestimmungen der Umwelterlasse, wozu auch das Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten (BGCITES; SR *453*) zählt. Die Verschärfung der Strafbestimmungen soll dazu genutzt werden, weitere punktuelle Verbesserungen und Aktualisierungen des BGCITES vorzunehmen. Die Vernehmlassung zu einer entsprechenden Änderung des BGCITES ist für das zweite Halbjahr 2019 geplant.

2016 P 16.3665 Bessere Kontrolle der Wildfänge zum Schutz der Korallenriffe (S 6.12.16, Jositsch)

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) hat sich an einer Studie zum Handel mit marinen Zierfischen auf europäischem Niveau beteiligt, die in den kommenden Monaten publiziert werden soll. Die Studie kommt u.a. zum Schluss, dass die Erhebung der Daten im TRACES-System der EU in verschiedener Hinsicht verbessert werden sollte. Das BLV wird die EU-Kommission auf die derzeitigen Schwachstellen im TRACES-System aufmerksam machen und empfehlen, diese zu beheben. Parallel dazu ist das BLV daran, zusammen mit den zuständigen Stellen der EU und der USA als Hauptmärkte für marine Zierfische einen Vorstoss zu erarbeiten, der an der kommenden Vertragsstaatenkonferenz vom 23. Mai – 3. Juni 2019 zum Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) eingebracht werden soll. Der Vorstoss wird zum Ziel haben, den Handel mit marinen Zierfischen auf seine Nachhaltigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls Empfehlungen zu erarbeiten.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Bundesamt für Justiz

2002 P 01.3261 Mehr Schutz für Minderheitsaktionäre (N 11.3.02, Leutenegger Oberholzer; S 5.6.02; Abschreibung beantragt 16.077)

2002 P 01.3329 Corporate governance in der Aktiengesellschaft (N 5.10.01, Walker Felix; S 5.6.02; Abschreibung beantragt 16.077; Punkt 4 abgeschrieben mit 04.044)

2012 M 12.3403 Sanierungsverfahren vor Nachlassstundung und Konkurseröffnung (S 27.9.12, Kommission für Rechtsfragen NR 10.077; N 3.12.12; Abschreibung beantragt 16.077)

2012 M 12.3654 Sanierungsverfahren vor Nachlassstundung und Konkurseröffnung (S 27.9.12, Kommission für Rechtsfragen NR 10.077; N 3.12.12; Abschreibung beantragt 16.077)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 16.077: Botschaft des Bundesrates vom 23. November 2016 zur Änderung des Obligationenrechts (Aktienrecht).

2002 P 02.3532 Bestimmungen über Architektur- und Bauleistungen im OR. Schutz der Auftraggebenden (N 13.12.02, Fässler) [Abschreibung mit Mo. 09.3392]

2011 M 09.3392 Stärkere Rechte der Bauherrschaft bei der Behebung der Baumängel (N 2.3.11, Fässler; S 20.9.11)

Das Postulat 02.3532 wurde mit der Botschaft des Bundesrates vom 27. Juni 2007 zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht) (BBl *2007* 5283, Geschäft 07.061) zur Abschreibung beantragt. Der Nationalrat hat am 27. April 2009 das Postulat nicht abgeschrieben. Das Postulat wird gemeinsam mit der Motion 09.3392 bearbeitet. Gemeinsam mit externen Expertinnen und Experten wurde ein Vorentwurf ausgearbeitet. Der Bundesrat wird voraussichtlich in der ersten Hälfte 2019 die Vernehmlassung eröffnen.

2007 M 03.3212 Gesetzlicher Schutz für Hinweisgeber von Korruption (N 13.6.05, Gysin Remo; S 22.3.06; N 22.6.07; Abschreibung beantragt 13.094)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 13.094: Botschaft des Bundesrates vom 20. November 2013 über die Teilrevision des Obligationenrechts (Schutz bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz. Das Parlament hat die Vorlage im Herbst 2015 zur Überarbeitung zurückgewiesen. Der Bundesrat hat die Zusatzbotschaft am 21. September 2018 verabschiedet (BBl *2018* 6127).

2007 M 06.3554 Ausdehnung der Motion Schweiger auf Gewaltdarstellungen (N 20.12.06, Hochreutener; S 11.12.07; Abschreibung beantragt 18.043)

2009 P 09.3366 Überprüfung der Gerichtspraxis bezüglich Ausschöpfung der Strafrahmen (N 2.6.09, Jositsch; Abschreibung beantragt 18.043)

2010 M 08.3131 Verschärfung des Strafrahmens bei vorsätzlicher Körperverletzung (N 3.6.09, Joder; S 23.9.10; N 8.12.10; Abschreibung beantragt 18.043)

2014 M 10.3634 Die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA (5) (S 23.9.10, Geschäftsprüfungskommission SR; N 2.3.11; S 19.3.14; Abschreibung beantragt 18.043)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.043: Botschaft des Bundesrates vom 25. April 2018 zur Harmonisierung der Strafrahmen und zur Anpassung des Nebenstrafrechts an das geänderte Sanktionenrecht.

2010 M 09.3422 Verbot von Killerspielen (N 3.6.09, Allemann; S 18.3.10)

2010 M 07.3870 Verbot von elektronischen Killerspielen (N 3.6.09, Hochreutener; S 18.3.10)

Die Arbeiten im Zusammenhang mit den Motionen wurden im Rahmen des Programms «Jugend und Medien» unter der Federführung des Bundesamts für Sozialversicherungen durchgeführt. Eine Projektgruppe hat bei den Kantonen und den Branchenverbänden unter anderem ein Monitoring der bereits getroffenen und der geplanten Massnahmen im Bereich Killerspiele durchgeführt. Ständerat und Nationalrat wurden am 10. März 2011 bzw. am 17. Juni 2011 anlässlich der Beratung von fünf Standesinitiativen mit dem gleichen oder ähnlichen Anliegen über diese Strategie des Bundesrates orientiert: BE: 08.316 «Verbot von Killerspielen»; SG: 09.313 «Gegen Killerspiele für Kinder und Jugendliche. Für einen wirksamen und einheitlichen Kinder- und Jugendmedienschutz»; TI: 09.314 «Revision von Artikel 135 StGB»; FR: 09.332 «Verbot von Gewaltvideospielen» und ZG: 10.302 «Verbot von Gewaltvideospielen». National- und Ständerat haben die Initiativen für mehr als ein Jahr sistiert. Nach Abschluss des Programms «Jugend und Medien» hat der Bundesrat das EDI am 19. Oktober 2016 beauftragt, ein Gesetz auszuarbeiten, das Alterskennzeichnungen und Abgabebeschränkungen für Videos und Games schweizweit einheitlich regelt. Die Vernehmlassung soll im 1. Halbjahr 2019 eröffnet werden.

2010 M 09.3443 Rückversetzung von verurteilten Personen (N 3.6.09, Sommaruga Carlo; S 10.12.09; N 3.3.10)

2011 M 11.3223 Verkürzung der Jugendstrafverfahren. Wirksamkeitsevaluation (N 17.6.11, Ingold; S 21.12.11)

2013 M 12.4077 Definition der Untersuchungshaft. Aufhebung der Voraussetzung eines effektiv erfolgten Rückfalls (N 22.3.13, FDP-Liberale Fraktion; S 11.9.13)

2014 M 11.3911 Gefährliche Straftäter bleiben in Untersuchungshaft (N 23.9.13, Amherd; S 19.3.14)

2015 M 14.3383 Anpassung der Strafprozessordnung (S 22.9.14, Kommission für Rechtsfragen SR; N 11.3.15)

2015 P 15.3502 Recht auf Teilnahme an Beweisverfahren. Überprüfung bei der Anpassung der Strafprozessordnung (N 10.12.15, Kommission für Rechtsfragen NR)

Die Motion 14.3383 beauftragt den Bundesrat, die Strafprozessordnung auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen und dem Parlament bis Ende 2018 eine Botschaft vorzulegen. Die Vorstösse 09.3443, 11.3223, 12.4077, 11.3911 und 15.3502 werden in diesem Rahmen mitbehandelt. Der Bundesrat hat am 1. Dezember 2017 die Vernehmlassung zu einer Änderung der Strafprozessordnung eröffnet. Die Vernehmlassungsergebnisse wurden ausgewertet und der Vorentwurf wird überarbeitet. Es ist geplant, die Botschaft in der ersten Hälfte 2019 zu verabschieden.

2011 M 10.3524 Für ein zeitgemässes Erbrecht (S 23.9.10, Gutzwiller; N 2.3.11; S 7.6.11; Abschreibung beantragt 18.069)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.069: Botschaft des Bundesrates vom 28. August 2018 zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Erbrecht).

2012 M 11.3925 Missbrauch des Konkursverfahrens verhindern (S 5.12.11, Hess; N 28.2.12)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass Personen das Konkursverfahren nicht mehr dazu missbrauchen können, sich ihrer Verpflichtungen zu entledigen. Der Bundesrat hat am 12. Oktober 2016 von den Ergebnissen der Vernehmlassung Kenntnis genommen. Die Botschaft wird den zahlreichen Vorschlägen, die im Rahmen der Vernehmlassung von verschiedenen Teilnehmern vorgebracht worden sind, Rechnung tragen. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat die Botschaft in der ersten Hälfte 2019 verabschiedet.

2012 M 11.3909 Artikel 404 OR. Anpassung an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts (N 23.12.11, Barthassat; S 27.9.12; Abschreibung beantragt 17.067)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 17.067: Bericht des Bundesrates vom 25. Oktober 2017 zur Abschreibung der Motion Barthassat 11.3909 «Artikel 404 OR. Anpassung an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts».

2012 M 12.3012 Bundesgesetz über das internationale Privatrecht. Die Attraktivität der Schweiz als internationalen Schiedsplatz erhalten (N 1.6.12, Kommission für Rechtsfragen NR 08.417; S 27.9.12; Abschreibung beantragt 18.076)

Abschreibung mit Geschäft 18.076: Botschaft des Bundesrates vom 24. Oktober 2018 zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (12. Kapitel: Internationale Schiedsgerichtsbarkeit).

2013 M 12.3372 Erlass eines umfassenden Anwaltsgesetzes (N 28.9.12, Vogler; S 14.3.13; Abschreibung beantragt 18.038)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.038: Bericht des Bundesrates vom 11. April 2018 zur Abschreibung der Motion Vogler 12.3372 «Erlass eines umfassenden Anwaltsgesetzes». Der Erstrat (Nationalrat) hat von diesem Bericht am 19. September 2018 Kenntnis genommen und den Antrag auf Abschreibung gutgeheissen.

2013 P 13.3694 Befreiung des Bundesgerichtes von Bagatellen (N 13.12.13, Caroni; Abschreibung beantragt 18.051)

2015 M 14.3667 Bundesgericht. Dissenting opinions (N 11.3.15, Kommission für Rechtsfragen NR; S 18.6.15; Abschreibung beantragt 18.051)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.051: Botschaft des Bundesrates vom 16. Juni 2018 zur Änderung des Bundesgerichtsgesetzes (BGG).

2014 M 13.3931 Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (N 13.12.13, Birrer-Heimo; S 12.6.14)

2014 P 14.3804 Zivilprozessordnung. Erste Erfahrungen und Verbesserungen (N 12.12.14, Vogler)

2015 M 14.4008 Anpassung der Zivilprozessordnung (S 19.3.15, Kommission für Rechtsfragen SR; N 8.9.15)

2015 P 13.3688 Bekanntmachung von Willensäusserungen und Entscheiden von Behörden. Analyse der heutigen Praxis (N 21.9.15, [Poggia]-Golay)

Mit der Überweisung der Motion 14.4008 hat das Parlament den Bundesrat beauftragt, die Schweizerische Zivilprozessordnung (SR *272*) auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen und bis Ende 2018 eine Botschaft vorzulegen. Die Vorstösse 13.3931, 13.3688 und 14.3804 werden in diesem Rahmen mitbehandelt. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte vom 2. März bis 11. Juni 2018. Aufgrund des Umfangs und der Heterogenität der Rückmeldungen kommt es zu zeitlichen Verzögerungen. Es ist geplant, dass der Bundesrat in der ersten Hälfte 2019 eine Botschaft verabschieden wird.

2014 P 14.3382 Bilanz über die Umsetzung des Rechts auf Anhörung nach Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in der Schweiz (N 8.9.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt zu prüfen, ob das Recht auf Anhörung nach Artikel 12 der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes in der Schweiz (SR *0.107*), insbesondere in rechtlichen und administrativen Verfahren, eingehalten wird und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Bis heute wurden verschiedene Untersuchungen in diesem Bereich gemacht. Im Jahr 2017 wurde eine Untersuchung mit externen Expertinnen und Experten in Auftrag gegeben, die als Grundlage für den Bericht des Bundesrates dienen soll. Dieser soll im zweiten Halbjahr 2019 verabschiedet werden.

2014 P 14.3782 Richtlinien für den «digitalen Tod» (N 12.12.14, Schwaab)

2015 P 15.3213 Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (S 10.6.15, Fetz)

Die Anliegen der beiden Vorstösse sollen in der zweiten Botschaft zum Erbrecht behandelt werden. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat die Botschaft im Jahr 2020 verabschieden wird.

2015 P 14.4026 Medizinische Versorgung bei häuslicher Gewalt. Politische Konzepte und Praktiken der Kantone sowie Prüfung eines ausdrücklichen Auftrages im Opferhilfegesetz (N 5.5.15, Sozialdemokratische Fraktion)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, eine Bestandesaufnahme über die politischen Konzepte und Praktiken der Kantone bei der medizinischen Versorgung in Fällen von häuslicher Gewalt zu erstellen und die Möglichkeit zu analysieren, im Opferhilfegesetz (SR *312.5*) einen entsprechenden Auftrag explizit zu verankern. Die Arbeiten zu diesem Postulat wurden sistiert, um die Ergebnisse der Arbeiten betreffend die Postulate 13.3441 Feri «Bedrohungsmanagement bei häuslicher Gewalt. Überblick über die rechtliche Situation und Schaffen eines nationalen Verständnisses» und 12.3206 Feri «Grundlagen für ein Screening zu innerfamiliärer Gewalt bei Kindern durch Gesundheitsfachpersonen» berücksichtigen zu können. Die Berichte zu den beiden Postulaten wurden am 11. Oktober 2017 bzw. am 17. Januar 2018 verabschiedet (einzusehen unter www.parlament.ch > 13.3441 bzw. 12.3206 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses). Das Bundesamt für Justiz hat in Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe eine Studie, die als Grundlage zur Erarbeitung des Berichts dienen soll, an die Berner Fachhochschule, die Hochschule für Soziale Arbeit Wallis und die Hochschule Luzern für Soziale Arbeit in Auftrag gegeben. Die finalisierte Studie soll im Frühjahr 2019 vorliegen.

2015 M 14.4122 Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (N 20.3.15, Caroni; S 24.9.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf für eine Totalrevision des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR; SR *313.0*) oder alternativ einen Entwurf für die Ersetzung dieses Gesetzes durch Änderungen im Strafgesetzbuch (StGB; SR *311.0*) und in der Strafprozessordnung (StPO; SR *312.0*) zu unterbreiten. Sie lässt für ihre Umsetzung zwei Wege offen, die sich wesentlich voneinander unterscheiden und deren Konsequenzen vorgängig sorgfältig zu prüfen sind. Da das Verwaltungsstrafrecht bislang kaum Thema wissenschaftlicher Studien war, ist es nötig, die Folgen sowie die Vor- und Nachteile einer Aufnahme des materiellen und formellen Verwaltungsstrafrechts in das StGB bzw. die StPO unter Einbezug von Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis zu prüfen. Erst danach wird es möglich sein, über inhaltliche Änderungen des Verwaltungsstrafrechts zu befinden. Bisher hat der Bundesrat die Revisionen des Strafgesetzbuchs (Vorlage 18.043 «Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht») und der Strafprozessordnung (Umsetzung der Motion der RK-S 14.3383 «Anpassung der Strafprozessordnung») vorgezogen.

2015 M 14.4187 Umgehende Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus (N 20.3.15, Glanzmann; S 24.9.15; Abschreibung beantragt 18.071)

2015 M 15.3008 Artikel 260ter des Strafgesetzbuches. Änderung (S 10.9.15, Kommission für Rechtsfragen SR; N 10.12.15; Abschreibung beantragt 18.071)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.071: Botschaft des Bundesrates vom 14. September 2018 zur Genehmigung und zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll sowie zur Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität.

2015 M 15.3335 Für eine stärkere Berücksichtigung der nationalen Rechtsordnungen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (N 19.6.15, Lustenberger; S 15.12.15)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, sich auf allen relevanten Ebenen, insbesondere beim Europarat, vermehrt für die Einhaltung und Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips und die Berücksichtigung der nationalen Rechtsordnungen bei der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) einzusetzen. In hängigen Verfahren vor dem EGMR beruft sich die Schweiz, wo angezeigt, auf das Subsidiaritätsprinzip und verweist jeweils auf den Entscheidungsspielraum, der den nationalen Behörden und Gerichten zu belassen ist. Zudem arbeitet die Schweiz in den Gremien des Europarats auf eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips hin. Der damalige dänische Vorsitz des Ministerkomitees des Europarates führte am 12. und 13. April 2018 in Kopenhagen eine hochrangige Konferenz durch. An der Konferenz wurde eine neue politische Erklärung verabschiedet, die den 2010 in Interlaken angestossenen und an den Folgekonferenzen von Izmir (2011), Brighton (2012) und Brüssel (2015) fortgesetzten Reformprozess weiterführt. Die Schweiz unterstützt die Kopenhagener Erklärung, die bekräftigt, dass die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips nicht dazu dient, den Schutz der Menschenrechte einzuschränken oder zu schwächen, sondern die Verantwortung der nationalen Behörden für die Gewährleistung der in der Konvention verankerten Rechte und Freiheiten hervorzuheben. Die Erklärung begrüsst, dass der Gerichtshof in seiner Rechtsprechung das Subsidiaritätsprinzip und die Doktrin des Ermessensspielraums der Vertragsstaaten weiterentwickelt hat. 45 von 47 Vertragsstaaten haben gegenwärtig das Protokoll Nr. 15 ratifiziert, für das Inkrafttreten fehlen damit noch die Ratifikationen von Italien und Bosnien-Herzegowina.

2015 P 15.4045 Recht auf Nutzung der persönlichen Daten. Recht auf Kopie (N 18.12.15, Derder)

2016 P 16.3386 Kontrolle über persönliche Daten. Die informationelle Selbstbestimmung fördern (N 30.9.16, Béglé)

Der Bundesrat hat die Anliegen der Postulate im Zusammenhang mit der Revision des Bundesgesetzes über den Datenschutz, zu welcher er am 15. September 2017 seine Botschaft verabschiedet hat (BBl *2017* 6941, Geschäft 17.059), geprüft. Dabei ist er zur Auffassung gelangt, dass es nicht zweckmässig ist, im Gesetz eine Präzisierung der Wiedererlangung der Kontrolle über persönliche Daten oder ein Recht auf Kopie vorzusehen. Diese Frage wird im Rahmen der Strategie «Digitale Schweiz» weiter geprüft.

2016 M 15.3323 Einsichtsrecht betreffend Grundbuchabfragen via Terravis (N 21.9.15, Egloff; S 29.2.16)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Grundbuchverordnung dahingehend anzupassen, dass den Grundeigentümern ein Recht auf Einsicht in die Protokolle gewährt wird, damit sie die zu ihren Grundstücken getätigten Abfragen überprüfen und allfällige Missbräuche melden können. Der Bundesrat hat am 8. Juni 2018 die Vernehmlassung zu einer entsprechenden Änderung der Grundbuchverordnung eröffnet.

2016 M 15.3557 Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter (N 25.9.15, Caroni; S 29.2.16)

Die Motion verlangt die Unterbreitung einer Verfassungsänderung zur Einführung des obligatorischen Referendums für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter. Die Vernehmlassung zum entsprechenden Vorentwurf dauerte bis am 16. November 2018. Die Arbeiten zur Auswertung der Stellungnahmen sind im Gang. Es ist geplant, dass der Bundesrat die Botschaft in der zweiten Jahreshälfte 2019 verabschieden wird.

2016 P 16.3004 Bussenkompetenz von Transportunternehmen (N 3.3.16, Kommission für Rechtsfragen NR)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat ersucht, eine Evaluation vorzunehmen über die Möglichkeiten, die Zweckmässigkeit und die Umsetzbarkeit einer Änderung der einschlägigen Gesetzgebung (u. a. Personenbeförderungsgesetz und Eisenbahngesetz), die zum Ziel hat, die Sicherheitsorgane öffentlicher Transportunternehmen zu ermächtigen, gewisse Übertretungen mit Ordnungsbussen zu bestrafen. Der Bericht steht kurz vor dem Abschluss. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat ihn im zweiten Halbjahr 2019 verabschiedet.

2016 P 15.3431 Ein «Pacs» nach Schweizer Art (N 15.3.16, [Caroni]-Portmann)

2016 P 15.4082 Ein «Pacs» nach Schweizer Art (N 15.3.16, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)

Mit diesen Postulaten wurde der Bundesrat beauftragt, zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten, ob und in welchen möglichen Ausgestaltungen die Schweiz ergänzend zur Ehe (und zur eingetragenen Partnerschaft) ein Rechtsinstitut mit weniger umfassenden Rechtsfolgen für Paare jeglichen Geschlechts einführen könnte. Am 22. Juni 2017 hat zu diesem Thema eine vom Bundesamt für Justiz mitorganisierte öffentliche Tagung stattgefunden. Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung wurde ausserdem beauftragt, eine Übersicht der neben der Ehe bestehenden gesetzlich geregelten Lebensgemeinschaften in anderen Ländern, insbesondere in Europa, zu erstellen. Diese Übersicht wurde im Januar 2019 eingereicht. Im Rahmen der Erfüllung dieser Postulate wird es zudem unumgänglich sein, auch die Abgrenzung zum Konkubinat vorzunehmen und damit die Erfüllung eines weiteren Postulats (18.3234 «Übersicht über das Konkubinat im geltenden Recht») miteinzubeziehen. Angesichts der Komplexität dieser Arbeiten und der laufenden, höher priorisierten fachlichen Begleitung der Parlamentsvorlage «Ehe für alle» (pa. Iv. 13.468) ist mit dem Bericht nicht vor der ersten Hälfte 2020 zu rechnen.

2016 M 11.3767 Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte (N 23.9.13, Rickli Natalie; S 15.12.15; N 14.6.16)

2016 M 16.3002 Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Tätern (N 3.3.16, Kommission für Rechtsfragen NR; S 29.9.16)

2016 M 16.3142 Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen (N 2.6.16, Caroni; N 27.9.16)

Die Motion Rickli wurde vom Ständerat am 15. Dezember 2015 abgeändert und vom Nationalrat am 14. Juni 2016 angenommen. Der Bundesrat ist damit beauftragt, dem Parlament eine Änderung von Artikel 64 StGB vorzulegen, sodass unbegleitete Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte ausgeschlossen sind.

Die Motion der Kommission für Rechtsfragen NR verlangt, dass der Bundesrat in Zusammenarbeit mit den Kantonen und unter Berücksichtigung der Konkordate Kriterien und Mindeststandards für einen einheitlichen Vollzug der Strafen von gefährlichen Tätern festlegt. Zur Umsetzung der Motion hat das Bundesamt für Justiz zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone und der Strafvollzugskonkordate die Vollzugspraxis analysiert und in einem Bericht verschiedene gesetzgeberische Massnahmen vorgeschlagen. Am 20. November 2018 wurde der Bericht veröffentlicht (www.bj.admin.ch > Aktuell > News > 2018 > Vorschläge zur Behebung von Sicherheitsdefiziten).

Die Motion Caroni beauftragt den Bundesrat, die nötigen Gesetzesänderungen vorzuschlagen, damit gegenüber jugendlichen Straftätern, deren Schutzmassnahmen wegen Erreichens der Altersgrenze beendet werden müssen, die nötigen Massnahmen angeordnet resp. weitergeführt werden können, wenn dies wegen schwerwiegender Nachteile für die Sicherheit Dritter notwendig ist.

Die drei Motionen werden im Massnahmenpaket zur Erhöhung der Sicherheit bei gefährlichen Straftätern umgesetzt. Es ist geplant, dass der Bundesrat die Vernehmlassung in der zweiten Hälfte 2019 eröffnet.

2016 P 16.3263 Berufsgeheimnisschutz für Unternehmensjuristinnen und –juristen (S 16.6.16, Kommission für Rechtsfragen SR)

Das Postulat verlangt die Vorlage eines Berichts zur Frage des Berufsgeheimnisschutzes für Unternehmensjuristinnen und -juristen sowie die Vorlage von möglichen Lösungsvarianten. In seiner Antwort vom 25. Mai 2016 vertrat der Bundesrat die Ansicht, dass die Ausarbeitung eines neuen Berichts zur dieser bereits sehr breit diskutierten Frage keine neuen Elemente zu Tage bringen würde. Der Bundesrat hat im Rahmen der Revision der Zivilprozessordnung (ZPO-Revision) einen Regelungsvorschlag in die Vernehmlassung geschickt. Die Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse läuft.

2016 P 14.3832 Fünfzig Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für eine Gesamtschau (N 14.9.1, [Caroni]-Feller)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat zu prüfen und in einem Bericht darzulegen, inwiefern im Stockwerkeigentumsrecht fünfzig Jahre nach seiner Einführung Anpassungsbedarf besteht. Die Abklärungsarbeiten hinsichtlich eines möglichen gesetzgeberischen Handlungsbedarfs sind abgeschlossen. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat den Bericht in der ersten Hälfte 2019 verabschiedet.

2016 P 16.3317 Kindesschutzmassnahmen. Informationsfluss sicherstellen. Kundenservice stärken (N 30.9.15, Fluri)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht vertieft zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass die Verwaltung, insbesondere die Einwohnerdienste, über aktuelle Informationen zur elterlichen Sorge und zu Kindesschutzmassnahmen verfügen. Wegen anderer laufender, höher priorisierter Projekte im Familienrecht konnte erst im Jahr 2018 mit den Arbeiten am Postulatsbericht begonnen werden. Zurzeit werden die konkreten Problemstellungen der betroffenen Eltern sowie der betroffenen Behörden (Gerichte, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, aber auch Einwohnerdienste sowie Zivilstandsämter) untersucht. Zudem wird das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung beauftragt, zu untersuchen, ob die anderen europäischen Länder diese Problematik auch kennen und wie sie diese lösen. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat den Bericht in der ersten Hälfte 2020 verabschiedet.

2016 M 14.3022 Kinderpornografie. Verbot von Posing-Bildern (N 3.3.16, Rickli Natalie; S 6.12.16)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, eine Gesetzesrevision vorzubereiten, die dahingeht, dass der gewerbsmässige Handel mit Nacktfotos und entsprechenden Filmaufnahmen von Kindern künftig unter Strafe gestellt wird.

Die Umsetzung der Motion wurde wegen der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Besonderen Teil des Strafgesetzbuchs (StGB; SR *311.0*) und dem Sexualstrafrecht, insbesondere wegen der Arbeiten an der Vorlage «Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht», aufgeschoben. Am 25. April 2018 hat der Bundesrat die Botschaft dazu verabschiedet (BBl *2018* 2827, Geschäft 18.043). Im Januar 2019 sollen die parlamentarischen Beratungen beginnen. Es ist zurzeit nicht klar, ob es in diesem Zusammenhang zu Änderungen kommen wird, die Einfluss auf die Umsetzung der oben genannten Motion haben. Aus diesem Grund bleiben die Arbeiten zur Umsetzung der Motion im Moment sistiert.

2016 P 16.3632 Evaluation des Electronic Monitoring (S 14.12.16, Kommission für Rechtsfragen SR)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Erfahrungen der Praxis mit dem Vollzug von Strafen in Form des Electronic Monitorings während der ersten drei Jahre nach dem Inkrafttreten zu evaluieren und anschliessend einen Bericht vorzulegen. Die Möglichkeit des Electronic Monitorings besteht seit dem 1. Januar 2018. Der Bundesrat hat somit die Jahre 2018–2020 zu evaluieren und wird anschliessend einen Bericht vorlegen.

2016 P 16.3682 Die Tätigkeiten von Wirtschaftsauskunfteien einschränken (N 16.12.16, Schwaab)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat zu prüfen, ob es nicht notwendig wäre, die Praktiken der Wirtschaftsauskunfteien stärker zu regeln. Insbesondere soll geprüft werden, ob im Bereich der Methoden, die zur Beschaffung von Informationen über die Zahlungsfähigkeit von Privatpersonen und Unternehmen verwendet werden, klarere Grenzen eingeführt werden sollten. Um mehr über die Tätigkeiten dieser Firmen zu erfahren, hat der Bundesrat ein externes Büro mit der Durchführung einer Marktstudie beauftragt. Die Ergebnisse dieser Studie sind im September 2018 eingereicht worden. Anfang 2019 finden zusätzliche Anhörungen mit betroffenen Unternehmen und anderen Akteuren statt. Der Bundesrat wird seinen Bericht voraussichtlich bis Ende 2019 verabschieden.

2016 P 16.3897 Evaluation der Revision des Zivilgesetzbuches vom 15. Juni 2012 (Zwangsheiraten) (N 16.12.16, Arslan)
Für die Evaluation wurde ein externes Institut beauftragt. Dieses wird seinen Schlussbericht Anfang 2019 vorlegen, sodass in der Folge mit den Arbeiten am Bericht des Bundesrates begonnen werden kann. Der Bundesrat wird seinen Bericht voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2019 verabschieden können.

Bundesamt für Polizei

2014 M 14.3001 Überprüfen von Personendaten im Abrufverfahren (N 6.5.14, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; S 8.9.14)

2016 M 16.3213 Kompetenz zur verdeckten Registrierung im SIS. Fedpol muss nicht ausgeschlossen bleiben (N 14.9.16, Romano; S 14.12.16)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Gesetzesänderung vorzulegen, die für die Transportpolizei für die Überprüfung von Personalien und die Identifizierung von Personen dieselben Rechte zum Abruf von Personendaten vorsieht, wie sie dem Grenzwachtkorps zur Verfügung stehen. Der Bundesrat hat am 8. Dezember 2017 die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) eröffnet. Der Gesetzesentwurf sieht für die Transportpolizei zur Überprüfung von Personalien und zur Identifizierung von Personen die notwendigen Zugriffsrechte auf entsprechende Informationssysteme vor. Es ist vorgesehen, dass der Bundesrat die Botschaft im ersten Halbjahr 2019 verabschieden wird.

2016 P 16.3003 Prüfung der Aufbewahrungsfristen für DNA-Profile (N 3.3.16, Kommission für Rechtsfragen NR)

2016 M 15.4150 Kein Täterschutz für Mörder und Vergewaltiger (N 18.3.16, Vitali; S 14.12.16)

Das EJPD ist daran, die Revision des DNA-Profilgesetzes (SR *363*) vorzubereiten. Das Bundesamt für Polizei führt derzeit vertiefte Abklärungen durch und wird auch rechtsvergleichende Überlegungen anstellen. Von Interesse ist dabei vor allem, ob und wie die neuen Methoden in anderen Staaten genutzt werden, wie die Nutzung gesetzlich geregelt ist, wie robust die verschiedenen neuen Analysemethoden sind und wie sich Aufwand und Ertrag längerfristig verhalten. Aufgrund der entsprechenden Arbeiten und umfassenden Abklärungen verzögerte sich die Eröffnung der Vernehmlassung. Der weitere Zeitplan hängt daher vom Resultat der verschiedenen laufenden Abklärungen ab.

Staatssekretariat für Migration

2014 M 13.3455 Vollzugsstatistik über die Ausschaffung von kriminellen Ausländern (N 27.9.13, Müri; S 19.3.14)

Die mit der Motion geforderte Vollzugsstatistik über die Ausschaffung krimineller Ausländerinnen und Ausländer erfolgt in einem ersten Schritt durch das Bundesamt für Statistik (BFS) auf der Grundlage der im elektronischen Strafregister-Informationssystem VOSTRA erfassten strafrechtlichen Landesverweisungen. Die Landesverweisung wurde mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative am 1. Oktober 2016 eingeführt. Das BFS hat im Juni 2017 erste Zahlen publiziert. Die nächste Publikation ist im Juni 2019 vorgesehen.

In einem zweiten Schritt ist eine umfassendere Statistik auf der Grundlage des Zentralen Migrationsinformationssystems ZEMIS geplant, die zusätzlich sämtliche ausländerrechtlichen Entfernungsmassnahmen enthält, die nicht mit einer Straftat begründet werden. Im Rahmen des Reformpakets zum Schengener Informationssystem SIS wurden die rechtlich notwendigen Anpassungen implementiert. Die Eröffnung der Vernehmlassung ist im ersten Halbjahr 2019 vorgesehen.

2014 M 11.3831 Asylbewerber. Rücknahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (N 17.4.13, Fraktion der schweizerischen Volkspartei; S 19.3.14; N 12.6.14)

Seit 2014 wurden insgesamt zwölf Vereinbarungen im Rückkehrbereich unterzeichnet oder in Kraft gesetzt (Angola, Aserbaidschan, Chile, China, Indien, Kamerun, Kasachstan, Kuwait, Mongolei, Sri Lanka, Tunesien, Ukraine). Darüber hinaus laufen Verhandlungen mit weiteren Staaten.

2014 M 11.3832 Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen (17.4.13, Fraktion der schweizerischen Volkspartei; S 19.5.14; N 12.6.14)

Das Rückübernahmeabkommen mit Algerien funktioniert relativ gut: abgewiesene Asylbewerber werden von den algerischen Behörden formell identifiziert, und Ersatzreisedokumente werden entsprechend ausgestellt. Sonderflüge sind im Rückübernahmeabkommen nicht vorgesehen. Die Schwierigkeit liegt in der Organisation der Rückreise auf Linienflügen. Im Jahr 2018 sind 89 abgewiesene Asylbewerberinnen und -bewerber selbstständig ausgereist, und es haben 66 Rückführungen nach Algerien stattgefunden. Die Vollzugspendenzen sind im Jahr 2018 von 692 auf 546 gesunken.

2016 P 15.3955 Verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen (N 3.3.16, Pfister Gerhard)

Der Bundesrat wird im Rahmen der Berichterstattung zur Integrationsvorlehre den Anliegen des Postulats Rechnung tragen. Die Berichterstattung zur Integrationsvorlehre befindet sich in der Planungsphase und ist für das erste Halbjahr 2020 vorgesehen.

2016 M 15.3484 Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Rasch und massiv konkret vor Ort helfen und Türen in der Festung Europa schaffen (N 10.12.15, Grüne Fraktion; S 16.6.16)

Die in der Motion erwähnte Aufnahme von 3000 Personen im Rahmen der Beschlüsse des Bundesrats vom 6. März und vom 18. September 2015 wurde bis am 29. März 2018 umgesetzt. Zusätzlich hat der Bundesrat am 9. Dezember 2016 und am 30. November 2018 zwei weitere Resettlement-Programme zur Aufnahme von 2000, resp. 800 Personen beschlossen. Zur Unterstützung der Opfer des Syrienkonflikts hat die Schweiz seit 2011 insgesamt 376 Millionen Franken bereitgestellt. Etwa die Hälfte der bereitgestellten Mittel ist für hilfsbedürftige Menschen in Syrien selber bestimmt, mit der anderen Hälfte werden die Nachbarländer wie der Libanon, Jordanien, der Irak und die Türkei in der Stärkung ihrer Aufnahme- und Schutzkapazitäten unterstützt.

Die Diskussionen zur Reform des «Gemeinsamen Europäischen Asylsystems» kommen auf EU-Ebene nur schleppend voran. Dennoch unterstützt der Bundesrat nach wie vor die Bestrebungen zu einer fairen Verteilung von Asylsuchenden innerhalb des Dublin-Raums. Der Bundesrat unterstützt weiterhin auf bilateraler und europäischer Ebene die Dublin-Mitgliedstaaten Griechenland und Italien. Um das Migrationsmanagement in den EU-Mitgliedstaaten zu stärken, sollen in EU-Mitgliedstaaten, die von Migrationsbewegungen besonders betroffen sind, im Rahmen des zweiten Schweizer Beitrags (Rahmenkredit Migration) Projekte durchgeführt werden. Der Bundesrat hat dazu am 27. September 2018 eine entsprechende Botschaft verabschiedet (BBl *2018* 6665, Geschäft 18.067).

2016 P 16.3790 Langfristige Folgen der Integration (N 16.12.16, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)

Die Fertigstellung der als Grundlage für den Bericht in Auftrag gegebenen Literaturstudie hat sich aufgrund der Komplexität der Fragestellungen verzögert. Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2019 vorgelegt werden.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

2010 P 10.3263	Braucht die Schweiz ein Gesetz gegen das illegale Herunterladen von Musik? (S 10.6.10, Savary; Abschreibung beantragt 17.069)
2012 P 12.3326	Für ein Urheberrecht, das fair ist und im Einklang mit den Freiheiten der Internetgemeinde steht (S 5.6.12, Recordon; Abschreibung beantragt 17.069)
2012 P 12.3173	Angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden unter Einhaltung der Privatsphäre der Internetnutzer (N 15.6.12, Glättli; Abschreibung beantragt 17.069)
2014 M 14.3293	Abgabe auf leeren Datenträgern (N 12.6.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 26.11.14; Abschreibung beantragt 17.069)
2015 P 14.4150	URG-Revision. Einführung eines Verleihrechts (S 19.3.15, Bieri; Abschreibung beantragt 17.069)

Abschreibung beantragt mit 17.069: Botschaft des Bundesrates vom 22. November 2017 zu Änderungen des Urheberrechtsgesetzes und zur Genehmigung zweier Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2008 M 07.3529 Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (N 5.10.07, Fehr Mario; S 17.03.08)

Der von schweizerisch-türkischen Doppelbürgern in der Schweiz geleistete Militärdienst – sowie seit 2012 auch der Zivilschutz und Zivildienst – wird in der Türkei als Erfüllung des Militärdienstes anerkannt. Hingegen sind Doppelbürger, welche in der Schweiz von der Dienstpflicht befreit wurden und stattdessen eine Wehrpflichtersatzabgabe bezahlen, derzeit in der Türkei nicht vom Militärdienst befreit.

Bisher wurde über die konkrete Aufnahme von Verhandlungen noch nicht gesprochen, weshalb auch der Zeitpunkt des Abschlusses sowie die Rechtsform eines allfälligen Verhandlungsergebnisses unklar sind. Die Schweiz versucht bei den regelmässig stattfinden konsularischen Konsultationen, die Türkei auf die Problematik aufmerksam zu machen und eine Lösung anzustreben. Die Türkei erkennt aber derzeit weder eine Notwendigkeit noch eine Dringlichkeit im Anliegen der Schweiz. Ziele sind nach wie vor, die Anerkennung der Schweizer Wehrpflichtersatzabgabe durch die Türkei sowie die Aufnahme von Verhandlungen im Hinblick auf ein Doppelbürgerabkommen über die Erfüllung der Militärdienstpflicht. Im Interesse der betroffenen schweizerisch-türkischen Staatsangehörigen ist es aus Sicht der Schweiz nach wie vor angebracht, die Frage der Erfüllung der militärischen Pflichten dieser Doppelbürger bilateral zu regeln.

2010 M 09.4081 Erhöhte Bereitschaft für den Luftpolizeidienst auch ausserhalb der normalen Arbeitszeiten (S 16.3.10, Hess; N 15.9.10)

Der Armee sieht eine etappenweise Umsetzung bis 2020 vor. Das Projekt ist auf Kurs. Der notwendige Personalaufwuchs kann phasenbezogen realisiert werden.

2016 erfolgte die Umsetzung der ersten Etappe. Es standen während 50 Wochen jeweils 2 F/A-18 von 08:00-18:00 Uhr in Alarmbereitschaft und konnten innerhalb von maximal 15 Minuten starten. Per 2. Januar 2017 wurde die Bereitschaft plangemäss erhöht. Die beiden QRA (Quick Reaction Alert) Flugzeuge stehen seit 2017 zusätzlich auch an den Wochenenden und an sämtlichen Feiertagen von 08:00-18:00 Uhr in Alarmbereitschaft. Ab dem 1. Januar 2019 wird die tägliche Bereitschaft zeitlich auf 06:00-22:00 Uhr ausgedehnt. Spätestens Ende 2020 wird der QRA rund um die Uhr sichergestellt sein, womit die Motion vollumfänglich erfüllt sein wird.

Die Motion kann erst mit der vollständigen Umsetzung der Vorgaben per Ende 01.02.2021 abgeschrieben werden.

2011 P 11.3753 Immobilienverkäufe des VBS (S 27.9.11, Sicherheitspolitische Kommission SR)

2014 P 13.4015 Nicht mehr benötigte Immobilien des VBS im Sinne der Öffentlichkeit nutzen (N 13.3.14, Finanzkommission NR 13.041)

Die Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee ist von den Räten am 18. März 2016 verabschiedet worden. Auf dieser Grundlage hat das VBS den im November 2013 präsentierten Entwurf des Stationierungskonzepts finalisiert. Gestützt darauf hat es den Programmteil des Sachplans Militär überarbeitet. Der Bundesrat hat diesen Programmteil am 8. Dezember 2017 verabschiedet. Am 20. Dezember 2017 hat er den Sachplan «Asyl» verabschiedet, mit dem er festgelegt hat, welche militärischen Standorte für ein Bundesasylzentrum genutzt und dem Bundesamt für Bauten und Logistik übertragen werden sollen.

Gestützt auf diese Festlegungen hat das VBS die zeitliche Planung für die Realisierung der Immobilienvorhaben finalisiert, mit denen die Aufgabe der grösseren Standorte (insb. Waffenplätze) ermöglicht wird. Gleichzeitig hat das VBS mit der Erarbeitung des Berichts zu den beiden Postulaten begonnen. Diese Arbeiten benötigen mehr Zeit als ursprünglich angenommen, so dass der Bundesrat den Bericht voraussichtlich Mitte 2019 verabschieden wird.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2015 M 14.3590 Anspruch auf Reduktion der Wehrpflichtersatzabgabe für Angehörige des Zivilschutzes für die gesamte Dienstleistungszeit (N 26.9.14, Müller Walter; S 10.3.15)

Die Behandlung der Botschaft zur Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) wird es erlauben, den parlamentarischen Vorstoss von Nationalrat Müller abzuschreiben.

Der Bundesrat hat am 21. November 2018 über die Gutheissung der Botschaft befunden. In der Folge wird die Botschaft im Jahre 2019 im Parlament behandelt. Mit dem Entscheid des Parlaments zur Botschaft BZG-Revision kann die Motion Müller abgeschrieben werden.

2015 P 15.3759 Sicheres Datenverbundnetz und weitere IT-Projekte des Bevölkerungsschutzes. Stand, Perspektiven und Ressourcenbedarf (N 25.9.15, Glanzmann)

Der Bundesrat hat am 1. Dezember 2017 die von Nationalrätin Glanzmann gewünschte Auslegeordnung über die Telekommunikationsvorhaben, die für den Schutz der Schweizer Bevölkerung wichtig sind, zur Kenntnis genommen. Er hat in der Folge das VBS beauftragt, ihm eine Botschaft für einen Verpflichtungskredit für das nationale sichere Datenverbundsystem (SDVS) zu unterbreiten.

Der Bundesrat hat am 21. November 2018 über die Gutheissung der Botschaft befunden. In der Folge wird das Parlament darüber entscheiden.

Im Weiteren hat der Bundesrat das VBS beauftragt, ihm im ersten Quartal 2019 ein Aussprachepapier über den aktuellen Stand und das weitere Vorgehen betreffend ein allfälliges Pilotprojekt «Mobile Sicherheitskommunikation» (MSK) zu unterbreiten. Die entsprechenden Arbeiten befinden sich in der Vorbereitung.

Schliesslich hat der Bundesrat am 15. August 2018 entschieden, dass Projekt Lageverbundsystem im Rahmen der Botschaft zum Verpflichtungskredit für das SDVS zu behandeln.

Sobald die Entscheide des Bundesrates bzw. des Parlaments vorliegen, kann das Postulat Glanzmann abgeschrieben werden.

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2005 M 05.3152 Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern (N 17.6.05, Berberat; S 29.9.05)

2006 M 05.3174 Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern (S 14.6.05, Studer Jean; N 8.3.06)

Die Motionen ersuchen den Bundesrat, für eine angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in den Führungspositionen der Bundesämter zu sorgen und bei gleichen Fähigkeiten Kandidatinnen und Kandidaten aus der lateinischen Schweiz zu bevorzugen, bis die Sprachgemeinschaften entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten sind. Der Bundesrat soll ebenfalls sicherstellen, dass die sprachlichen Minderheiten in den verschiedenen Bundesämtern sowohl im Kader als auch unter der Gesamtheit der Angestellten angemessen vertreten sind.

Mit der Revision der Sprachenverordnung vom 4. Juni 2010 (AS *2014* 2987; SR *441.11*) sowie der Totalrevision der Mehrsprachigkeitsweisungen des Bundesrats vom 27. August 2014 (BBl *2014* 6659), beide am 1. Oktober 2014 in Kraft getreten, sind die Anliegen beider Motionen im Grundsatz übernommen worden. Zudem hat der Bundesrat am 13. März 2015 den Evaluationsbericht der Delegierten des Bundes für Mehrsprachigkeit «Förderung der Mehrsprachigkeit» samt Empfehlungen zur Mehrsprachigkeitspolitik genehmigt (www.plurilingua.admin.ch). Konkret verwirklichen lässt sich das Ziel der Motionen jedoch erst nach ihrer Umsetzung und nach erfolgter Evaluation während der Legislaturperiode 2015–2019. Diese Evaluation wird in einem Bericht an den Bundesrat veröffentlicht werden.

2014 M 14.3018 Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (N 4.6.14, Geschäftsprüfungskommission NR)

2014 M 14.3289 Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (S 17.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)

Im ursprünglichen Rahmenvertrag vom November 2012 mit der Firma Novo, als Generalunternehmerin für das Projekt Vertragsmanagement Bundesverwaltung (VM BVerw), war vorgesehen, die Einführung des elektronischen Vertragsmanagements (VM) in der Bundesverwaltung auf Ende 2014 umzusetzen. Die geforderte, in der zentralen Bundesverwaltung flächendeckende Einführung des VM-Standards konnte per Anfang 2015 realisiert werden. Aufgrund sich ändernder Rahmenbedingungen, namentlich rechtlicher Art durch Anpassung der Verordnung vom 24. Oktober 2012 über die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens der Bundesverwaltung (Org-VöB) im Jahr 2015 (AS *2015* 4873; SR *172.056.15*), Optimierungen einzelner VM-Lösungen sowie übergeordnete Fragestellungen im Zusammenhang mit der Technologie, sind Nachfolgearbeiten notwendig geworden.

Diese Nachfolgearbeiten stehen nun vor dem Abschluss. Die systemtechnischen Anpassungen durch Erweiterung des VM BVerw mit dem Delegations- und Rahmenvertragsmanagement aufgrund der Revision der Org-VöB wurden im November 2018 abgeschlossen. Das Upgrade der Basistechnologie wird bis Ende März 2019 abgeschlossen. Der Gesamtprojektabschluss sowie der Abschlussbericht sind für April 2019 geplant.

Eine Evaluation des VM BVerw kann nach Abschluss des Rolloutprojekts, im Verlaufe des Jahres 2019, erfolgen. Die eingeleiteten Kontrollmassnahmen bei Vergaben von Aufträgen werden jährlich überprüft und im Bedarfsfall angepasst oder weiterentwickelt. Die Rückmeldungen der FinDel zum Reporting Set 2016 wurden bereits in der aktuellen Berichterstattung berücksichtigt.

2014 P 12.4050 Vertiefte Untersuchung der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen der Bundesverwaltung (N 16.9.14, Romano)

2014 P 12.4265 Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung. Detailanalyse der Bedürfnisse (N 25.9.14, Cassis)

Die Postulate ersuchen den Bundesrat, konkrete und punktuelle Massnahmen zugunsten der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen des Staates zu treffen und die prioritären Bedürfnisse im Zusammenhang mit der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung zu bezeichnen.

Mit der Revision der Sprachenverordnung vom 4. Juni 2010 (AS 2014 2987; SR 441.11) sowie der Totalrevision der Mehrsprachigkeitsweisungen des Bundesrats vom 27. August 2014 beide am 1. Oktober 2014 in Kraft getreten, sind die Anliegen beider Postulate im Grundsatz übernommen worden. Zudem hat der Bundesrat am 13. März 2015 den Evaluationsbericht der Delegierten des Bundes für Mehrsprachigkeit «Förderung der Mehrsprachigkeit» samt Empfehlungen zur Mehrsprachigkeitspolitik genehmigt (www.plurilingua.admin.ch). Konkret verwirklichen lässt sich das Ziel der Postulate jedoch erst nach ihrer Umsetzung und nach erfolgter Evaluation während der Legislaturperiode 2015–2019, die in einem Bericht an den Bundesrat veröffentlicht wird.

2015 P 14.4275 Wie kann die Freigabe von Open-Source-Software durch die Bundesverwaltung explizit erlaubt werden? (N 20.3.15, Glättli)

Postulatsbericht des Bundesrates vom 22. März 2017 «Freigabe von Open-Source-Software durch die Bundesverwaltung»; veröffentlicht unter www.parlament.ch > 14.4275 > Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses.

Gestützt auf diesen Bericht wurde das EFD beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem EJPD (BJ) bis Mitte 2018 die verbleibenden offenen Rechtsfragen zu klären, die sich in Bezug auf die Freigabe von Software durch die Bundesverwaltung stellen, und die allenfalls notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu erarbeiten.

Das EFD hat nach Konsultation der dafür eingesetzten Arbeitsgruppe Diskussionen mit verschiedenen interessierten Stellen inner- und ausserhalb der Bundesverwaltung geführt. Dabei hat sich gezeigt, dass sowohl betreffend Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage als auch betreffend Stufe einer gegebenenfalls zu schaffenden Grundlage erhebliche Differenzen bestehen, die eine Neubeurteilung und vertiefte Prüfung zusätzlicher Fragen notwendig machen. Zudem ist die Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen mit laufenden Projekten zur Überprüfung der IKT-Organisation sowie mit Gesetzgebungsarbeiten im Bereich E-

Government abzustimmen. Der Bericht und die Anträge zum weiteren Vorgehen werden dem Bundesrat voraussichtlich im ersten Halbjahr 2019 vorgelegt werden.

2016 P 15.4112 Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Prüfung der Kriterien für die Unterstellung von Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung (N 18.3.16, Feller)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat eingeladen, den Aufsichtsbereich der EFK in Bezug auf Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung zu überprüfen und Kriterien für eine allenfalls notwendige Abgrenzung des Zuständigkeitsbereiches zu definieren.

Gestützt auf eine Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Anforderungen der Corporate Governance wurde der geforderte Bericht in einer ersten Fassung erarbeitet. Ein Bericht zur Aufsicht durch die EFK kann nicht losgelöst von aktuellen Entwicklungen erstellt werden. Das EFD prüft zurzeit, ob und wie weit Erkenntnisse aus der Aufarbeitung der Ereignisse um die Hochseeschifffahrts-Bürgschaften und die Manipulationen bei der Postauto AG in den Bericht einzufliessen haben.

Der Bericht wird dem Bundesrat voraussichtlich im ersten Halbjahr 2019 vorgelegt werden.

Informatiksteuerungsorgan des Bundes

2016 P 16.3515 Abhängigkeit von Herstellern und Wege zur Risikominderung bei IT-Beschaffungen (N 30.9.16, Weibel)

Zur Beantwortung der komplexen Fragestellungen hat das Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB) eine externe Studie in Auftrag gegeben. Auf der Basis der Studienergebnisse wird ein Bericht erarbeitet, der voraussichtlich im Sommer 2019 vorliegen wird.

Staatsekretariat für internationale Finanzfragen

2001 P 00.3541 Volle Freizügigkeit beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2001 P 00.3542 Versicherungsvergünstigungen beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2001 P 00.3570 Versicherungsvertragsgesetz. Verjährungsbestimmungen (N 23.3.01, Hofmann Urs; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2001 M 00.3537 Diebstähle. Beginn der Verjährung bei Kenntnis (N 23.3.01, Jossen; S 6.12.01; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2003 P 02.3693 VVG. Lücke bei der Taggeldversicherung (N 21.3.03, Robbiani; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2004 P 03.3596 Zusammenhänge zwischen Grund- und Zusatzversicherung in der Krankenversicherung (N 8.3.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 98.406; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

2007 P 07.3395 Hohe Prämien beim Übertritt in die Einzeltaggeldversicherung (N 5.10.07, Graf-Litscher; Abschreibung beantragt 11.057 u. 17.043)

Nach Rückweisung der Botschaft vom 7. September 2011 zur Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes (Geschäft 11.057) an den Bundesrat wurde mit der Botschaft vom 28. Juni 2017 zur Teilrevision des Versicherungsvertragsgesetzes (Geschäft 17.043) die Abschreibung beantragt. Das Geschäft wurde in der zuständigen Kommission des Erstrates (WAK-N) behandelt. Das Geschäft wird voraussichtlich in der Sondersession 2019 im Nationalrat behandelt.

2007 M 06.3540 Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (S 8.3.07, Lombardi; N 25.9.07)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens vom 11. August 1971 mit Deutschland (DBA-D; SR *0.672.913.62*) auszuhandeln, die eine gerechte Besteuerung für das Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen sicherstellt. Dem Arbeitsstaat soll, analog zur Grenzgängerregelung, ein Besteuerungsrecht in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des Erwerbseinkommens zukommen.

Das Änderungsprotokoll vom 27. Oktober 2010 sah eine befristete Lösung vor, die bis 2016 galt. Die Verhandlungen über eine umfassende Revision des DBA-D haben im Jahr 2014 begonnen. Sie dauerten auch im Jahr 2018 an. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen hat die Besteuerung der Flugbesatzungsmitglieder in diesen Verhandlungen wiederum eingebracht, um eine dauerhafte Lösung anzustreben.

2011 M 11.3157 Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien. Wogen glätten (N 17.6.11, Cassis; S 21.9.11)

Die Motion fordert den Bundesrat zu einer Intervention auf, um die Beziehungen mit Italien zu verbessen, namentlich in Steuer- und Finanzangelegenheiten. Insbesondere wird verlangt, dass eine Strategie zur Entspannung der Lage unter Einbezug der Grenzkantone, namentlich des Tessins, definiert und umgesetzt wird. Die zuständigen Behörden der EU sollen ebenfalls eingebunden werden, damit sichergestellt wird, dass Italien die Gemeinschaftsregeln respektiert und damit alle möglichen Druckmittel, die zur Verteidigung der schweizerischen Interessen nötig sind, angewendet werden.

Am 9. Mai 2012 haben die Schweiz und Italien den bilateralen Dialog in Steuer- und Finanzangelegenheiten wieder aufgenommen. Am 23. Februar 2015 haben die beiden Länder in Mailand eine Roadmap für die Weiterführung des Finanz- und Steuerdia-

logs unterzeichnet. Die Verhandlungen für ein neues Grenzgängerabkommen wurden am 22. Dezember 2015 abgeschlossen. Das neue Abkommen, das jenes aus dem Jahr 1974 ersetzt, muss noch unterzeichnet und von den Parlamenten beider Staaten genehmigt werden. Nach der Wahl der neuen Regierung in Italien 2018 wurden die politischen Kontakte im zweiten Halbjahr 2018 wieder aufgenommen, um die Bereitschaft der neuen Regierung zur Unterzeichnung des Abkommens zu sondieren.

2012 M 11.3750 Neuverhandlung der Grenzgängervereinbarung mit Italien (S 21.9.11, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 12.3.12)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, im Rahmen der Neuverhandlung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Italien Folgendes zu berücksichtigen: 1) die Gegenseitigkeit bei der Grenzgängerbesteuerung ist zu gewährleisten; 2) der neuen Definition des Grenzgängerstatus gemäss Personenfreizügigkeitsabkommen ist Rechnung zu tragen; 3) die jüngsten sozioökonomischen Entwicklungen in den vom Abkommen direkt betroffenen Grenzregionen sind zu evaluieren und die Art der Ausgleichszahlungen ist unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse neu zu definieren.

Am 9. Mai 2012 haben die Schweiz und Italien den bilateralen Dialog in Steuer- und Finanzangelegenheiten wieder aufgenommen. Am 23. Februar 2015 haben die beiden Länder in Mailand eine Roadmap für die Weiterführung des Finanz- und Steuerdialogs unterzeichnet. Die Verhandlungen für ein neues Grenzgängerabkommen wurden am 22. Dezember 2015 abgeschlossen. Das neue Abkommen, das jenes aus dem Jahr 1974 ersetzt, muss noch unterzeichnet und von den Parlamenten beider Staaten genehmigt werden. Nach der Wahl der neuen Regierung in Italien 2018 wurden die politischen Kontakte im zweiten Halbjahr 2018 wieder aufgenommen, um die Bereitschaft der neuen Regierung zur Unterzeichnung des Abkommens zu sondieren.

2012 M 11.3511 Obligatorische Erdbebenversicherung (S 27.9.11, Fournier; N 14.3.12; Abschreibung beantragt 14.054)

Abschreibung beantragt im Bericht des Bundesrates vom 20. Juni 2014 zur Abschreibung der Motion 11.3511 Fournier «Obligatorische Erdbebenversicherung» (Geschäft 14.054). Der Ständerat hat am 12. Juni 2018 beschlossen, die Motion nicht abzuschreiben. Das weitere Vorgehen ist offen.

2014 P 12.4048 Neue Besteuerung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger (N 16.9.14, Quadri)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Möglichkeit zu prüfen, die Besteuerung von Grenzgängern auf die italienischen Sätze und zugleich die Steuereinnahmen für den Kanton Tessin zu erhöhen.

Am 22. Dezember 2015 konnten die Verhandlungen für ein neues Grenzgängerabkommen abgeschlossen werden. Dieses Abkommen sieht die Besteuerung nach italienischen Regeln nach einer Übergangszeit und eine Erhöhung der Steuereinnahmen für die schweizerischen Kantone vor. Das neue Grenzgängerabkommen, das jenes aus dem Jahr 1974 ersetzt, muss noch unterzeichnet und von den Parlamenten beider Staaten genehmigt werden. Nach der Wahl der neuen Regierung in Italien 2018 wurden die politischen Kontakte im zweiten Halbjahr 2018 wieder aufgenommen, um die Bereitschaft der neuen Regierung zur Unterzeichnung des Abkommens zu sondieren.

2014 M 14.3299 Berücksichtigung von allgemeinen Abzügen und Sozialabzügen bei im Ausland beschränkt steuerpflichtigen Personen (S 17.6.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 11.12.14; Abschreibung beantragt 17.056)

Abschreibung beantragt im Bericht des Bundesrates vom 6. September 2017 zur Abschreibung der Motion 14.3299 der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats: Berücksichtigung von allgemeinen Abzügen und Sozialabzügen bei im Ausland beschränkt steuerpflichtigen Personen (BBl *2017* 6041). Der Nationalrat hat am 27. September 2018 als Erstrat gemäss Antrag der vorberatenden Kommission die Abschreibung der Motion namentlich aus Überlegungen der Zuständigkeit abgelehnt. Das Geschäft wird nun als nächstes in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats, der Urheberin der Motion, behandelt werden.

Eidgenössische Finanzverwaltung

2015 P 15.3009 Grenzgängereinkommen im Ressourcenpotenzial neu prüfen (N 10.3.15, Finanzkommission NR; Abschreibung beantragt 18.075)

2016 P 15.3702 NFA. Entpolitisierung der Zielgrösse von 85 Prozent im Ressourcenausgleich (N 8.3.16, Gössi; Abschreibung beantragt 18.075)

2016 P 15.4024 Mehr Verbindlichkeit und Planungssicherheit beim Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen (N 8.3.16, Fischer Roland; Abschreibung beantragt 18.075)

2017 P 17.3436 Optimierung des Finanzausgleichs (N 13.12.17, Vitali; Abschreibung beantragt 18.075)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.075: Botschaft des Bundesrates vom 28. September 2018 zur Änderung des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG).

Eidgenössisches Personalamt

2015 M 15.3494 Bestand des Bundespersonals auf dem Stand von 2015 einfrieren (S 23.9.15, Finanzkommission SR; N 7.12.15; Abschreibung beantragt 18.032)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.032: Bericht des Bundesrates vom 16. März 2018 zur Abschreibung der Motion 15.3494 Bestand des Bundespersonals auf dem Stand von 2015 einfrieren. Der Ständerat hat den Bericht am 17. September 2018 zur Kenntnis genommen und die Motion 15.3494 abgeschrieben. Die Beratung im Nationalrat steht noch aus. Die FK-N hat sich am 15. Oktober 2018 als vorberatende Kommission für die Abschreibung ausgesprochen.

Eidgenössische Steuerverwaltung

2005 M 04.3276 Übergang zur Individualbesteuerung (N 15.6.05, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 28.9.05; Abschreibung beantragt 18.034)

2009 M 05.3299 Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (N 9.5.06 Freisinnig-demokratische Fraktion; S 10.8.09; Abschreibung beantragt 18.034)

2011 P 11.3545 Zivilstandsunabhängige Besteuerung und Renten (N 23.12.11, BDP Fraktion; Abschreibung beantragt 18.034)

2014 P 14.3005 Volkswirtschaftliche und fiskalpolitische Fragen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung (N 4.6.14, Finanzkommission NR; Abschreibung beantragt 18.034)

2015 M 10.4127 Beseitigung der Heiratsstrafe (N 17.6.11, Bischof; S 4.3.15; Abschreibung beantragt 18.034)

2016 M 16.3044 Beseitigung der Heiratsstrafe (S 13.6.16, Bischof; N 14.12.16; Abschreibung beantragt 18.034)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.034: Botschaft des Bundesrates vom 21. März 2018 zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung).

2014 P 12.3923 Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (N 16.9.14, Gössi)

Mit der parlamentarischen Initiative 17.400 der WAK-S «Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung» wird eine Abkehr vom geltenden System der Eigenmietwertbesteuerung gefordert. Der parlamentarischen Initiative wurde Folge gegeben. Die WAK-S wird im ersten Quartal 2019 eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung schicken. Vor diesem Hintergrund ist es folgerichtig, mit dem überwiesenen Postulat und der Erarbeitung eines entsprechenden Berichts zuzuwarten. Inhaltlich geht es beim Postulat um eine konträre Ausrichtung, nämlich um Anpassungen am bestehenden System (Verankerung von Härtefallregelungen im Bundesrecht und Verankerung eines Unternutzungsabzugs im Bundesgesetz vom 14. Dez. 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden [SR *642.14*]).

2015 P 15.3381 Ergänzung des Wohlstandsberichtes (N 24.9.15, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)

Der Bundesrat wird gebeten, künftig im Wohlstandsbericht die Entwicklung der Einkommen und der Vermögen sowie die Steuerabgaben des obersten Prozents darzustellen. Das Postulat soll im Rahmen der nächsten Aufdatierung des Wohlstandsberichts (10.4046) erfüllt werden. Diese ist frühestens für 2019 vorgesehen.

Eidgenössische Zollverwaltung

2016 M 16.3009 E-Vignette (S 15.3.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; N 15.6.16)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament bis Ende 2017 eine Vorlage zur Einführung der E-Vignette vorzulegen. Das im Sommer 2017 durchgeführte Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Nationalstrassenabgabegesetzes vom 19. März 2010 (NSAG, SR *741.71*) zeigte aufgrund der kontroversen Stellungnahmen auf, dass die Akzeptanz für eine rein elektronische Erhebung gegenwärtig nicht gegeben ist. Deshalb hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 21. November 2018 entschieden, die bisherige Klebevignette nicht vollständig zu ersetzen, sondern durch eine elektronische Alternative zu ergänzen. Er hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, bis Mitte 2019 eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten.

Bundesamt für Bauten und Logistik

2014 M 14.3016 Auslegung der Definition von Kleinstunternehmen im Bauproduktegesetz (N 10.3.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 3.6.14)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, in den Verhandlungen mit der EU dahingehend zu wirken, dass Artikel 2 Ziffer 27 des Entwurfs zum Bundesgesetz über die Bauprodukte nach dessen Inkrafttreten so ausgelegt werden kann, dass ein Unternehmen als Kleinstunternehmen im Sinne des Gesetzes gilt, wenn sein Jahresumsatz mit Bauprodukten 3 Millionen Franken nicht übersteigt. Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) soll sich im Rahmen der fachtechnischen Kontakte mit der EU-Kommission bei den Diskussionen zur Auslegung und Präzisierung der Bauproduktebestimmungen auf europäischer Ebene die Interessen der Schweiz und der KMU einbringen und auf einen schlanken Vollzug hinwirken.

Das BBL hat das entsprechende Anliegen gegenüber der EU-Kommission mehrfach und bei verschiedenen Gelegenheiten zur Sprache gebracht, insbesondere auch in seinem Schreiben vom 1. September 2015 «Request for an enlarged definition of micro-enterprises» an die fachlich zuständige Stelle bei der EU-Kommission. Die Antwort der EU-Kommission steht noch aus. Die Gespräche mit der EU-Kommission dauerten auch 2018 an.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Staatssekretariat für Wirtschaft

2010 M 09.3360 OECD-Führung durch Ministerrat oder durch G-20? (N 22.9.09, Aussenpolitische Kommission NR; S 2.3.10; N 6.12.10)

Die Motion beauftragte den Bundesrat, im Rahmen der Überbringung des Berichts über die Steuerhoheiten von 2009 («graue Liste») Klärungen zur Beziehung zwischen dem OECD-Generalsekretär und der G-20 zu verlangen. Das konstante Engagement der Schweiz für Transparenz und Gleichbehandlung aller Mitgliedsstaaten der OECD hat Früchte getragen. Unterstützt von weiteren Ländern – sowohl von Nicht-G-20-Ländern als auch von grösseren G-20-Ländern – hat die OECD ihre Art, für die G-20 zu arbeiten, angepasst. Erstens informiert der Generalsekretär der OECD die Mitgliedsländer regelmässig über seine Teilnahme an G-20-Sitzungen und über von der OECD für die G-20 erstellte Arbeiten. Auf fachspezifischem Niveau werden alle Studien der OECD prinzipiell von den Komitees der OECD behandelt, in denen die Schweiz die Möglichkeit hat, ihre Positionen geltend zu machen. Des Weiteren verfolgt die Schweiz auch eine aktive Strategie gegenüber der G-20, indem sie Beziehungen zu der jährlichen Präsidentschaft knüpft, um ihre Ansichten zu den Prioritäten der G-20 kundtun zu können. Der Bundesrat wird sich weiterhin für eine Verbesserung der Transparenz und des Informationsflusses zwischen G-20 und OECD einsetzen. Die OECD wird im Laufe des Jahres 20198 einer unabhängigen globalen Bewertung unterzogen. Die Thematik bezüglich Rolle und Fortbestand der OECD im globalen Kontext des Multilateralismus sowie in den Beziehungen zu anderen internationalen Gremien und Foren wie der G20 wird Teil dieser Bewertung sein. Die Ergebnisse dieser Evaluation werden für die Beantwortung der in der Motion gestellten Frage nützlich sein.

2011 M 10.3626 Lebensmittelproduktion. Ökologische und soziale Zustände (N 13.12.10, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 8.6.11)

In seiner Aussenwirtschaftspolitik setzt sich der Bundesrat aktiv für die Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards in Handelsabkommen ein. Dabei vertritt die Schweiz in den WTO-Agrarverhandlungen die Position, dass Massnahmen zum Schutz der Umwelt (wie z.B. im Rahmen gewisser Direktzahlungen) weiterhin zulässig sein müssen und keinem Ausgabenplafonds unterstehen sollen. In den Verhandlungen zur Beseitigung von umweltschädlichen Subventionen wie auch zu Umwelt und Handel setzt sich der Bundesrat für ein ambitiöses Resultat ein. Die Bestrebungen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der WTO sowie die Berücksichtigung der ILO-Standards bei den WTO-Bestimmungen werden weitergeführt. Die Verhandlungen in den oben erwähnten Bereichen sind jedoch blockiert.

Im Bereich der bilateralen Freihandelsabkommen (FHA) setzt sich die Schweiz bei den laufenden Verhandlungen für neue bzw. bei der Weiterentwicklung von bestehenden FHA jeweils für die Aufnahme von Modellbestimmungen zu Handel und nachhaltiger Entwicklung ein. Diese Nachhaltigkeitsbestimmungen gelten für alle Produktionssektoren, einschliesslich der Ernährungswirtschaft, und verweisen auf die Verpflichtungen der Vertragsparteien gemäss den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDG). Sie legen einen gemeinsamen Referenzrahmen fest, und die Vertragsparteien verpflichten sich, diesen Referenzrahmen in ihren präferenziellen Wirtschaftsbeziehungen so einzuhalten, dass die mit den FHA verfolgten wirtschaftlichen Ziele mit den Zielen der Vertragsparteien im Bereich des Umweltschutzes und der Arbeitsrechte übereinstimmen.

2016 P 15.4159 Weshalb ist die Schweiz eine Hochpreisinsel? Und was kann dagegen unternommen werden? (S 10.3.16, Fournier)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, die Gründe für das hohe Kosten- und Preisniveau in der Schweiz zu analysieren und darzulegen. Zudem soll der Bundesrat Massnahmen vorschlagen, mit denen dieses bekämpft werden kann. Das Postulat soll mit der Botschaft zur eidgenössischen Volksinitiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)» und zum indirekten Gegenvorschlag im Jahr 2019 erfüllt werden.

2016 M 15.3400 Vermeidung unnötiger Bürokratie durch wirkungsvolle Bedarfsanalysen und Regulierungsfolgenabschätzungen (N 23.9.15, Vogler; S 15.6.16)

2016 M 15.3445 Bürokratieabbau. Regulierungsfolgen durch eine unabhängige Stelle aufdecken (N 23.9.15, FDP-Liberale Fraktion; 15.6.16)

Zur Umsetzung der beiden Motionen hat der Bundesrat verschiedene Varianten erarbeitet und eingehend geprüft. Basierend darauf hat er am 19. Dezember 2018 ein Massnahmenpaket definiert, mit welchem die Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) gezielt und innerhalb der bestehenden institutionellen Verfahren und Strukturen optimiert werden soll (siehe Medienmitteilung des Bundesrates vom 19. Dez. 2018). Mittels eines neu einzuführenden «Quick-Check» soll gewährleistet werden, dass bei neuen Regulierungen der Bedarf und die wesentlichen zu erwartenden Auswirkungen bereits zu einem frühen Zeitpunkt im Gesetzgebungsprozess analysiert werden. Bei wichtigen Vorlagen sollen die Regulierungskosten zudem systematisch abgeschätzt und in den Botschaften standardisiert dargestellt werden. Ferner soll die Anzahl vertiefter RFA erhöht werden. Im Zentrum all dieser Massnahmen steht eine verbesserte Transparenz über die Auswirkungen von neuen Regulierungen. Auf die in der Motion 15.3445 (FDP Liberale Fraktion) explizit geforderte Einführung einer neuen unabhängigen Behörde, welche systematisch alle RFA überprüft, will der Bundesrat aus Effizienzgründen verzichten. Die Qualitätskontrolle soll im Rahmen der bewährten institutionellen Verfahren (insb. Ämterkonsultationen, Mitberichtsverfahren, Vernehmlassung) erfolgen.

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2014 P 14.3740 Eidgenössisches Berufsattest. Bilanz nach zehn Jahren (N 12.12.14, Schwaab)

Der Bundesrat wird beauftragt, das eidgenössische Berufsattest zu evaluieren und dazu einen Bericht zu erstellen.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat 2017 die Evaluation der fachkundigen individuellen Begleitung in Auftrag gegeben. Dies als Ergänzung zur Evaluation der Arbeitsmarktfähigkeit von Absolventinnen und Absolventen mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) aus dem Jahr 2016 und der Evaluation der zweijährigen beruflichen Grundbildung mit EBA aus dem Jahr 2010. Die Ergebnisse wurden 2018 ausgewertet, was Anfang 2019 eine vollständige Beantwortung des Postulates ermöglichen wird.

2016 M 15.3469 Reduktion des Bürokratieaufwands bei der Lehrlingsausbildung (N 25.9.15, Rösti; S 10.3.16)

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, die den administrativen und dadurch entstehenden finanziellen Aufwand für die Lehrlingsbetreuung, insbesondere für KMU, reduzieren.

Die Reduktion des Bürokratieaufwands bei der Ausbildung der Lernenden ist für das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) ein Dauerthema. Die regulativen Vorgaben werden nicht nur vom Bund erlassen, sondern insbesondere auch von den Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt. Die Thematik soll deshalb verbundpartnerschaftlich angegangen werden. Das SBFI hat das Thema auf politischer Ebene im Spitzentreffen der Berufsbildung 2016 traktandiert. Zudem stand die Verbundpartnertagung 2016 unter dem Motto «Berufsbildung: hohe Attraktivität und schlanke Prozesse!?». Auch im Strategieprozess «Berufsbildung 2030» ist die Reduktion der Regulierungsdichte und der Bürokratieabbau ein Querschnittsthema. 2019 sollen zudem zum vierten Mal die Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Erhebung publiziert werden. Sie geben über die Aufwände (Kosten) und über die Erträge (Nutzen) Auskunft, die aus der produktiven Arbeit der Lernenden resultieren. Bisher haben alle Erhebungen die Rentabilität der Lehrlingsausbildung für die ausbildenden Betriebe, unabhängig vom konjunkturellen Umfeld, bestätigt.

2016 P 16.3706 Digitale Wirtschaft und Arbeitsmarkt (S 29.11.16, Vonlanthen)

Der Bundesrat wird ersucht, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Wissenschaft in einem Bericht Fragen im Zusammenhang mit den Herausforderungen der Digitalisierung für die Bildung zu beantworten.

Für die Bewältigung der mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen kommt Bildung und Forschung eine zentrale Rolle zu. Gemäss Auftrag des Bundesrats hat das WBF (SBFI) dem Bundesrat am 5. Juli 2017 den Bericht «Herausforderungen der Digitalisierung für Bildung und Forschung in der Schweiz» zur Kenntnis gebracht. Der Bericht umfasst einen Aktionsplan für die Jahre 2019 und 2020 mit konkreten Aktionsfeldern und Massnahmen, die geeignet und notwendig sind, um den in der Analyse identifizierten Schwächen der Schweiz entgegenzuwirken. Die im Postulat aufgeworfenen Fragen bleiben jedoch aktuell und sollen im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021–2024 beantwortet werden.

Bundesamt für Landwirtschaft

2012 M 10.3818 Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen in Agrar- und Lebensmittelbereich stoppen (N 9.6.11, Darbellay; S 7.3.12)

Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU im Hinblick auf eine Öffnung der Märkte der gesamten Lebensmittelkette wurden 2008 aufgenommen. Nach mehrjährigem Unterbruch hat die Verhandlungsgruppe zum Thema «Lebensmittelsicherheit» die Gespräche im Jahr 2016 wiederaufgenommen. Allerdings ist Fortschritt in dieser Thematik im Kontext der Verhandlungen zur Lösung der institutionellen Fragen im Zusammenhang mit dem Marktzugangsabkommen Schweiz-EU zu sehen.

Der Nationalrat hat am 4. Juni 2018 im Rahmen der Beratung der Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik entschieden, von einer Integration der internationalen Komponente in die Agrarpolitik ab 2022 abzusehen. Die Vernetzung der Märkte soll über separat verhandelte Freihandelsabkommen im Interesse der Gesamtwirtschaft erfolgen. Da bei der Weiterentwicklung von Freihandelsabkommen der hohe Grenzschutz im Agrarbereich zunehmend in den Fokus rückt, wird auch seitens der Landwirtschaft eine gewisse Flexibilität zugunsten einer volkswirtschaftlich optimalen Lösung nötig sein.

Der Bundesrat beabsichtigt, in Beantwortung des Postulats 18.3380 WAK-N «Gesamtschau Agrarpolitik. Einfluss des Grenzschutzes auf der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Branchen» die Wirkung des Grenzschutzes besonders im Handel mit der EU zu untersuchen.

Was die Doha-Runde der WTO anbelangt, kam es an vergangenen Ministerkonferenzen zu Teilabschlüssen von relevanten Elementen der Doha-Runde, wie im Dezember 2015 in Nairobi mit den neuen Regeln über den Exportwettbewerb. In Bezug auf die Weiterführung der Doha-Runde in ihrer Gesamtheit, gestützt auf die Verhandlungsmandate von 2001, gibt es heute keinen Konsens unter den WTO-Mitgliedern. Vermehrt werden in den letzten Jahren neue Themen im Rahmen von kleineren Paketen oder im plurilateralen Kontext aufgegriffen und behandelt. Einzelne Elemente der Doha-Runde sind zudem Teil der Gespräche über die angestrebten WTO-Reformen.

2014 P 14.3514 Agrarpolitik 2018–2021. Massnahmenplan zum Abbau der überbordenden Bürokratie und zur Personalreduktion in der Verwaltung (N 26.9.14, Knecht)

2015 P 15.3862 Den administrativen Aufwand in der Landwirtschaft reduzieren. Unnötige Kontrollpunkte streichen (N 18.12.15, Aebi Andreas)

2016 M 14.4098 Agrarpolitik. Administrativen Aufwand massgeblich reduzieren (N 20.3.15, Müller Walter; S 15.6.16)

Um zu erfassen, wie die agrarpolitischen Massnahmen vereinfacht werden könnten, hat das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) von November 2014 bis Februar 2016 das Projekt «Administrative Vereinfachung» durchgeführt. In das Projekt wurden verschiedene Stakeholder einbezogen. Es konnten damit in verschiedenen landwirtschaftlichen Verordnungspaketen der Jahre 2015–2018 bereits mehr als fünfzig Verordnungsrevisionen beschlossen werden, die den administrativen Aufwand von Bund, Kantonen und Kontrollstellen sowie von Landwirtinnen und Landwirten reduzieren. So wurden beispielsweise mit dem Verordnungspaket 2017 rund 300 der insgesamt 880 Kontrollpunkte im landwirtschaftlichen Bereich aufgehoben. Am 31. Oktober 2018 hat der Bundesrat im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspakets 2018 zudem beschlossen, das Kontrollsystem für Landwirtschaftsbetriebe auf den 1. Januar 2020 zu erneuern. Über die umgesetzten administrativen Vereinfachungen rapportiert das BLW jährlich im Agrarbericht in der Einleitung zur Rubrik Politik. Mit der Agrarpolitik ab 2022 plant der Bundesrat weitere administrative Vereinfachungen: Es sollen zum Beispiel mit dem Einbezug der Grundkontrollen des Gewässerschutzes in den ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) die Anzahl der Kontrollen für die Landwirte und damit auch der administrative Aufwand reduziert werden. Auch wird im Bereich der Beiträge für eine standortangepasste Landwirtschaft basierend auf regionalen landwirtschaftlichen Strategien der Aufwand für Landwirte, die sich an mehreren regionalen Massnahmen beteiligen, mittelfristig sinken, da es für die verschiedenen Massnahmen in Zukunft nur noch eine Grundlage gibt.

2015 P 15.4056 Stärkung der Milchproduktion aus betriebseigenem Grundfutter (N 18.12.15, Jans)

Agroscope wurde vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) beauftragt, die Auswirkungen des Beitrags für graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion (GMF) zu evaluieren. Der Evaluationsbericht wurde im Frühling 2017 vorgelegt. Eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Branche, der Kantonsbehörden und der Umweltschutzorganisationen hat die Ergebnisse der Evaluation analysiert und besprochen. Sie gab Empfehlungen zuhanden des BLW ab bezüglich der Weiterentwicklung der GMF. Die angedachten Ansätze sind innovativ und müssen noch eingehender analysiert werden. Sie sind im Sinne des Postulats und sollen die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter ermuntern, die betriebseigene Futterbasis insbesondere der betriebseigenen Proteine besser zu nutzen. Diesbezüglich wurde ein Forschungsauftrag an Agroscope vergeben, um den Einfluss der Proteinzufuhr auf Milchviehbetriebe zu untersuchen. Das BLW prüft derzeit, ob die Empfehlungen im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 umgesetzt werden können.

2016 P 16.3098 Zusätzlich zur Qualitätsstrategie noch eine Mehrwertstrategie (S 6.6.16, Seydoux)

Grundsätzlich ist die Erarbeitung einer Mehrwertstrategie Sache der Branchenakteure. Die Branchenorganisation Milch beispielsweise hat mit der Lancierung ihrer Mehrwertstrategie ein Modell für die Mehrwertstrategien anderer Branchen und für den ganzen Agrarsektor etabliert. Die «Beratende Kommission für Landwirtschaft» (BEKO) hat an Ihrer Sitzung vom 10. November 2017 an die Akteure der Land-und Ernährungswirtschaft und der Politik appelliert, eine gemeinsame Mehrwertstrategie und einen konstruktiven Dialog zu entwickeln, damit die Land- und Ernährungswirtschaft eine gute Zukunft hat. Es sei zu klären, welche Differenzierungsmerkmale die schweizerische Land- und Ernährungswirtschaft im Jahre 2030 entlang der gesamten Wertschöpfungskette auszeichnen sollen.

Die Rolle des Bundes ist hingegen subsidiärer Natur. Exemplarisch erwähnt sei hier die Möglichkeit zur Unterstützung von Brancheninitiativen zur Verbesserung der Wertschöpfung im Rahmen der Verordnung über die Förderung von Qualität und Nachhaltigkeit (QuNaV, SR *910.16*). Im Rahmen der Weiterentwicklung der Agrarpolitik sollen die Synergien zwischen Agrarpolitik und Märkten weiter gestärkt werden, damit sich die Landwirtinnen und Landwirte und die Branchen vermehrt auf naturnahe, umwelt- und tierfreundliche Produkte ausrichten. Die Entwicklungen in den Branchen, der Appell der BEKO, aber auch die Chancen einer nächsten Etappe der Weiterentwicklung der Agrarpolitik setzen die geeigneten Impulse, um die Diskussion über die Umsetzung einer gemeinsamen Mehrwertstrategie in der Land- und Ernährungswirtschaft voranzutreiben. Das Postulat soll deshalb im Rahmen der Botschaft zur Agrarpolitik ab 2022 umgesetzt und zur Abschreibung beantragt werden.

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2015 M 13.3023 Totalrevision des Bundesgesetzes über die Enteignung (N 18.9.14, Regazzi; S 4.6.15; N 1.12.15; Abschreibung beantragt 18.057)

2015 M 13.3196 Totalrevision des Bundesgesetzes über die Enteignung. Marktkonforme Entschädigung der Enteigneten? (N 12.3.15, Ritter; S 4.6.15; N 1.12.15; Abschreibung beantragt 18.057)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.057: Botschaft des Bundesrates vom 1. Juni 2018 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Enteignung.

Bundesamt für Verkehr

2012 P 12.3640 Brachliegendes Potenzial auf Bahnstrecken nutzen (S 20.9.12, Fetz; Abschreibung beantrag 18.078)

2013 P 13.3415 Angebotsverbesserung auf der Hochrheinstrecke (S 25.9.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; Abschreibung beantrag 18.078)

2013 P 13.3451 Elektrifizierung und Angebotsverbesserung der Hochrheinstrecke (N 17.9.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; Abschreibung beantrag 18.078)

2014 P 14.3300 Bahnausbau. Mehr Klarheit bei der Projektpriorisierung (N 26.9.14, FDP-Liberale Fraktion; Abschreibung beantrag 18.078)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.078: Botschaft des Bundesrates vom 31. Oktober 2018 zum Ausbauschritt 2035 des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur.

2014 M 13.3663 Regionaler Personenverkehr. Sicherstellung der Finanzierung und Harmonisierung des Bestellverfahrens (S 10.2.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; N 6.5.14)

Der Bundesrat hat im Juni 2016 dem UVEK den Auftrag erteilt, unter Einbezug von Kantonen und Transportunternehmen bis spätestens Ende 2018 eine Vernehmlassungsvorlage zu erarbeiten. Im Zentrum stehen die folgenden Fragen: Wie sollen die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen möglichst sinnvoll und zielführend ausgestaltet werden und wie können weitere Anreize zur Effizienzsteigerung, für das Nutzen von Synergien und für unternehmerisches Handeln geschaffen werden? Die Projektorganisation mit Fachleuten von Bund und Kantonen schlug im Zwischenbericht vom August 2017 zwei Varianten vor. Nach Vertiefungsarbeiten hat im Juli 2018 die Projektsteuerung den Synthesebericht mit den vertieften Varianten verabschiedet, und sie beantragt eine Vernehmlassung mit zwei Varianten. Bei der Variante «Optimierung» würden Bund und Kantone die Bus- und Bahnangebote weiterhin gemeinsam bestellen und finanzieren, bei der Variante «Teilentflechtung» würde das Busangebot neu allein durch die Kantone bestellt, und der Bund leistete den Kantonen einen indexierten Pauschalbeitrag zur Mitfinanzierung dieses Angebotes.

Der im Februar 2018 publik gewordene Fall «Postauto» hat Auswirkungen auf diese Reformvorlage. Im Hinblick auf die Vernehmlassungsvorlage wurden zusätzliche Abklärungen vorgenommen zu Fragen der statutarischen und subventionsrechtlichen Prüfung. Die Verabschiedung der Vernehmlassungsvorlage durch den Bundesrat verschiebt sich daher ins erste Halbjahr 2019.

2014 P 14.3259 Marktordnung im Personenverkehr: Wie weiter nach dem Ablauf der SBB-Konzession 2017? (N 20.6.14, Regazzi)

Im September 2017 reichten sowohl die SBB als auch die BLS eigenständige Konzessionsgesuche für den Betrieb von Fernverkehrslinien ein. Da die von der BLS beantragten Linien auch von der SBB als aktueller Konzessionsinhaberin beantragt wurden, mussten die Gesuche vertieft geprüft und miteinander verglichen werden. Hierzu war die Frist zwischen dem Einreichen der Gesuche und dem Fahrplanwechsel zu kurz. Deshalb wurde auf den Fahrplanwechsel 2017 die geltende Fernverkehrskonzession der SBB für zwei Jahre verlängert. Im Sommer 2018 wurde die Konzession für den Betrieb des Fernverkehrs ab Fahrplanwechsel 2019 an die SBB und für zwei Linien an die BLS vergeben. Gegen diesen Entscheid reichte die SBB eine Beschwerde ein. Derzeit werden die Erkenntnisse aus dem Konzessionsverfahren zusammengestellt. Unter Berücksichtigung der Entscheide im Beschwerdeverfahren wird die Stossrichtung für die zukünftige Marktordnung im Fernverkehr im Rahmen des Postulatsberichts bis voraussichtlich vor Ende 2019 aufgezeigt.

Bundesamt für Zivilluftfahrt

2013 P 13.3421 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (S 25.9.13, Häberli-Koller)

2013 P 13.3426 Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (N 27.9.13 Walter)

Die Postulate verlangen, in einem Bericht zur Umsetzung des Staatsvertrages bezüglich der Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufzuzeigen, wie unter Beachtung der Sicherheit eine angemessene regionale Verteilung sämtlicher Flüge von und nach dem Flughafen Zürich sichergestellt werden kann.

Der Bundesrat wird den entsprechenden Bericht erstellen, sobald ein Inkrafttreten des Staatsvertrags absehbar wird. Dies setzt voraus, dass der Staatsvertrag auch in Deutschland dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet wird. Diesen Schritt hat das deutsche Verkehrsministerium bis Ende 2018 indessen noch nicht eingeleitet. Bereits am 5. Oktober 2012 hatte das Bundesamt

für Zivilluftfahrt im Rahmen des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) einen Bericht erstellt, zu dem die betroffenen Kantone Stellung nehmen konnten. Er zeigte sechs mögliche Varianten auf, wie der Vertrag umgesetzt werden könnte. Der Bericht in Erfüllung des Postulats, wie unter Beachtung der Sicherheit eine angemessene regionale Verteilung sämtlicher Flüge von und nach dem Flughafen Zürich sichergestellt werden kann, wird auf diesem Bericht sowie auf dem SIL-Objektblatt für den Flughafen Zürich vom 23. August 2017 basieren.

2017 M 15.3491 Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (N 21.9.16, Darbellay; S 15.3.17)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, entgegen der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011, welche die Schweiz im Rahmen des bilateralen Luftverkehrsabkommens mit der EU übernommen hat, auf eine Altersgrenze von 60 Jahren für Helikopterpilotinnen und -piloten zu verzichten.

Seit der Annahme der Motion hat sich das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) aktiv in die europäische Diskussion zwecks Anpassung der in der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 enthaltenen Alterslimite eingebracht. So wurde im Beratungsausschuss der EASA-Mitgliedstaaten (Member States Advisory Body, MAB) eine Studie zum Thema lanciert, an deren Durchführung das BAZL beteiligt ist. Bis zum Beginn des auf der Basis der Ergebnisse der Studie geplanten Rechtsetzungsprozesses zwecks Anpassung der entsprechenden Bestimmung in der Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 wird das BAZL die bereits bestehende Ausnahmeregelung für über 60-jährige Helikopterpilotinnen und –piloten fortsetzen. Im Juli 2018 hat die EASA ein Gesuch um Verlängerung dieser Ausnahmeregelung um weitere zwei Jahre positiv beurteilt.

Bundesamt für Energie

2009 M 09.3083 Stromversorgungsverträge mit dem Ausland. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bewahren (N 12.6.09, FDP-Liberale Fraktion; S 10.12.09)

Die Anliegen der Motion werden im Rahmen der bilateralen Verhandlungen mit der EU über ein Stromabkommen behandelt. Die Schweiz strebt eine Garantie der privatrechtlich vereinbarten Bezugsrechte (Energie) in Form einer Übergangslösung mit marktkonformen Mechanismen zur Abgeltung der eventuell anfallenden Kosten für die grenzüberschreitenden Lieferungen (Engpasskosten) an. Die Lösung soll sowohl mit den Regeln der EU zur Grenzbewirtschaftung vereinbar sein als auch die getätigten Investitionen sicherstellen. Die Verhandlungen dauern noch an.

2012 P 12.3131 Sach- und Entscheidkompetenz in der Atomaufsicht vereinen (N 15.6.12, Müller-Altermatt)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, eine Revision des Kernenergiegesetzes vom 21. März 2003 (KEG; SR *732.1*) zu prüfen, mit der dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) die Entscheidkompetenz betreffend Bewilligungsdauer für Kernanlagen verliehen werden soll.

Die KEG-Revision, die im Rahmen des vom Parlament am 30. September 2016 verabschiedeten neuen Energiegesetzes erfolgte (vgl. AS *2017* 6839, hier 6881), hatte für den Bundesrat Priorität vor weiteren Anpassungen des KEG. Der vom Postulat thematisierte Revisionsbedarf wird zurzeit geprüft. Die Berichterstattung ist für das Jahr 2019 geplant.

2012 M 12.3253 Angemessene Rendite für den Umbau des Energiesystems (N 15.6.12, Gasche; S 13.12.12)

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, eine Änderung des Stromversorgungsgesetzes vom 23. März 2007 (StromVG; SR *734.7*) vorzulegen, die zur Festlegung der Stromtarife für die Grundversorgung die Marktpreise und nicht mehr die Gestehungskosten vorsieht. Mit der Revision des StromVG soll dieses Anliegen erfüllt werden. Am 17. Oktober 2018 wurde zu dieser Revision ein Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Die Botschaft wird im zweiten Halbjahr 2019 verabschiedet werden.

2016 M 14.3668 Wasserzinsregelung nach 2019 (N 9.12.14, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR; S 3.12.15; N 2.3.16; Abschreibung beantragt 18.056)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.056: Botschaft des Bundesrates vom 23. Mai 2018 zur Änderung des Wasserrechtsgesetzes.

2016 M 16.3038 Transformatorenstationen und andere elektrische Anlagen einfacher ermöglichen (S 14.6.16, Häberli-Koller, N 14.12.16)

Mit dem Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze (BBl *2017* 7909; sog. Strategie Stromnetze) hat das Parlament in Artikel 16 Absatz 7 des Elektrizitätsgesetzes vom 24. Juni 1902 (EleG; SR *734.0*) den Bundesrat ermächtigt, für elektrische Anlagen Ausnahmen von der Plangenehmigungspflicht und Verfahrenserleichterungen vorzusehen. Der Bundesrat beabsichtigt, von dieser Kompetenz im Rahmen einer Revision der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen (SR *734.25*) Gebrauch zu machen. Es ist vorgesehen, dass diese Revision zusammen mit den Änderungen des EleG im ersten Halbjahr 2019 in Kraft tritt.

2017 M 14.3837 Synthetische CO_2-neutrale Treibstoffe. Anrechnung bei der CO_2-Flottenemissionsregelung (N 16.6.16, Böhni; S 8.3.17; Abschreibung beantragt 17.071)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 17.071: Botschaft des Bundesrates vom 1. Dezember 2017 zur Totalrevision des CO_2-Gesetzes nach 2020.

Bundesamt für Strassen

2014 M 12.3102 Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich (N 26.9.13, Müller Walter; S 20.3.14)

Der Bundesrat hat sich im Rahmen von verschiedenen Treffen mit österreichischen Ministern regelmässig über den Stand der laufenden Arbeiten informiert. Als Ergebnis des Ende 2015 abgeschlossenen Planungsprozesses «Mobil im Rheintal» schlug das Land Vorarlberg neu eine Verbindung der Schnellstrasse 18 via den Knoten der österreichischen A14 bei Dornbirn zur Staatsgrenze bei Höchst (Autobahnanschluss A13 St. Margrethen) vor. Diese Variante wurde in der Zwischenzeit auf österreichischer Seite bestätigt und rechtlich verankert. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat nun den Planungsprozess aufgenommen und wird dem Bundesrat ein entsprechendes generelles Projekt zur Genehmigung vorlegen.

2014 M 13.3572 Flexiblere Ab- und Auflastung von Nutzfahrzeugen zur Effizienzsteigerung (N 27.9.13, Hess Lorenz; S 20.3.14)

Diese Motion soll zusammen mit weiteren parlamentarischen Aufträgen zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes umgesetzt werden. Der Bundesrat plant, die entsprechende Vernehmlassung Mitte 2019 zu eröffnen.

2015 P 15.4038 Vereinfachte Fahrzeugprüfung für Kleinfahrzeuge (N 18.12.15, Candinas)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf zu prüfen, ob Kleinfahrzeuge mit Elektroantrieb, insbesondere die sogenannten «Klubfahrzeuge», künftig in die Kategorie «Motorfahrrad» eingeteilt und damit einfacher zugelassen werden können. Die geforderte Vereinfachung wird im Rahmen einer geplanten Anpassung der «Motorfahrradkategorie» (Art. 18 der Verordnung vom 19. Juni 1995 über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge [VTS; SR *741.41*]) aufgenommen und voraussichtlich Ende 2019 zusammen mit weiteren Erleichterungen für Fahrzeuge der gleichen Fahrzeugart in einer Vernehmlassung zur Diskussion gestellt.

2016 M 15.3574 Führerausweis auf Probe. Verhältnismässige Regelung bei Widerhandlungen während der Probezeit (N 25.9.15, Freysinger; S 14.6.16)

Diese Motion soll zusammen mit weiteren parlamentarischen Aufträgen zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes umgesetzt werden. Der Bundesrat plant, die entsprechende Vernehmlassung Mitte 2019 zu eröffnen.

2016 M 13.3818 Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (N 14.9.15, Darbellay; S 14.6.16)

Das Anliegen der Motion wurde mit Bundesratsbeschluss vom 21. November 2018 im Rahmen der «Änderung der technischen Anforderungen und der Zulassungsprüfung von Strassenfahrzeugen und Einführung eines neuen Fahrtschreibers» gutgeheissen. Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung vom 19. Juni 1995 über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS; SR *741.41*) wird in Kraft gesetzt, wenn die Datenbank für die Übereinstimmungsbescheinigungen in elektronischer Form vorliegt und die Behörden des Bundes und der Kantone die Daten erfassen können.

2016 P 14.3301 Vereinfachung der Bewilligungsverfahren für Berufschauffeure (N 15.6.16, FDP-Liberale Fraktion)

Der Bericht in Erfüllung des Postulats wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2019 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2016 M 16.3349 Reporting zu den Unterhalts- und Betriebskosten der NEB-Strecken (N 15.6.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 15.023; S 14.9.16).

Der Bundesrat wird über den effektiven Mitteleinsatz für Betrieb und Unterhalt der NEB-Strecken im Rahmen der Botschaft für den Zahlungsrahmen 2024–2027 Bericht erstatten. Die Botschaft wird voraussichtlich 2023 dem Parlament vorgelegt werden.

2016 P 16.3066 Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (N 12.9.16, Nantermod; S. 8.12.16)

2016 P 16.3068 Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (N 17.6.16, Derder; S 8.12.16)

Die beiden Motionen wollen mit ihren Begehren gleich lange Spiesse für das traditionelle Taxi-Gewerbe und neue Fahrdienstangebote wie UBER schaffen. Sie unterscheiden sich aber im Inhalt ihrer Begehren. Der Bundesrat wird deshalb in der ersten Hälfte 2019 entscheiden, ob im Sinne der Begehren der Motion Nantermod eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes vorgeschlagen oder im Sinne der Motion Derder Lösungen auf Verordnungsstufe angestrebt werden sollen.

Bundesamt für Kommunikation

2011 M 11.3314 Pornografie im Internet. Vorbeugend handeln (S 22.9.11, Savary; N 6.12.11; Abschreibung beantragt 17.058)

2011 P 11.3906 IKT-Grundlagengesetz (N 23.12.11, Schmid-Federer; Abschreibung beantragt 17.058)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 17.058: Botschaft des Bundesrates vom 6. September 2017 zur Revision des Fernmeldegesetzes.

2016 P 15.3618 Bericht zum Service-public-Auftrag der SRG. Analyse nach Subsidiaritätsprinzip (N 21.9.16, Wasserfallen)

Der Nationalrat hat die vom Bundesrat beantragte Abschreibung des Postulats (vgl. Geschäft 18.006 Motionen und Postulate der gesetzgebenden Räte im Jahre 2017. Bericht) am 5. Juni 2018 abgelehnt. Er war der Ansicht, dass das Subsidiaritätsprinzip in

Anbetracht der anstehenden Debatte zum neuen Bundesgesetz über elektronische Medien (BGeM) wieder thematisiert werden soll. Der Bundesrat wird sich in seiner frühestens für das zweite Halbjahr 2019 geplanten Botschaft zum Entwurf des BGeM dazu äussern.

Bundesamt für Umwelt

2009 M 08.3240 Fluglärmimmissionen. Entschädigung nachbarrechtlicher Abwehransprüche (S 12.6.08, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 4.6.09; Abschreibung beantragt 17.044)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 17.044: Bericht des Bundesrates vom 17. Mai 2017 «Fluglärmimmissionen. Entschädigung nachbarrechtlicher Abwehransprüche». Angesichts der ablehnenden Haltung der Kantone sowie der beiden UREK, insbesondere der Urheberin der Motion UREK-S, erachtet der Bundesrat die politische Akzeptanz für eine Neuordnung des Lärmentschädigungssystems als nicht gegeben. Der Ständerat hat der Abschreibung am 27. November 2018 zugestimmt. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

2010 M 10.3264 Revision von Artikel 22 der Berner Konvention (S 2.6.10, Fournier; N 30.9.10; Abschreibung beantragt 17.052)

2015 M 14.3151 Zusammenleben von Wolf und Bergbevölkerung (S 19.6.14, Engler; N 12.3.15; Abschreibung beantragt 17.052)

2015 M 14.3830 Jagdbanngebiete in Wildtierschutzgebiete umbenennen (N 12.12.14, Landolt; S 3.12.15; Abschreibung beantragt 17.052)

2016 P 14.3818 Einführung einer eidgenössischen Jagdberechtigung (N 16.6.16, Landolt; Abschreibung beantragt 17.052)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 17.052: Botschaft des Bundesrates vom 23. August 2017 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel.

2013 P 12.4196 Umgang mit dem Bären in der Schweiz (N 22.3.13, Rusconi)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, die gegenwärtige Situation im Umgang mit dem Bären zu untersuchen. Zudem soll der Bundesrat aufzeigen, welche Massnahmen er ergreifen will, um den Umgang mit dem Bären zukünftig zu vereinfachen, und welche Kosten dadurch entstehen würden.

Der Bundesrat wird einen Bericht über die Schweizer Situation im internationalen Kontext der Wiederansiedlung von Bären in den Alpen erarbeiten. Die im Rahmen der Alpenkonvention und eines EU-Life-Projektes geführten Gespräche zwischen Expertinnen und Experten aller Alpenländer über die Erfolgschancen und die zukünftige Gestaltung des Wiederansiedlungsprojekts von Bären in den Alpen und auf dem Balkan sind 2018 erfolgreich abgeschlossen worden. Die Schweiz hat bislang wenig Erfahrung mit einwandernden Bären gemacht. Der Bericht wird nach Abschluss dieser Gespräche und basierend auf den Erfahrungen mit in die Schweiz einwandernden Bären 2019 erstellt.

2014 M 12.3334 Vollzug der Revitalisierung der Gewässer (N 12.6.12, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR; S 4.6.14; N 11.9.14)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, im Rahmen der Umsetzung des am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Gewässerschutzgesetzes (GSchG; SR *814.20*) und in Zusammenarbeit mit den Kantonen einen effektiven Ersatz der Fruchtfolgeflächen (FFF) gemäss Artikel 36*a* Absatz 3 GSchG zu gewährleisten. Mit der Änderung der Gewässerschutzverordnung (GSchV; SR *814.201*), die am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist, wurden zwei neue Bestimmungen zu den FFF aufgenommen (Art. 41c^{bis}). Zum einen kann ackerfähiges Kulturland im Gewässerraum, das dem kantonalen Mindestumfang an FFF angerechnet ist, weiterhin berücksichtigt werden. Zum anderen muss für dieses, wenn es für Revitalisierungen benötigt wird, Ersatz gemäss den Vorgaben der Sachplanung des Bundes geleistet werden. Diese neuen Bestimmungen entsprechen dem Rundschreiben des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) vom 4. Mai 2011 und wurden auf Verlangen der Kantone in die GSchV aufgenommen. Diese Bestimmung ist als Übergangslösung zu betrachten, bis die Thematik der FFF mit der Überarbeitung des Sachplans FFF abschliessend geregelt ist. Im erläuternden Bericht vom 12. Oktober 2015 zur GSchV ist dies entsprechend festgehalten. Eine Expertengruppe hat in einem Bericht, der Anfang 2018 publiziert wurde, Empfehlungen für die Überarbeitung des Sachplans Fruchtfolgeflächen aufgezeigt. Der überarbeitete Sachplan soll dem Bundesrat in der zweiten Hälfte 2019 zur Verabschiedung unterbreitet werden. Im Anschluss daran können allfällige notwendige Gesetzesänderungen an die Hand genommen werden.

2014 M 11.4020 Für eine sachgerechte Verwendung von Biomasse-Reststoffen und gegen Technologieverbote (N 17.9.13, Lustenberger; S 27.11.14)

2015 M 14.3095 Ortsüblicher Bewirtschaftungsbereich. Ersatzlose Aufhebung von Artikel 24 der Gewässerschutzverordnung (S 19.6.14, Bischofberger; N 12.3.15)

2016 M 13.3324 Anpassung des Gewässerschutzgesetzes an die heutige Nutztierhaltung (N 12.3.15, Aebi Andreas; S 9.3.16; N 12.9.16)

Die drei Motionen verlangen Änderungen im Gewässerschutzgesetz (SR *814.20*) im Bereich der Landwirtschaft. Die Umsetzung der Motionen wurde deshalb in das Geschäft «Agrarpolitik ab 2022 (AP22+)» integriert. Die Vernehmlassung ist am 14. November 2018 eröffnet worden.

2014 P 14.3571 Grundlagen für eine faktenbasierte Klimapolitik (S 25.11.14, Gutzwiller; Abschreibung beantragt 17.071)
2016 M 15.3543 Bürokratieabbau in der CO_2- und Energiegesetzgebung. Einheitliche Rahmenbedingungen für den Vollzug von Zielvereinbarungen (N 25.9.16, FDP-Fraktion; S 15.3.16; Abschreibung beantragt 17.071)
2017 M 15.3545 Bürokratieabbau. Allen Unternehmen die Befreiung von CO2-Abgabe ermöglichen (N 21.9.16, FDP-Liberale Fraktion, S 13.6.17; Abschreibung beantragt 17.071)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 17.071: Botschaft des Bundesrates vom 1. Dezember 2017 zur Totalrevision des CO_2-Gesetzes nach 2020.

2015 M 12.4230 Nationales Kompetenzzentrum Boden als Gewinn für Landwirtschaft, Raumplanung und Hochwasserschutz (N 17.6.14, Müller-Altermatt; S 4.6.15)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Grundlagen für eine zentrale unabhängige Verwaltungs- und Koordinationsstelle für Bodeninformationen zu schaffen. Diese soll als Bodenkompetenzzentrum sowohl quantitative als auch qualitative Bodeninformationen verwalten und zudem Standards zur Datenerhebung und zur Interpretation verbindlich festsetzen und aktualisieren.

Eine Taskforce bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern aus dem Bundesamt für Umwelt (BAFU), dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und dem Bundesamt für Raumplanung (ARE) sowie den Kantonen (vertreten durch den Cercle Sol der Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz, KVU) hat die Vorarbeiten für die Planung und Inbetriebnahme des nationalen Kompetenzzentrums Boden abgeschlossen und eine Aufgabenliste und mögliche Organisationsformen erarbeitet. Vorgesehen sind Arbeiten in den vier Bereichen Methoden, Bodenbeobachtung und -kartierung, Datenmanagement und Auswertung/Information. BAFU, ARE und BLW arbeiten nun daran, die Vorschläge zu konkretisieren und das Kompetenzzentrum Boden 2019 in einer Aufbauphase in Betrieb zu nehmen – die Finanzierung durch die drei Ämter für diese Phase ist zugesichert. Parallel dazu laufen die Vorbereitungen für die langfristige Realisierung (inkl. einer nachhaltigen Finanzierungslösung), die ab 2021 vorgesehen ist.

2015 P 15.3795 Standortbestimmung zur Fischerei in Schweizer Seen und Fliessgewässern (N 14.9.15, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)

Mit dem Postulat wird der Bundesrat ersucht, einen Bericht vorzulegen über die Situation der Schweizer Seen und Fliessgewässer, in denen Fischerei betrieben wird. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat in einem ersten Schritt externe Auftragnehmer ersucht, die Fakten zusammenzutragen und, gestützt auf den von der Urheberin des Postulats gewünschten Einbezug der Akteure, in einem partizipativen Prozess mögliche Massnahmen für eine nachhaltige Fischerei zu diskutieren. Der Expertenbericht ist zur Publikation bereit. Der eigentliche Postulatsbericht soll im ersten Halbjahr 2019 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2016 M 15.3534 Eine sachgerechte Regulation des Höckerschwans ermöglichen (S 23.9.15, Niederberger; N 2.3.16; S 14.6.16)

Die Motion verlangt eine Anpassung des eidgenössischen Jagdrechts, sodass die Verfahren zur Regulation des Höckerschwanbestandes vereinfacht werden, beispielsweise indem eine Regelung analog zu jener bezüglich des Steinbocks eingeführt wird. Diese Regelung ist in die Jagdverordnung aufzunehmen. Anschliessend an die laufende Revision des Jagdgesetzes wird die Jagdverordnung angepasst werden, wobei auch das Anliegen der vorliegenden Motion aufgenommen wird.

Bundesamt für Raumentwicklung

2008 M 07.3280 Für eine Agglomerationspolitik des Bundes (N 5.10.07, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 22.9.08; Abschreibung beantragt 18.077)

2010 P 10.3483 Umnutzung von landwirtschaftlichen Bauten (N 1.10.10, Hassler; Abschreibung beantragt 18.077)

2011 M 10.3086 Raumplanungsgesetz im Dienste einer produzierenden Landwirtschaft (N 18.6.10, Zemp; S 1.6.11; Abschreibung beantragt 18.077)

2011 P 11.3081 Verbesserung der raumplanerischen Rahmenbedingungen für den Agrotourismus (S 1.6.11, Imoberdorf; Abschreibung beantragt 18.077)

2016 M 15.4087 Anpassung der raumplanungsrechtlichen Anforderungen für Hotelbauten ausserhalb der Bauzonen (S 9.3.16, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 12.9.16; Abschreibung 18.077)

2016 P 16.3008 Baubewilligungsverfahren für Mobilfunkantennen (N 16.6.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; Abschreibung beantragt 18.077)

2017 M 16.3622 Hobbymässige Kleintierhaltung (S 19.9.16, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR, N 2.3.17; Abschreibung beantragt 18.077)

Abschreibung beantragt mit Geschäft 18.077: Botschaft des Bundesrates vom 31. Oktober 2018 zur 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes.

2011 M 08.3478 Raumkonzept Schweiz. Aufnahme von Bern als Metropolitanraum. Gesetzliche Grundlagen (N 22.9.10, Joder; S 1.6.11; Punkt 1 angenommen)

Am 5. Dezember 2014 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR *700*) eröffnet. In der Vernehmlassungsvorlage (Art. 5*a* Abs. 1) wurde vorgeschlagen, dass Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam eine Strategie für die räumliche Entwicklung der Schweiz erarbeiten. Mit dieser «Raumentwicklungsstrategie Schweiz» sollte eine gesetzliche Grundlage für das Raumkonzept Schweiz geschaffen werden. Dies ist in der Vernehmlassung jedoch breit abgelehnt worden. Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 daher beschlossen, die Idee einer expliziten gesetzlichen Verankerung der Raumentwicklungsstrategie nicht weiterzuverfolgen. In der im Sommer 2017 durchgeführten ergänzenden Vernehmlassung zu neuen Elementen der 2. Etappe der RPG-Revision wurde die Forderung, eine explizite gesetzliche Grundlage für das Raumkonzept Schweiz zu schaffen, nicht mehr gestellt. Die Motion lässt sich daher mangels hinreichender politischer Unterstützung nicht in der beantragten Weise umsetzen. Es wird geprüft, ob die Motion mit einem besonderen Bericht zur Abschreibung beantragt werden soll.

2011 M 10.3489 Umfassender Schutz des Kulturlandes in der Raumplanung (N 1.10.10, Hassler; S 1.6.11; Punkte 1 und 3 angenommen)

Im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage (2014) zur 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR *700*) hatte der Bundesrat vorgeschlagen, dass der Richtplan genügend Flächen geeigneten Kulturlandes, die der Landwirtschaft erhalten werden sollen, zu bezeichnen hat und dass insbesondere auch Massnahmen aufgezeigt werden sollen, mit denen der Erhalt der Fruchtfolgeflächen sichergestellt wird (Art. 8*c* Abs. 1 Bst. a der Vorlage). Zudem hatte er einen neuen Gesetzesabschnitt über den Schutz der Fruchtfolgeflächen vorgeschlagen (Art. 13*a* ff.). In der Auswertung der Vernehmlassung hat sich gezeigt, dass das Anliegen des Kulturlandschutzes und insbesondere des Schutzes der Fruchtfolgeflächen zwar weitgehend unbestritten ist, dass die vorgeschlagenen gesetzlichen Regelungen jedoch politisch nicht tragfähig sind. Der Bundesrat hat daher am 4. Dezember 2015 entschieden, das Thema des Schutzes der Fruchtfolgeflächen aus der 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes herauszulösen. Stattdessen soll dieses Anliegen mit einer Überarbeitung des Sachplans «Fruchtfolgeflächen» von 1992 umgesetzt werden. Bis Ende 2017 hat eine Expertengruppe Vorschläge für eine Überarbeitung und Stärkung des Sachplans «Fruchtfolgeflächen» erarbeitet. Die Empfehlungen der Expertengruppe und die Studien wurden am 30. Januar 2018 publiziert. Die Anhörung zum überarbeiteten Sachplan wurde Ende 2018 eröffnet. Die Verabschiedung des Sachplans ist auf die zweite Hälfte 2019 vorgesehen. Ob im Zusammenhang mit dem Kulturlandschutz und den Fruchtfolgeflächen gesetzliche Anpassungen nötig sind, wird erst im Lichte der Arbeiten am Sachplan «Fruchtfolgeflächen» verlässlich beurteilt werden können.

2011 M 10.3659 Raumplanung und wirksamer Schutz von Kulturland (N 17.12.10, Bourgeois; S 1.6. 11)

Im Rahmen der Vernehmlassungsvorlage (2014) zur 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG; SR *700*) hatte der Bundesrat vorgeschlagen, dass der Richtplan genügend Flächen geeigneten Kulturlandes, die der Landwirtschaft erhalten werden sollen, zu bezeichnen hat und dass insbesondere auch Massnahmen aufgezeigt werden sollen, mit denen der Erhalt der Fruchtfolgeflächen sichergestellt wird (Art. 8*c* Abs. 1 Bst. a der Vorlage). In der Auswertung der Vernehmlassung hat sich gezeigt, dass die Verankerung zusätzlicher Mindestinhalte für die kantonalen Richtpläne im Raumplanungsgesetz politisch nicht tragfähig ist. Der Bundesrat hat daher am 4. Dezember 2015 entschieden, diesen Ansatz im Rahmen der 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes nicht weiterzuverfolgen. Die Anliegen eines wirksamen Kulturlandschutzes und des Erhalts der Fruchtfolgeflächen sollen mit einer Überarbeitung des Sachplans «Fruchtfolgeflächen» von 1992 umgesetzt werden. Bis Ende 2017 hat eine Expertengruppe Vorschläge für eine Überarbeitung und Stärkung des Sachplans «Fruchtfolgeflächen» erarbeitet. Die Empfehlungen der Expertengruppe und die Studien wurden am 30. Januar 2018 publiziert (www.are.admin.ch > Raumentwicklung & Raumplanung > Strategie und Planung > Konzepte und Sachpläne > Sachpläne des Bundes). Die Anhörung zum überarbeiteten Sachplan wurde Ende 2018 eröffnet. Die Verabschiedung des Sachplans ist auf die zweite Hälfte 2019 vorgesehen. Ob im Zusammenhang mit dem Kulturlandschutz und den Fruchtfolgeflächen gesetzliche Anpassungen nötig sind, wird erst im Lichte der Arbeiten am Sachplan «Fruchtfolgeflächen» verlässlich beurteilt werden können.

2012 M 08.3512 Weg mit der überflüssigen Bürokratie im Gastgewerbe (N 22.9.10, Amstutz; S 15.3.12; N 24.9.12)

Es ist vorgesehen, die Umsetzung des erwähnten Vorstosses im Rahmen der erforderlichen Anpassungen der Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000 (RPV; SR 700.1) im Anschluss an die parlamentarische Behandlung der Vorlage zur 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vorzunehmen. Der Bundesrat hat dem Parlament die entsprechende Botschaft am 31. Oktober 2018 vorgelegt (BBl *2018* 7443, Geschäft 18.077).

2015 P 15.3699 Entwicklung im Bereich der Raumplanung (N 25.9.15, Bourgeois)

Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 entschieden, das Thema des Schutzes der Fruchtfolgeflächen aus der 2. Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes herauszulösen. Stattdessen soll dieses Anliegen mit einer Überarbeitung des Sachplans «Fruchtfolgeflächen» von 1992 umgesetzt werden. Bis Ende 2017 hat eine Expertengruppe Vorschläge für eine Überarbeitung und Stärkung des Sachplans «Fruchtfolgeflächen» erarbeitet. Im Rahmen dieser Arbeiten wurden auch verschiedene Studien erarbeitet. Die Empfehlungen der Expertengruppe und die Studien wurden am 30. Januar 2018 publiziert (www.are.admin.ch > Raumentwicklung & Raumplanung > Strategie und Planung > Konzepte und Sachpläne > Sachpläne des Bundes). Die Anhörung zum überarbeiteten Sachplan wurde Ende 2018 eröffnet. Die Verabschiedung des Sachplans ist auf die zweite Hälfte 2019 vorgesehen.

2016 P 15.4088 Verhältnis des Kulturlandschutzes zu anderen Schutzansprüchen (N 2.3.16, Geschäftsprüfungskommission NR)

Bis Ende 2017 hat eine Expertengruppe Vorschläge für eine Überarbeitung und Stärkung des Sachplans «Fruchtfolgeflächen» erarbeitet. Im Rahmen dieser Arbeiten wurde auch das Verhältnis des Kulturlandschutzes zu anderen Schutzansprüchen in einer separaten Studie vertieft, die zusammen mit den Empfehlungen der Expertengruppe am 30. Januar 2018 publiziert wurde (www.are.admin.ch > Raumentwicklung & Raumplanung > Strategie und Planung > Konzepte und Sachpläne > Sachpläne des Bundes). Die Anhörung zum überarbeiteten Sachplan wurde Ende 2018 eröffnet. Die Verabschiedung des Sachplans ist für die zweite Hälfte 2019 vorgesehen. Derzeit ist offen, ob und, falls ja, welche Gesetzesänderungen aufgrund des überarbeiten Sachplans vorgenommen werden müssten. Die Notwendigkeit solcher Anpassungen wird sich erst im Lichte der Arbeiten am Sachplan «Fruchtfolgeflächen» verlässlich beurteilen lassen.

Anhang 1: Übersicht über im Verlauf des Berichtsjahres 2018 abgeschriebene Motionen und Postulate, deren Abschreibung mit einer Botschaft beantragt wurde

Es sind die Geschäftsnummern des Parlaments vermerkt, mit welchen die Motionen und Postulate abgeschrieben wurden.

Schweizerische Bundeskanzlei

keine

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

keine

Eidgenössisches Departement des Innern

2000 P 97.3068	Wohneigentumsförderung für Invalide (N 4.3.99, Borel; S 15.3.00)	16.065
2013 P 13.3548	Auswirkung des gesellschaftlichen Wandels auf die Pensionskassen (N 27.9.13, CVP-Fraktion)	16.065
2014 P 14.3629	Pensionskassengeld verschwenden und dann Ergänzungsleistungen beziehen? Dieser Fehlanreiz muss abgeschafft werden! (N 26.9.14, Grossen Jürg;)	16.065
2012 M 11.4037	Änderung des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (N 8.3.12, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR 10.487; S 26.9.12)	17.048
2014 M 14.3438	Keine vorgeburtliche Geschlechterselektion durch die Hintertüre! (S 16.9.14, Bruderer Wyss; N 24.11.14)	17.048

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

2016 M 13.4037	Unbürokratisches Jawort (N 14.12.15, [Caroni]-Masshardt; S 22.9.16; Punkt 1 angenommen)	17.065
2011 M 09.4017	Geschlagene Frauen schützen (N 3.3.10, Perrin; S 30.5.11)	17.062
2013 M 12.4025	Opfer häuslicher Gewalt besser schützen! (S 14.3.13, Keller-Sutter; N 23.9.13)	17.062
2010 P 10.3383	Anpassung des Datenschutzgesetzes an die neuen Technologien (N 1.10.10, Hodgers)	17.059
2010 P 10.3651	Angriff auf die Privatsphäre und indirekte Bedrohungen der persönlichen Freiheit (N 17.12.10, Graber Jean-Pierre)	17.059
2012 P 12.3152	Recht auf Vergessen im Internet (N 15.6.12, Schwaab)	17.059
2013 P 13.3989	Verletzungen der Persönlichkeitsrechte im Zuge des Fortschritts der Informations- und Kommunikationstechnik (S 11.12.13, Recordon)	17.059
2014 M 14.3288	Identitätsmissbrauch. Eine strafbare Handlung für sich (S 12.6.14, Comte; N 24.11.14)	17.059
2014 P 14.3655	Die digitale Identität definieren und Lösungen für ihren Schutz finden (N 26.9.14, Derder)	17.059
2014 P 14.3739	Control by Design. Die Rechte auf Eigentum im Falle von unerwünschten Verbindungen verstärken (N 12.12.14, Schwaab)	17.059
2015 P 14.4137	Videoaufnahmen durch Private. Die Privatsphäre besser schützen (N 20.3.15, FDP-Liberale Fraktion)	17.059
2015 P 14.4284	Videoaufnahmen durch Private. Die Privatsphäre besser schützen (S 19.3.15, Comte)	17.059
2016 P 16.3383	Elektronische Daten. Information der Geschädigten im Fall eines Hackerangriffs (N 30.9.16, Béglé)	17.059
2016 P 16.3384	Elektronische medizinische Daten. Eine geschützte, transparente und zielgerichtete Datenerhebung im revidierten Bundesgesetz über den Datenschutz sicherstellen (N 30.9.16, Béglé)	17.059
2014 P 14.3079	Lohngleichheit. Faire Chancen für freiwillige Massnahmen (S 12.6.14, Häberli-Koller)	17.047
2002 P P 02.3086	Corporate Governance. Anlegerschutz (N 21.6.02, Walker Felix)	16.077
2012 M 11.4034	Anrechenbare Mietzinsmaxima bei Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (N 12.12.11, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 1.6.12)	14.098

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

keine

Eidgenössisches Finanzdepartement

2014 M 12.3172	Besteuerung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken (N 16.9.13, Müller Leo; S 8.12.14)	16.031
2015 M 14.3450	Steuerliche Abzugsfähigkeit von Bussen (S 15.9.14, Luginbühl; N 2.3.15)	16.076
2012 P 12.3910	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Stopp dem Missstand (N 14.12.12, Darbellay; Abschreibung beantragt 17.019)	17.019
2013 M 12.3739	Öffentliche Beschaffungen des Bundes. Gleiche Rechte für die Sprachregionen (N 14.12.12, Hodgers; S 10.9.13)	17.019
2014 P 14.3208	Bekämpfung der Korruption in öffentlichen Beschaffungswesen (S 17.6.14, Engler)	17.019
2014 M 14.3045	Publikation der Basisinformationen aller Beschaffungen des Bundes ab 50 000 Franken (N 20.6.14, Graf-Litscher; S 8.12.14)	17.019
2015 M 12.3914	Ausschreibungsverfahren in den drei Amtssprachen des Bundes (N 16.9.14, de Buman; S 18.6.15)	17.019
2015 M 14.3872	Für eine korrekte Nutzung der Amtssprachen in den öffentlichen Ausschreibungen von bundesnahen Betrieben (N 12.12.14, Regazzi; S 18.6.15)	17.019
2015 M 14.3886	Für eine sprachenfreundliche Vergabe auch von kleinen öffentlichen Aufträgen im Interesse unserer KMU (N 12.12.14, Cassis; S 18.6.15)	17.019

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

2014 P 14.3106	Europäische Unternehmen, die Personal in die Schweiz entsenden. Eröffnung von Entscheiden (S 16.6.14, Recordon)	17.053
2016 M 15.3792	Erhöhung der Interventionsgrenze von Bürgschaftsorganisationen zugunsten der KMU (S 16.9.15, Comte; N 17.3.16)	18.024

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

2009 P 08.3763	Bahnlandschaft Schweiz. Konsolidierung durch die SBB (N 8.9.09, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)	16.075

Anhang 2: Übersicht über alle von den Räten überwiesenen und Ende 2018 noch hängigen Motionen und Postulate

Schweizerische Bundeskanzlei

2016 P 16.3219	Roadmap für die elektronische Stimmabgabe (N 14.9.16, Romano)
2017 P 16.4078	Digitalisierung. Papierloses E-Voting ermöglichen (N 12.6.17, Dobler)
2017 P 17.3149	Vernehmlassungsverfahren vereinheitlichen und effizienter machen (N 12.6.17, Hausammann)
2017 P 17.3230	Abstimmungserläuterungen. Recht auf die Darlegung einer Minderheitsmeinung (N 16.6.17, Tuena)
2018 P 17.3850	Kostensteigerung bei Öffentlichkeitsarbeit und Beratung bremsen (N 7.3.18, Müller Leo)
2018 P 17.4017	Die Chancen von Civic Tech nutzen (S 27.2.18, Müller Damian)
2018 P 18.3502	E-Signatur für verwaltungsinterne Dokumente (N 28.9.18, Dobler)

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

2010 M 09.3719	Die UNO untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung (S 8.9.09 Marty; N 4.3.10)
2010 M 10.3005	Massnahmen zur frühzeitigen Information des Parlamentes über relevante europäische Gesetzgebungsentwürfe (S 8.3.10, Aussenpolitische Kommission SR 09.052; N 13.9.10; S 9.12.10)
2011 M 11.3005	Umsetzung der von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates verabschiedeten Resolution (N 17.3.11, Aussenpolitische Kommission NR; S 15.9.11)
2012 M 11.4038	Beseitigung aller Diskriminierungen gegenüber der kurdischen Minderheit in Syrien (N 21.12.11, Aussenpolitische Kommission NR 11.2017; S 8.3.12)
2012 M 12.3367	Rechte der Bäuerinnen und Bauern. Für ein weitgehendes Engagement der Schweiz im Menschenrechtsrat (N 28.9.12, Sommaruga Carlo; S 26.11.12)
2013 P 11.3916	Informationspolitik zum autonomen Nachvollzug von EU-Recht (N 19.9.13, Nordmann)
2014 P 13.3151	Lagebeurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa (N 15.9.14, Aeschi Thomas)
2014 P 14.3557	Übernahme von EU-Recht. Kein Swiss Finish und kein vorauseilender Gehorsam (N 26.9.14, Schilliger)
2014 P 14.3577	Übernahme von EU-Recht. Weder Swiss Finish noch vorauseilender Gehorsam (S 9.9.14, Fournier)
2014 P 14.3663	Zugang zu Wiedergutmachung (S 26.11.14, Aussenpolitische Kommission SR 12.2042)
2015 M 13.3792	Für eine von Massenvernichtungswaffen freie (A-, B-, C-Waffen frei) Zone im Nahen und Mittleren Osten (N 15.9.14, Sozialdemokratische Fraktion; S 3.3.15)
2015 M 14.3423	Positionierung der Schweiz als internationale Plattform im Bereich Internet Governance (N 26.9.14, FDP-Liberale Fraktion; S 3.3.15)
2015 P 14.4080	Evaluation der Bilateralen Verträge mit der EU (N 20.3.15, Grüne Fraktion)
2015 M 14.3824	Thematisierung der Religionsfreiheit in bilateralen und multilateralen Kontakten und Gremien (N 12.12.14, Streiff; S 16.6.15)
2015 M 14.3120	Die Partnerschaft mit Europa sicherstellen (N 6.5.15, Sozialdemokratische Fraktion; S 24.9.15)
2015 P 15.3877	Goldhandel und Verletzung der Menschenrechte (S 1.12.15, Recordon)
2015 P 15.3896	Wirtschaftliche Vorteile dank Schengen-Partnerschaft (N 10.12.15, Sozialdemokratische Fraktion)
2016 M 16.3155	Beziehungen zu Eritrea verstärken. Den Strom von eritreischen Migrantinnen und Migranten eindämmen (N 17.6.16, Béglé; S 15.9.16)
2016 M 16.3624	Schwerpunktthema Berge in der internationalen Zusammenarbeit (S 15.9.16, Aussenpolitische Kommission SR; N 5.12.16)
2017 P 16.3887	Mehr Unterstützung für die Ausbildung in Flüchtlingslagern (N 8.3.17, Béglé)
2017 P 16.3929	Gute Dienste. Berichte über die internationalen Fazilitations- und Mediationsprozesse der Schweiz (N 14.6.17, Béglé)
2017 M 16.3289	Die Verwendung von Steuergeldern für Rassismus, Antisemitismus und Hetze konsquent unterbinden (N 8.3.17, Imark, 27.9.17)
2017 M 16.3600	Situation in Eritrea. Bestrebung der Uno unterstützen (N 8.3.17, Tornare, S 4.12.17)
2018 P 17.3789	Die Schweiz soll zum Epizentrum der internationalen Digitalisierungsgouvernanz werden können (N 15.3.18, Béglé)
2018 P 17.4147	Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit (N 5.6.18, Naef)
2018 P 18.3557	UNRWA. Rückblick und Ausblick nach 70 Jahren (N 28.9.18, Nantermod)
2018 M 17.4241	Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und ratifizieren (N 5.6.18, Sommaruga Carlo, S.12.12.18)
2018 M 18.4093	Uno-Migrationspakt. Zustimmung der Bundesversammlung unterbreiten (S 29.11.18, Staatspolitische Kommission NR, N 11.12.18)
2018 M 18.4106	Uno-Migrationspakt. Zustimmung der Bundesversammlung unterbreiten (S 29.11.18, Aussenpolitische Kommission SR, N 11.12.18)
2018 P 18.4104	Konsultation und Mitwirkung des Parlaments im Bereich von Soft Law (S 29.11.18, Aussenpolitische Kommission)
2018 P 18.3820	Detaillierter Bericht über die Finanzierung palästinensischer und israelischer NGO (N 14.12.18, Bigler)

Eidgenössisches Departement des Innern

Generalsekretariat

2014 P 13.4245	Kohärente Behindertenpolitik (N 21.3.14, Lohr)
2015 P 15.3114	Bericht über das Potenzial der Schweizer Game-Industrie für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft (N 19.6.15, Fehr Jacqueline)
2017 P 16.4169	Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung (S 7.3.17, Bruderer Wyss)
2017 P 17.3972	Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung (S 29.11.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)

Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

keine

Bundesamt für Kultur

2014 P 14.3670	Konzept für Sprachaufenthalte (N 24.11.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2017 P 16.4028	Schweizer Ortsbilder erhalten (N 17.3.17, Fluri)
2017 P 15.4117	Allegra, Romanisch und Italiensch sollen leben! (N 28.9.17, Semadeni)

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie

keine

Schweizerisches Bundesarchiv

2017 P 17.3329	Den Fortbestand des Gosteli-Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung sichern (N 11.12.17, Fiala)
2017 P 17.3330	Den Fortbestand des Gosteli-Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung sichern (N 11.12.17, Schmid-Federer)
2017 P 17.3335	Den Fortbestand des Gosteli-Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung sichern (N 11.12.17, Leutenegger Oberholzer)
2017 P 17.3336	Den Fortbestand des Gosteli-Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung sichern (N 11.12.17, Graf Maya)
2017 P 17.3337	Den Fortbestand des Gosteli-Archivs zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung sichern (N 11.12.17, Bertschy)
2018 P 18.3029	Umsetzung des Bundesgesetzes über die Archivierung (S 13.6.18, Janiak)

Bundesamt für Gesundheit

2000 P 00.3435	Verbot der Tabakwerbung (N 15.12.00, Tillmanns; Abschreibung beantragt 15.075)
2002 P 00.3536	Patientenfonds (N 30.9.02, Gross Jost)
2003 P 03.3424	Übernahme der angeborenen Krankheiten durch die Invalidenversicherung (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307)
2003 P 03.3425	Kostenbeteiligung bei Geburtsgebrechen und schweren oder chronischen Erkrankungen (N 8.12.03, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 02.307 [Minderheit Gross Jost])
2006 P 05.3693	Voraussetzungen für den optimalen Einsatz von Telemedizin schaffen (N 24.3.06, Stump)
2006 P 05.3878	Gesundheitsversorgung. Positive Anreize zur Förderung der Patientensicherheit und der Qualitätssicherung (N 24.3.06, Heim)
2007 M 06.3009	Einheitliche Finanzierung von Spital- und ambulanten Leistungen (S 8.3.06, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR 04.061; N 22.3.07; S 24.9.07)
2008 P 08.3475	Niedrigstrahlung aus AKW. Studie (N 19.12.08, Fehr Hans-Jürg)
2006 M 04.3624	Qualitätssicherung und Patientensicherheit im Gesundheitswesen (N 3.3.05, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 04.433; S 14.6.05; N 14.3.06)
2008 P 08.3493	Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten (N 19.12.08, Heim)
2009 M 05.3522	Medizinische Mittel und Gegenstände. Sparpotenzial (N 19.3.07, Heim; S 2.10.08; N 3.3.09)
2009 M 05.3523	Wettbewerb bei den Produkten der Mittel- und Gegenständeliste (N 19.3.07, Humbel; S 2.10.08; N 3.3.09)
2009 M 09.3089	Vertriebsanteil bei den Medikamentenkosten (S 4.6.09, Diener; N 10.12.09)
2010 P 09.4199	Ausreichend langer bezahlter Urlaub für Eltern von schwer kranken Kindern (S 2.3.10, Seydoux) - vormals EJPD/BJ
2010 P 09.4078	Für eine kostenbewusstere Medikamentenversorgung (N 19.3.10, Humbel)
2010 M 09.3150	Massnahmen gegen den Anstieg der Krankenkassenprämien (N 12.6.09, Fraktion CVP/EVP/glp; S 20.9.10; Punkte 1, 2 und 3 angenommen)

2010 P 10.3754	Einführung einer gesamtschweizerischen Kosten-Nutzen-Bewertung von medizinischen Leistungen (N 17.12.10, Humbel)	
2011 M 10.3353	Qualitätssicherung OKP (S 20.9.10, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 3.3.11)	
2011 M 10.3015	Für eine nationale Qualitätsorganisation im Gesundheitswesen (N 28.9.10, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 9.3.11)	
2011 M 10.3450	Für eine unabhängige nationale Organisation für Qualitätssicherung (N. 1.10.10, FDP-Liberale Fraktion; S 9.3.11)	
2011 P 10.3753	Klare Kriterien statt kantonale Willkür bei Spitallisten (N 18.3.11, Humbel)	
2011 P 10.4055	Nationale Strategie zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit seltenen Krankheiten (N 18.3.11, Humbel)	
2011 M 10.3882	Versorgungsqualität mit DRG (N 3.3.11, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 30.5.11)	
2011 M 09.3535	Leistungsfinanzierung nach dem KVG vereinheitlichen (N 12.4.11, Sozialdemokratische Fraktion; S 29.9.11)	
2011 M 10.3770	Gegen eine diskriminierende Umsetzung der Pflegefinanzierung (N 18.3.11, Joder; S 29.9.11)	
2011 M 10.4161	Krankenversicherung. Wählbare Franchisen und Vertragsdauer (N 18.3.11, Stahl; S 29.9.11)	
2011 P 11.3218	Wie viel soll die Gesellschaft für ein Lebensjahr zahlen? (N 30.9.11, Cassis)	
2011 M 09.3546	Transparente Finanzierung der sozialen Grundversicherung (S 15.6.11, Brändli; N 12.12.11)	
2012 M 09.3509	Steuerbarkeit der Demenzpolitik I: Grundlagen (N 12.4.11, Steiert; S 12.3.12)	
2012 M 09.3510	Steuerbarkeit der Demenzpolitik II: Gemeinsame Strategie von Bund und Kantonen (N 12.4.11, Wehrli; S 12.3.12)	
2012 M 10.3912	Vita sicura. Risikoforschung für Patientensicherheit (N 17.6.11, Heim; S 4.6.12)	15.083
2012 M 10.3913	Vita sicura. Nationales Programm für Patientensicherheit (N 17.6.11, Heim; S 4.6.12)	15.083
2012 M 11.3637	Gesamtschweizerisch einheitliches Abgabealter für Tabakprodukte (N 23.12.11, Humbel; S 1.6.12; Abschreibung beantragt 15.075)	
2012 P 12.3100	Patientenrechte stärken (N 15.6.12, Kessler)	
2012 P 12.3124	Patientenrechte stärken (N 15.6.12, Gilli)	
2012 P 12.3207	Stärkung der Patientenrechte (N 15.6.12, Steiert)	
2012 P 12.3363	Qualitätssicherung in der Gesundheitsversorgung statt Prämien und Rabatte für Leistungsabbau (N 28.9.12, Hardegger)	
2012 P 12.3716	Durchsetzung zuverlässiger und richtiger Messwerte im Gesundheitswesen (N 14.12.12, Kessler)	
2013 P 13.3366	Betreuungszulagen und Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige (N 13.6.13, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 11.411, 11.412)	
2013 P 12.4053	Harmonisierung der Erfassung des Pflegebedarfs (N 21.6.13, Heim)	
2013 M 12.3111	Diabetikerinnen und Diabetiker. Kostenübernahme für die Fusspflege durch Podologinnen und Podologen (N 28.9.12, Fridez; S 9.9.13)	
2013 P 11.4018	Kriterien für die Repräsentativität bei der Unterzeichnung von Tarifverträgen im Gesundheitswesen (N 11.9.13, Darbellay)	
2013 P 13.3875	Fehlermeldesysteme und medizinische Erkenntnisse für die Verbesserung der Patientensicherheit einsetzen (N 13.12.13, Hardegger; Abschreibung beantragt 18.047)	
2014 M 11.3811	Rechtslücke in der Unfallversicherung schliessen (N 11.9.13, Darbellay; S 19.3.14; N 3.6.14)	
2014 M 12.4171	Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG (N 5.3.14, FDP-Liberale Fraktion; S 13.6.14)	
2014 P 14.3295	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (1)(S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)	
2014 P 14.3296	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (2)(S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR)	
2014 P 14.3297	Aufnahme und Überprüfung von Medikamenten in der Spezialitätenliste (3)(S 13.6.14, Geschäftsprüfungskommission)	
2014 P 14.3054	Qualität der Früherkennung von Brustkrebs. Wo steht die Schweiz? (N 20.6.14, Heim)	
2014 M 12.3245	Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung (N 11.9.13, Humbel; S 13.6.14, N 10.9.14)	
2014 P 13.3224	Entlastung der Krankenversicherung von ungerechtfertigten Kosten (N 9.9.14, Humbel)	
2014 P 14.3385	Fallpauschalen und Globalbudget. Evaluation der Systeme in den Kantonen (N 10.9.14, Komission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)	

2014 P 14.3607	Stopp der Medikamentenverschwendung! (N 26.9.14, CVP-EVP Fraktion)
2014 P 14.3632	Rolle der Praxisassistentinnen im schweizerischen Gesundheitssystem (N 26.9.14, Steiert)
2015 P 14.4115	Theoretische Grundlagen der Stiftung Sexuelle Gesundheit Schweiz zur sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Unabhängige wissenschaftliche Untersuchung (N 20.3.15, Regazzi)
2015 P 13.3543	Unverhältnismässige Gebührenerhöhungen als Marktzutrittsschranken für KMU (N 4.6.15, de Courten)
2015 M 14.4164	Cannabis für Schwerkranke (N 2.6.15, Kessler; S 8.9.15)
2015 P 15.3797	Angleichung der Preise für Leistungen nach dem UVG und KVG (N 22.9.15, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2015 M 13.3500	Gleichbehandlung von Medikamenten und Immunologika beim Import aus dem Ausland (N 4.6.15, Gilli; S 17.12.15)
2016 P 15.4141	Massnahmen gegen die Überversorgung im Gesundheitswesen (N 18.3.16, Frehner)
2016 M 16.3001	Gesundheitssystem. Ausgewogenes Angebot durch Differenzierung des Taxpunktwertes (N 15.3.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 12.308; S 6.6.16; Abschreibung beantragt 18.047)
2016 M 11.3677	Gesetzliche Grundlage für Alkoholtestkäufe (N 23.12.11, Ingold; S 13.6.16; vormals EFD)
2016 P 15.4225	Bessere Nutzung von Gesundheitsdaten für eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung (N 16.6.16, Humbel)
2016 P 16.3352	Gleichmässige Finanzierung der Kostensteigerung der Pflegeleistungen durch alle Kostenträger (N 19.9.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 14.317)
2016 M 15.4157	Franchisen der Kostenentwicklung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anpassen (S 21.9.16, Bischofberger; N 8.12.16; Abschreibung beantragt 18.036)
2017 M 16.3623	Transparenz bei der Spitalfinanzierung durch die Kantone (S 21.9.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 8.12.16; S 14.3.17)
2017 P 16.3909	Rechtliche Gleichstellung der öffentlichen und privaten Spitex (N 13.3.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2017 P 15.3464	Krankenversicherungsgesetz. Roadmap zur Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone (N 2.5.17, Cassis)
2017 P 15.4181	Konsequenzen einer fehlenden Regelung im Übergang von der IV ins KVG-Regime (N 28.9.17, Amherd)
2017 P 17.3434	Potenzial und Rahmenbedingungen für die digitale Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen (N 29.9.17, Graf-Litscher)
2017 P 17.3435	Digitale Gesundheitsagenda. Chancen und Risiken (N 29.9.17, Heim)
2017 P 17.3466	Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesundheitsberufe (N 29.9.17, Gysi)
2017 P 17.3550	E-Health 2030. Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich durch eine zukunftsorientierte Studie vorausplanen (N 29.9.17, Bulliard)
2017 P 17.3484	Massnahmen zur Senkung der Prämienlast in der obligatorischen Krankenversicherung. Abschaffung des Tarmed (N 11.12.17, de Courten)
2017 P 17.3880	Überprüfung der Finanzierung der Prämienverbilligung (N 15.12.17, Humbel)
2017 P 17.3963	Obligatorische Krankenpflegeversicherung. Transparenz bei den Leistungserbringern (S 29.11.17, Français)
2018 M 15.4222	Richtige Anreize mit Wahlfranchisen (N 28.9.17, Weibel; S 15.3.18)
2018 M 17.3311	Phantome aus dem Risikoausgleich entfernen (N 29.9.17, Brand; S 15.3.18)
2018 M 17.3633	Maximalrabatte bei Wahlfranchisen. Keine Bestrafung von eigenverantwortlich handelnden Versicherten (N 11.12.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR; S 15.3.18)
2018 M 17.3637	Maximalrabatte bei Wahlfranchisen. Keine Bestrafung von eigenverantwortlich handelnden Versicherten (N 11.12.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; S 15.3.18)
2018 P 17.4076	Perspektiven der schweizerischen Drogenpolitik (S 15.3.18, Rechsteiner Paul)
2018 P 17.4160	Spitäler. Überkapazitäten und Investitionen in die Infrastruktur und in Technologien (N 16.3.18, Carobbio Guscetti)
2018 P 17.4182	Wie die Förderung der ärztlichen Zweitmeinung konkretisieren? (N 16.3.18, Ruiz Rebecca)
2018 M 17.3607	Regelmässige Tarifpflege im KVG. Gute Qulität bei bezahlbaren Kosten (N 29.9.17, FDP-Liberale Fraktion; S 30.5.18)
2018 P 18.3384	Bessere Betreuung und Behandlung von Menschen am Lebensende (S 13.6.18, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2018 M 17.3942	Einzelverkauf von Medikamenten. Wagen wir den Versuch (N 15.12.17, Tornare; S 18.9.18)
2018 M 17.3969	Tarifpartner sollen Tarife von Laboranalysen aushandeln (S 29.11.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 19.9.18)
2018 P 18.3040	Gesetzliche Grundlage für die Sicherstellung der Versorgung im Bereich der seltenen Krankheiten (N 19.9.18, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)

2018 P 18.3602	Wie kann die Qualität der Pflege sichergestellt werden? (N 28.9.18, Marchand-Balet)
2018 M 17.3974	Schadenprävention und Umgang mit Schäden bei medizinischen Behandlungen (N 19.9.18, SGK NR; S 12.12.18)

Bundesamt für Statistik

2012 P 12.3657	Demografische Entwicklung und Auswirkungen auf den gesamten Bildungsbereich (N 26.11.12, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2017 M 16.4011	Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung (N 17.3.17, FDP-Liberale Fraktion; S 13.6.17)

Bundesamt für Sozialversicherungen

2011 M 10.3795	Administrative Entschlackung des BVG (S 2.12.10, Graber Konrad; N 12.9.11)
2012 M 09.3406	Kostenpflicht der Verfahren vor den kantonalen Versicherungsgerichten (N 12.4.11, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; S 27.2.12; Abschreibung beantragt 18.029)
2012 P 12.3206	Grundlagen für ein Screening zu innerfamiliärer Gewalt bei Kindern durch Gesundheitsfachpersonen (N 15.6.12, Feri Yvonne)
2012 P 12.3971	Für ein stufenloses Rentensystem (N 12.12.12, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR N 11.10.12; Abschreibung beantragt 17.022)
2013 M 12.3753	Revision von Art. 21 ATSG (N 14.12.12, Lustenberger; S 17.9.13; Abschreibung beantragt 18.029)
2013 P 13.3813	Überträge von Gelder der Säule 3a auch nach dem Alter 59/60 ermöglichen (N 13.12.13, Weibel)
2014 M 13.3650	Familienzulagen für alle, auch für arbeitslose Mütter, die eine Mutterschaftsentschädigung beziehen (S 17.9.13, Seydoux; N 5.3.14)
2014 P 14.3191	Erwerbsintegration von Psychischkranken (N 20.6.14, Ingold; Abschreibung beantragt 17.022)
2014 M 13.4184	Langfristanlagen von Pensionskassen in zukunftsträchtige Technologien und Schaffung eines Zukunftsfonds Schweiz (S 19.3.14, Graber Konrad, N 10.9.14)
2014 M 13.3990	Eine nachhaltige Sanierung der Invalidenversicherung ist dringend notwendig (S 12.12.13, Schwaller; N 3.6.14, S 16.9.14; Abschreibung beantragt 18.029)
2015 P 13.3462	Sicherstellung der finanziellen Stabilität und Planbarkeit in der obligatorischen zweiten Säule (N 5.3.15, FDP-Liberale Fraktion)
2015 P 14.4266	Invalidenversicherung. Steuererleichterungen und Anreizsystem für eine bessere Eingliederung (N 20.3.15, Hess Lorenz; Abschreibung beantragt 17.022)
2015 M 14.3661	Massnahmen zur Früherfassung von Krankheitsfällen gemeinsam entwickeln (N 10.9.14, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 13.4060; S 9.6.15; Abschreibung beantragt 17.022)
2015 M 14.3890	Strategie zur Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe (N 12.12.14, Sozialdemokratische Fraktion; S 9.6.15)
2015 P 15.3206	Nationale Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung (S 9.6.15, Bruderer Wyss; Abschreibung beantragt 17.022)
2015 P 15.3793	Mutterschaftsurlaub. Arbeitsunterbrüche vor dem Geburtstermin (S 8.9.15, Maury Pasquier)
2016 P 16.3644	Präventionsprojekt "Kein Täter werden" für die Schweiz (S 6.12.16, Jositsch)
2016 P 16.3733	Keine neue Soft-Regulierung durch die Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (S 6.12.16, Ettlin Erich)
2016 P 16.3908	Die Vorsorgesituation von Selbständigerwerbenden analysieren (N 8.12.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2016 P 16.3637	Präventionsprojekt "Kein Täter werden" für die Schweiz (N 16.12.16, Rickli Natalie)
2016 P 16.3868	Angemessene BVG-Deckung für Personen, welche Care-Arbeit leisten (N 16.12.16, Müller-Altermatt)
2017 P 16.3910	Kinderrenten der ersten Säule vertieft analysieren (S 7.3.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2017 P 15.3945	Gewalt im Alter verhindern (N 15.6.17, Glanzmann)
2017 P 17.3268	Einbezug der Krankenkassenprämien in die EL-Berechnungen (S 31.5.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR)
2017 M 16.3631	Länger dauernde Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen (S 13.12.16, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR; N 7.6.17; Abschreibung beantragt 18.092)
2017 M 16.3676	Anhebung der AHV-Leistungen für Hörversorgungen auf das Niveau der IV-Vergütungen. Gleichstellung Erwachsener mit Hörminderungen (S 6.12.16, Dittli; N 7.6.17; S 14.9.17)
2018 M 15.3905	Infrastrukturanlagen für Pensionskassen attraktiver machen (N 15.6.17, Weibel; S 15.3.18)
2018 M 17.3860	Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung (S 15.3.18, Baumann; N 19.9.18)

2018 P 17.4087	Digitalisierung. Ein neuer Status für den Arbeitsmarkt? (N 19.9.18, FDP-Liberale Fraktion)
2018 P 17.3968	Sicherheitskonzept für Personenidentifikatoren (N 19.9.18, Kommission für Rechtsfragen NR)
2018 P 18.3936	Plattformunternehmen und Gig Economy. Bessere Absicherung von selbständig Erwerbstätigen (S 12.12.18, Bruderer Wyss)

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

2015 P 14.4286	Einfuhr und Verkauf von tierquälerisch erzeugten Pelzprodukten verhindern (S 17.3.15, Bruderer Wyss)
2015 M 14.3503	Schweizweite Bekämpfung der Moderhinke der Schafe (N 26.9.14, Hassler; S 9.6.15)
2016 M 15.3958	Illegaler Handel mit bedrohten Arten. Schärfere strafrechtliche Sanktionen in der Schweiz (N 15.3.16, Barazzone; S 13.12.16)
2016 P 16.3665	Bessere Kontrolle der Wildfänge zum Schutz der Korallenriffe (S 6.12.16, Jositsch)
2016 P 14.4270	Pelzmarkt für einheimische Produkte stärken (N 14.12.16, Hess Lorenz)
2017 M 15.4114	Sinnvolle Vorschriften für eine Kennzeichnung "ohne GVO/ohne Gentechnik hergestellt" (N 18.3.16, Bourgeois; S 14.3.17)
2017 P 16.3762	Achtung, Gefahr! Aluminiumsalze in Deodorants (N 2.5.17, Mazzone)
2017 M 16.3712	Insekten als Futtermittel für Speisefische und andere monogastrische Tiere zulassen (N 16.12.16, Friedl; S 13.6.17)
2017 P 17.3418	Die Hofschlachtung über den Eigengebrauch hinaus ermöglichen (N 29.9.17, Vogler)
2017 P 17.3967	Obligatorische Deklaration der Herstellungsmethoden von Nahrungsmitteln (S 29.11.17, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2018 M 17.3715	Tierhaltungskontrollen effizienter gestalten (N 15.12.17, Munz, S 18.9.18)

Swissmedic

2014 M 14.3017	Zulassung von Arzneimitteln mit neuen Kombinationen bekannter Wirkstoffe (N 7.5.14, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 12.080; S 10.12.14)
2015 M 15.3288	Laktosefrei. Mit einem Wort hilft man mehr als einer Million Menschen in der Schweiz (N 19.6.15, Cassis; S 17.12.15)
2016 M 15.3528	Frankenstärke. Vereinfachung der Zulassungsverfahren bei Indikationserweiterungen und raschere Verfahren bei Änderungen von Arzneimitteln (N 25.9.15, Cassis; S 2.3.16)
2018 P 18.3092	Depakine-Skandal. Untersuchung der Situation in der Schweiz (S 13.6.18, Maury Pasquier)

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Generalsekretariat

Keine

Eidgenössische Spielbankenkommission

Keine

Bundesamt für Justiz

2000 P 00.3423	Nennwertlose Aktie (S 13.12.2000, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; Abschreibung beantragt 16.077)
2002 P 01.3261	Mehr Schutz für Minderheitsaktionäre (N 11.3.02, Leutenegger Oberholzer; S 5.6.02; Abschreibung beantragt 16.077)
2002 P 01.3329	Corporate governance in der Aktiengesellschaft (N 5.10.01, Walker Felix; S 5.6.02; Abschreibung beantragt 16.077; Punkt 4 abgeschrieben mit 04.044)
2002 P 02.3045	Rechtliche Analyse als Folge des Swissair-Debakels (S 05.06.2002, Wicki; Abschreibung beantragt 16.077)
2002 P 02.3532	Bestimmungen über Architektur- und Bauleistungen im OR. Schutz der Auftraggebenden (N 13.12.02, Fässler)
2007 M 03.3212	Gesetzlicher Schutz für Hinweisgeber von Korruption (N 13.6.05, Gysin Remo; S 22.3.06; N 22.6.07; Abschreibung beantragt 13.094)
2007 M 06.3554	Ausdehnung der Motion Schweiger auf Gewaltdarstellungen (N 20.12.06, Hochreutener; S 11.12.07; Abschreibung beantragt 18.043)
2009 P 09.3366	Überprüfung der Gerichtspraxis bezüglich Ausschöpfung der Strafrahmen (N 3.6.09, Jositsch; Abschreibung beantragt 18.043)
2010 M 09.3422	Verbot von Killerspielen (N 3.6.09, Allemann; S 18.3.10)
2010 M 07.3870	Verbot von elektronischen Killerspielen (N 3.6.09, Hochreutener; S 18.3.10)
2010 M 09.3443	Rückversetzung von verurteilten Personen (N 3.6.09, Sommaruga Carlo; S 10.12.09; N 3.3.10)
2010 M 08.3131	Verschärfung des Strafrahmens bei vorsätzlicher Körperverletzung (N 3.6.09, Joder; S 23.9.10; N 8.12.10; Abschreibung beantragt 18.043)
2011 M 10.3524	Für ein zeitgemässes Erbrecht (S 23.9.10, Gutzwiller; N 2.3.11; S 7.6.11; Abschreibung beantragt 18.069)
2011 M 09.3392	Stärkere Rechte der Bauherrschaft bei der Behebung der Baumängel (N 2.3.11, Fässler; S 20.9.11)
2011 M 11.3223	Verkürzung der Jugendstrafverfahren. Wirksamkeitsevaluation (N 17.6.11, Ingold; S 21.12.11)
2012 M 11.3925	Missbrauch des Konkursverfahrens verhindern (S 5.12.11, Hess; N 28.2.12)
2012 M 11.3909	Artikel 404 OR. Anpassung an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts (N 23.12.11, Barthassat; S 27.9.12; Abschreibung beantragt 17.067)
2012 M 12.3012	Bundesgesetz über das internationale Privatrecht. Die Attraktivität der Schweiz als internationalen Schiedsplatz erhalten (N 1.6.12, Kommission für Rechtsfragen NR 08.417; S 27.9.12; Abschreibung beantragt 18.076)
2012 M 12.3403	Sanierungsverfahren vor Nachlassstundung und Konkurseröffnung (S 27.9.12, Kommission für Rechtsfragen SR 10.077; N 3.12.12; Abschreibung beantragt 16.077)
2012 M 12.3654	Sanierungsverfahren vor Nachlassstundung und Konkurseröffnung (S 27.9.12, Kommission für Rechtsfragen NR 10.077; N 3.12.12; Abschreibung beantragt 16.077)
2012 P 11.3200	Zugang zu Genossenschaftswohnungen für Staatsangehörige aussereuropäischer Länder. Aufhebung des Verbots (N 3.12.12, Hodgers)
2012 P 12.3957	Dem Schuldentourismus einen Riegel schieben (N 14.12.12, Candinas)
2013 M 12.3372	Erlass eines umfassenden Anwaltsgesetzes (N 28.9.12, Vogler; S 14.3.13)
2013 P 13.3217	Für ein modernes Obligationenrecht (S 18.6.13, Bischof)
2013 P 13.3226	Für ein modernes Obligationenrecht (N 21.6.13, Caroni)
2013 M 12.4077	Definition der Untersuchungshaft. Aufhebung der Voraussetzung eines effektiv erfolgten Rückfalls (N 22.3.13, FDP-Liberale Fraktion; S 11.9.13)
2013 P 13.3694	Befreiung des Bundesgerichtes von Bagatellen (N 13.12.13, Caroni; Abschreibung beantragt 18.051)
2014 M 10.3634	Die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA (5) (S 23.9.10, Geschäftsprüfungskommission SR; N 2.3.11; S 19.3.14; Abschreibung beantragt 18.043)
2014 M 11.3911	Gefährliche Straftäter bleiben in Untersuchungshaft (N 23.9.13, Amherd; S 19.3.14)
2014 M 13.3931	Förderung und Ausbau der Instrumente der kollektiven Rechtsdurchsetzung (N 13.12.13, Birrer-Heimo; S 12.6.14)
2014 P 13.4193	Schweizer Sanierungsrecht. Private in die Reflexion mit einbeziehen (S 19.3.14, Hêche)
2014 P 14.3382	Bilanz über die Umsetzung des Rechts auf Anhörung nach Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der

	Vereinten Nationen in der Schweiz (N 8.9.14, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2014 P 14.3782	Richtlinien für den "digitalen Tod" (N 12.12.14, Schwaab)
2014 P 14.3804	Zivilprozessordnung. Erste Erfahrungen und Verbesserungen (N 12.12.14, Vogler)
2015 M 14.3383	Anpassung der Strafprozessordnung (S 22.9.14, Kommission für Rechtsfragen SR; N 11.3.15)
2015 M 14.3667	Bundesgericht. Dissenting opinions (N 11.3.15, Kommission für Rechtsfragen NR; S 18.6.15; Abschreibung beantragt 18.051)
2015 P 14.4026	Medizinische Versorgung bei häuslicher Gewalt. Politische Konzepte und Praktiken der Kantone sowie Prüfung eines ausdrücklichen Auftrages im Opferhilfegesetz (N 5.5.15, Sozialdemokratische Fraktion)
2015 P 15.3213	Prüfung der Aufsicht über testamentarische Willensvollstrecker (S 10.6.15, Fetz)
2015 M 14.4008	Anpassung der Zivilprozessordnung (S 19.3.15, Kommission für Rechtsfragen SR; N 8.9.15)
2015 M 14.4122	Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht (N 20.3.15, Caroni; S 24.9.15)
2015 M 14.4187	Umgehende Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus (N 20.3.15, Glanzmann; S 24.9.15; Abschreibung beantragt 18.071)
2015 P 13.3688	Bekanntmachung von Willensäusserungen und Entscheiden von Behörden. Analyse der heutigen Praxis (N 21.9.15, [Poggia]-Golay)
2015 M 15.3008	Artikel 260ter des Strafgesetzbuches. Änderung (S 10.9.15, Kommission für Rechtsfragen SR; N 10.12.15; Abschreibung beantragt 18.071)
2015 M 15.3335	Für eine stärkere Berücksichtigung der nationalen Rechtsordnungen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (N 19.6.15, Lustenberger; S 15.12.15)
2015 P 15.3502	Recht auf Teilnahme an Beweisverfahren. Überprüfung bei der Anpassung der Strafprozessordnung (N 10.12.15, Kommission für Rechtsfragen NR)
2015 P 15.4045	Recht auf Nutzung der persönlichen Daten. Recht auf Kopie (N 18.12.15, Derder)
2016 M 15.3323	Einsichtsrecht betreffend Grundbuchabfragen via Terravis (N 21.9.15, Egloff; S 29.2.16)
2016 M 15.3557	Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter (N 25.9.15, Caroni; S 29.2.16)
2016 P 16.3004	Bussenkompetenz von Transportunternehmen (N 3.3.16, Kommission für Rechtsfragen NR)
2016 P 15.3431	Ein «Pacs» nach Schweizer Art (N 15.3.16, [Caroni]-Portmann)
2016 P 15.4082	Ein «Pacs» nach Schweizer Art (N 15.3.16, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2016 M 11.3767	Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte (N 23.9.13, Rickli Natalie; S 15.12.15; N 14.6.16)
2016 P 16.3263	Berufsgeheimnisschutz für Unternehmensjuristinnen und –juristen (S 16.6.16, Kommission für Rechtsfragen SR)
2016 M 16.3002	Einheitliche Bestimmungen zum Strafvollzug bei gefährlichen Tätern (N 3.3.16, Kommission für Rechtsfragen NR; S 29.9.16)
2016 M 16.3142	Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen (N 2.6.16, Caroni; N 27.9.16)
2016 P 14.3832	Fünfzig Jahre Stockwerkeigentum. Zeit für eine Gesamtschau (N 14.9.1, [Caroni]-Feller)
2016 P 16.3317	Kindesschutzmassnahmen. Informationsfluss sicherstellen. Kundenservice stärken (N 30.9.15, Fluri)
2016 P 16.3386	Kontrolle über persönliche Daten. Die informationelle Selbstbestimmung fördern (N 30.9.16, Béglé)
2016 M 14.3022	Kinderpornografie. Verbot von Posing-Bildern (N 3.3.16, Rickli Natalie; S 6.12.16)
2016 P 16.3632	Evaluation des Electronic Monitoring (S 14.12.16, Kommission für Rechtsfragen SR)
2016 P 16.3682	Die Tätigkeiten von Wirtschaftsauskunfteien einschränken (N 16.12.16, Schwaab)
2016 P 16.3897	Evaluation der Revision des Zivilgesetzbuches vom 15. Juni 2012 (Zwangsheiraten) (N 16.12.16, Arslan)
2017 M 16.3752	Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz (N 16.12.16, FDP-Liberale Fraktion; S 27.2.17)
2017 P 16.3416	Patchworkfamilien. Lösungen für eine zeitgemässe Regelung der gesetzlichen Erbfolge? (N 15.3.17, Nantermod; Abschreibung beantragt 18.069)
2017 M 14.3801	Bundesgesetz über Pauschalreisen. Vollzugsdefizit beheben (N 14.9.16, Markwalder, S 29.5.17)
2017 P 15.3447	Beschlunigung der Strafverfahren. Umgesetzte Massnahmen (N 3.5.17, FDP-Liberale Fraktion)
2017 P 16.3961	Datenerhebung zu Diskriminierungen, die auf sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität beruhen, mit Augenmerk auf Mehrfachdiskriminierungen (N 31.5.17, Reynard)
2017 P 17.3115	Massgebender Umsatzschwellenwert bei einem Einzelunternehmen für die Begründung der Pflicht zur Eintragung in das Handelsregister (N 12.6.17, Kommission für Rechtsfragen NR)
2017 P 17.3269	Internationaler Austausch von Strafnachrichten. Prüfung eines Beitritts der Schweiz zu Ecris (N 12.6.17, Staatspolitische Kommission NR)
2017 M 15.3531	Bedingungen für die Anwendbarkeit von Artikel 926 ZGB lockern, um besser gegen Hausbesetzer vorgehen zu können (N 3.5.17, Feller, S 11.9.17)
2017 M 17.3264	Ausweitung der sogenannten kleinen Kronzeugenregelung auf Mitglieder terroristischer Organisationen (N 31.5.17, Kommission für Rechtsfragen NR, S 11.9.17)

2018 M 17.3265	Harmonisierung der Strafrahmen (N 31.5.17, Kommission für Rechtsfragen NR; S 11.9.17; Abschreibung beantragt 18.043)
2017 M 17.3353	Erhöhung der Obergrenzen der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes und des Bundesverwaltungsgerichtes (N 28.11.17, Geschäftsprüfungskommission NR; S 11.9.17)
2017 M 17.3354	Erhöhung der Obergrenzen der Gerichtsgebühren des Bundesgerichtes und des Bundesverwaltungsgerichtes (N 28.11.17, Geschäftsprüfungskommission SR; S 11.9.17)
2018 M 16.3945	Schutz religiöser Gemeinschaften vor terroristischer und extremistischer Gewalt (S 9.3.17, Jositsch; N 7.3.18)
2018 M 17.3083	Digitalisierung. Eine elektronische Identität für den landesweiten Bürokratieabbau (N 20.9.17, FDP-Liberale Fraktion; S 28.2.18; Abschreibung beantragt 18.049)
2018 M 17.3357	Revision des Bundesgerichtsgesetzes (N 12.9.17, Kommission für Rechtsfragen NR; S 14.3.18; Abschreibung beantragt 18.051)
2018 M 17.3572	Längeres Prüfungsintervall nach drei negativen Prüfungen der Verwahrung (N 29.9.17, Guhl; S 28.2.18)
2018 P 17.4181	Licht ins Dunkel bringen. In den Achtzigerjahren wurden Kinder aus Sri Lanka in der Schweiz illegal adopiert (N 16.3.18, Ruiz Rebecca)
2018 M 17.3868	Zugang zu den Zivilgerichten erleichtern (S 13.12.17, Janiak; N 12.6.18)
2018 P 18.3080	Zu hohe Gebühren bei Schuldbetreibungen und Konkurs (N 15.6.18, Nantermod)
2018 P 18.3233	Investitionsprüfung bei ausländischen Investitionen (S 11.6.18, Stöckli)
2018 P 18.3234	Übersicht über das Konkubinat im geltenden Recht (S 11.6.18, Caroni)
2018 M 17.4079	Praxistaugliches Bauhandwerker-Pfandrecht. Recht des Eigentümers auf die Stellung einer Ersatzsicherheit konkretisieren (N 16.3.18, Burkart; S 19.9.18)
2018 P 17.4121	Drittes Geschlecht im Personenstandsregister (N 17.9.18, Arslan)
2018 P 17.4185	Einführung einer dritten Geschlechtsidentität. Folgen für die Rechtsordnung und für Infostar (N 17.9.18, Ruiz Rebecca)
2018 P 18.3248	Geplante Obsoleszenz. Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten schützen (N 28.9.18, Marchand-Balet)
2018 P 18.3530	Reform der „lebenslangen“ Freiheitsstrase für besonders schwere Straftaten (S 19.9.18, Caroni)
2018 M 18.3379	Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf Daten im Ausland (S 29.5.18, Kommission für Rechtsfragen SR, N 3.12.2018)
2018 P 18.3714	Überprüfung des Abstammungsrechts (S 12.12.18, Kommission für Rechtsfragen SR)
2018 P 18.4004	Das Pauschalreisegesetz der heutigen Konsumrealität anpassen (N 14.12.18, Birrer-Heimo)

Bundesamt für Polizei

2014 M 14.3001	Überprüfen von Personendaten im Abrufverfahren (N 6.5.14, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; S 8.9.14)
2016 P 16.3003	Prüfung der Aufbewahrungsfristen für DNA-Profile (N 3.3.16, Kommission für Rechtsfragen NR)
2016 P 16.3616	Kriminelle Schlepper verstärkt bekämpfen (N 30.9.16, Béglé)
2016 M 16.3213	Kompetenz zur verdeckten Registrierung im SIS. Fedpol muss nicht ausgeschlossen bleiben (N 14.9.16, Romano; S 14.12.16)
2016 M 15.4150	Kein Täterschutz für Mörder und Vergewaltiger (N 18.3.16, Vitali; S 14.12.16)
2017 P 15.3325	Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (N 15.3.17, Schläfli)
2017 P 17.3044	Verbesserungen der Ausschaffungsprozesse und Schutz vor Gefährdern (S 8.6.17, Müller Damian)
2018 M 17.3497	Zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle zur Bekämpfung der organisierten und international tätigen Computerkriminalität (N 29.9.17, Dobler; S 14.3.18)
2018 M 17.3862	Ausreisesperren für potenzielle Gewaltextremisten (S 13.12.17, Rieder; N 12.6.18)
2018 P 18.3551	Massnahmen gegen Mädchenbeschneidungen (N 28.9.18, Rickli Natalie)

Staatssekretariat für Migration

2014 M 13.3455	Vollzugsstatistik über die Ausschaffung von kriminellen Ausländern (N 27.9.13, Müri; S 19.3.14)
2014 M 11.3831	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern aushandeln (N 17.4.13, Fraktion der schweizerischen Volkspartei; S 19.3.14; N 12.6.14)
2014 M 11.3832	Asylbewerber. Rückübernahmeabkommen von Algerien umsetzen lassen (N 17.4.13, Fraktion der schweizerischen Volkspartei; S 19.5.14; N 12.6.14)
2015 P 15.3408	Aufenthaltsrecht von Opfern ehelicher Gewalt (N 25.9.15, Feri Yvonne)
2016 P 15.3955	Verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen (N 3.3.16, Pfister Gerhard)
2016 M 15.3484	Flüchtlingstragödien im Mittelmeer. Rasch und massiv konkret vor Ort helfen und Türen in der Festung

	Europa schaffen (N 10.12.15, Grüne Fraktion; S 16.6.16)
2016 M 15.3653	Ausbildung für Flüchtlinge zur nachhaltigen Arbeitsmarktintegration (N 14.12.15, Munz; S 16.6.16)
2016 P 14.3464	Beschleunigtes Asylverfahren auch für Personen aus Safe Countries (N 16.6.16, FDP-Liberale Fraktion)
2016 P 16.3790	Langfristige Folgen der Integration (N 16.12.16, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei)
2017 M 16.3478	Evaluation der Bundeszentren für Asylsuchende (N 30.9.16, Pfister Gerhard; S 27.2.17)
2017 P 16.3314	Gemässigte Imame sind Schlüsselpersonen gegen die Radikalisierung von jugendlichen Muslimen (N 15.3.17, Ingold)
2017 P 16.3407	Analyse der Situation von Flüchtlingsfrauen (N 15.3.17, Feri Yvonne)
2017 M 16.4151	Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (N 17.3.17, CVP-Fraktion, S 29.5.17)
2017 P 17.3260	Kompetenzen des Bundes im Bereich der Sozialhilfe für Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten (S 8.6.17, Staatspolitische Kommission SR)
2017 P 17.3271	Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen (N 12.6.17, Staatspolitische Kommission NR)
2018 M 15.3953	Keine Reisen in Heimatland für vorläufig Aufgenommene (N 1.6.17, Pfister Gerhard; S 11.6.18)
2018 M 18.3002	Punktuelle Anpassung des Status der vorläufigen Aufnahme (S 14.3.18, Staatspolitische Kommission SR; N 12.6.18)
2018 P 18.3381	Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers (N 12.6.18, Staatspolitische Kommission NR)
2018 M 17.3857	Kantone mit Ausreisezentren an der Grenze finanziell unterstützen (S 13.12.17, Abate; N 19.9.18)
2018 P 18.3506	Meldepflicht nach dem Entsendegesetz und nach der Verordnung über die Einführung des freien Perosnenverkehrs. Sanktionsverfahren bei Verstössen vereinheitlichen (S 19.9.18, Abate)
2018 P 18.3930	Anpassung der Flüchtlingskonvention von 1951 (S 12.12.18, Müller Damian)
2018 P 17.3004	Syrische Flüchtlinge (N 3.12.18, Staatspolitische Kommission NR)

Eidgenössisches Institut für Metrologie

2017 M 16.3670	Bürokratieabbau. Eichfristen bei Messmitteln anpassen (N 16.12.16, Vitali, S 18.9.17)

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

2010 P 10.3263	Braucht die Schweiz ein Gesetz gegen das illegale Herunterladen von Musik? (S 10.6.10, Savary; Abschreibung beantragt 17.069)
2012 P 12.3326	Für ein Urheberrecht, das fair ist und im Einklang mit den Freiheiten der Internetgemeinde steht (S 5.6.12, Recordon; Abschreibung beantragt 17.069)
2012 P 12.3173	Angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden unter Einhaltung der Privatsphäre der Internetnutzer (N 15.6.12, Glättli; Abschreibung beantragt 17.069)
2014 M 14.3293	Abgabe auf leeren Datenträgern (N 12.6.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 26.11.14; Abschreibung beantragt 17.069)
2015 P 14.4150	URG-Revision. Einführung eines Verleihrechts (S 19.3.15, Bieri; Abschreibung beantragt 17.069)

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Generalsekretariat

2008 M 07.3529	Verhandlungen mit der Türkei. Leistung des Militärdienstes (N 5.10.07, Fehr Mario; S 17.3.08)
2010 M 09.4081	Erhöhte Bereitschaft für den Luftpolizeidienst auch ausserhalb der normalen Arbeitszeiten (S 16.3.10, Hess; N 15.9.10; Abschreibung beantragt BBl 2014 6955)
2011 P 11.3753	Immobilienverkäufe des VBS (S 27.9.11, Sicherheitspolitische Kommission SR)
2014 P 13.4015	Nicht mehr benötigte Immobilien des VBS im Sinne der Öffentlichkeit nutzen (N 13.3.14, Finanzkommission NR 13.041)
2017 P 17.3106	Armee 2.0. Die Schweiz muss das Technologie-Know-How fördern und sichern (N 16.6.17, Dobler)
2018 M 17.3507	Ein Cyberdefence-Kommando mit Cybertruppen für die Schweizer Armee (S 25.9.17, Dittli; N 13.12.17, S 6.3.18)
2018 M 17.3604	Luftwaffe. Grundsatzentscheid vor das Volk! (N 5.6.18, Fraktion BD, S 6.12.18)

Nachrichtendienst des Bundes

2017 P 17.3831	Griffige Instrumentarien gegen Gewaltextremisten (N 15.12.17, Glanzmann)

Oberauditorat

Keine

Verteidigung

2018 M 17.3510	Leistungsvertrag mit dem Nationalen Pferdezentrum Bern (S 25.9.17, Fournier; N 15.3.18, S 31.5.18)
2018 M 18.3179	Digitalisierung des Dienstbüchleins (N 15.6.18, Dobler, S 6.12.18)

armasuisse

2017 P 17.3243	Innovation und Sicherheit. Ein Tandem, das für den Wohlstand und die Unabhängigkeit der Schweiz entscheidend ist (N 16.6.17, Golay)
2017 M 16.3063	Elektromobilität. Der Bund muss ein Vorbild sein (N 16.3.17, Buttet, 25.9.17)

Bundesamt für Bevölkerungsschutz

2015 M 14.3590	Anspruch auf Reduktion der Wehrpflichtersatzabgabe für Angehörige des Zivilschutzes für die gesamte Dienstleistungszeit (N 26.9.14, Müller Walter; S 10.3.15; Abschreibung beantragt 18.085)
2015 P 15.3759	Sicheres Datenverbundnetz und weitere IT-Projekte des Bevölkerungsschutzes. Stand, Perspektiven und Ressourcenbedarf (N 25.9.15, Glanzmann)

Bundesamt für Sport

2017 P 16.4085	Stärkeres und koordinierteres Engagement des Bundes für den Sport, den Spitzensport und den leistungsorientierten Nachwuchssport (S 13.3.17, Hêche)
2018 M 17.3605	Aufhebung des Moratoriums für neue "Jugend und Sport"-Sportarten (N 21.9.17, Gmür-Schönenberger; S 6.3.18, N 5.6.18)
2018 P 18.3053	Möglichkeiten zur Unterstützung von obligatorischen Schulsportlagern (N 7.6.18, Campell)

Eidgenössisches Finanzdepartement

Generalsekretariat

2005 M 05.3152	Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern (N 17.6.05, Berberat; S 29.9.05)
2006 M 05.3174	Vertretung der sprachlichen Minderheiten in den Bundesämtern (S 14.6.05, Studer Jean; N 8.3.06)
2014 M 13.3841	Expertenkommission zur Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit (S 3.12.13, Rechsteiner Paul; N 13.3.14; S 4.6.14)
2014 M 14.3018	Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (N 4.6.14 Geschäftsprüfungskommission NR; S 17.6.14)
2014 M 14.3289	Dringliche Kontrollmassnahmen betreffend die Vergabe von Aufträgen durch die Bundesverwaltung (S 4.6.14, Geschäftsprüfungskommission SR, S 17.6.14)
2014 P 12.4050	Vertiefte Untersuchung der Mehrsprachigkeit in den Führungsetagen der Bundesverwaltung (N 16.9.14, Romano)
2014 P 12.4265	Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung. Detailanalyse der Bedürfnisse (N 25.9.14, Cassis)
2015 P 14.4275	Wie kann die Freigabe von Open-Source-Software durch die Bundesverwaltung explizit erlaubt werden? (N 20.3.15, Glättli)
2016 P 15.4112	Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle. Prüfung der Kriterien für die Unterstellung von Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung (N 18.3.16, Feller)

Informatiksteuerungsorgan Bund

2016 M 15.3672	Bürokratieabbau. Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben (N 25.9.16, Noser; S 1.3.16)
2016 P 16.3515	Abhängigkeit von Herstellern und Wege zur Risikominderung bei IT-Beschaffungen (N 30.9.16, Weibel)
2017 P 17.3475	Meldepflicht bei schwerwiegenden Sicherheitsvorfällen bei kritischen Infrastrukturen (N 13.12.17, Graf-Litscher)
2017 M 17.3508	Schaffung eines Cybersecurity-Kompetenzzentrums auf Stufe Bund (S 19.9.17, Eder, N 7.12.17)
2018 P 16.4073	Cyberrisiken. Für einen umfassenden, unabhängigen und wirksamen Schutz (N 28.2.18, Golay)
2018 P 17.4295	Sicherheitsstandards für Internet-of-Things-Geräte prüfen, weil diese eine der grössten Bedrohunge der Cybersicherheit sind (N 16.3.18, Glättli)
2018 P 18.3003	Eine klare Cyber-Gesamtstrategie für den Bund (N 6.3.18, Sicherheitspolitische Kommission NR)

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen

2001 P 00.3541	Volle Freizügigkeit beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2001 P 00.3542	Versicherungsvergünstigungen beim Wechsel der Zusatzversicherung (N 20.3.01, Fraktion der Schweizerischen Volkspartei; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2001 P 00.3570	Versicherungsvertragsgesetz. Verjährungsbestimmungen (N 23.3.01, Hofmann Urs; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2001 M 00.3537	Diebstähle. Beginn der Verjährung bei Kenntnis (N 23.3.01, Jossen; S 6.12.01; Abschreibung beantragt BBl 11.057 und 17.043)
2003 P 02.3693	VVG. Lücke bei der Taggeldversicherung (N 21.3.03, Robbiani; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2004 P 03.3596	Zusammenhänge zwischen Grund- und Zusatzversicherung in der Krankenversicherung (N 8.3.04, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR 98.406; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2007 M 06.3540	Besteuerung von Schweizer Flugpersonal bei deutschen Flugunternehmen (S 8.3.07, Lombardi; N 25.9.07)
2007 P 07.3395	Hohe Prämien beim Übertritt in die Einzeltaggeldversicherung (N 5.10.07, Graf-Litscher; Abschreibung beantragt 11.057 und 17.043)
2011 M 11.3157	Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien. Wogen glätten (N 17.6.11, Cassis; S 21.9.11)
2012 M 11.3750	Neuverhandlung der Grenzgängervereinbarung mit Italien (S 21.9.11, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 12.3.12)
2012 M 11.3511	Obligatorische Erdbebenversicherung (S 27.9.11, Fournier; N 14.3.12; Abschreibung beantragt 14.054)
2014 P 12.4048	Neue Besteuerung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger (N 16.9.14, Quadri)
2014 M 14.3299	Berücksichtigung von allgemeinen Abzügen und Sozialabzügen bei im Ausland beschränkt steuerpflichtigen Personen (S 17.6.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 11.12.14)
2015 P 13.3945	Negative Auswirkungen der Personenfreizügigkeit in den Grenzkantonen mit Massnahmenpaket abmildern (N 24.9.15, Regazzi)
2016 P 15.3434	Die internationale Währungsordnung und die Strategie der Schweiz (N 8.3.16, Leutenegger Oberholzer)
2016 P 16.3256	Förderung der Digitalisierung in der Regulierung (Regtech) (N 17.6.16, Landolt)

2016 P 15.4086	Für einen wettbewerbsfähigen Finanzplatz im Bereich neue Finanztechnologien (N 22.9.16, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2017 P 15.3098	Prüfung einer allfälligen gesetzlichen Regelung von Trusts (N 27.2.17, FDP-Liberale Fraktion)
2017 P 17.3620	Transparenz über Regulierungskosten durch Finma-Rundschreiben (S 19.9.17, Germann)
2017 P 17.3634	Bessere Absicherung der Freizügigkeitsguthaben (N 7.12.17, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR)
2017 P 17.3842	Welchen Einfluss haben schweizerische Regulierungen auf Investitionsmöglichkeiten hiesiger KMU in Afrika? (N 15.12.17, Chevalley)
2018 P 17.3065	Aggressive Steuerpolitik einzelner EU- und OECD-Länder (N 6.3.18, Merlini)
2018 P 17.3566	Transparenz über Kostenfolgen der Finma-Rundschreiben (N 6.3.18, Vogler)
2018 P 17.3744	Mifid II und Zugang zum Finanzmarkt. Szenarien und Massnahmen zur Erleichterung grenzüberschreitender Finanzdiestleistungen für italienische und französische Privatkundschaft (N 28.2.18, Merlini)
2018 P 17.4204	Reicht die Bankenaufsicht, um die Gefahren der Geldwäscherei im Rohstoffsektor einzudämmen? (S 7.3.18, Seydoux)
2018 M 17.3317	Klare Verantwortlichkeiten zwischen Finanzmarktpolitik und Finanzmarktaufsicht (N 13.12.17, Landolt, S 13.12.18)

Eidgenössische Finanzverwaltung

2015 M 13.3363	Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen (N 25.9.13, Finanzkommission NR 12.101; S 11.12.14; N 10.3.15)
2015 P 15.3009	Grenzgängereinkommen im Ressourcenpotenzial neu prüfen (N 10.3.15, Finanzkommission NR; Abschreibung beantragt 18.075)
2016 P 15.3702	NFA. Entpolitisierung der Zielgrösse von 85 Prozent im Ressourcenausgleich (N 8.3.16, Gössi; Abschreibung beantragt 18.075)
2016 P 15.4024	Mehr Verbindlichkeit und Planungssicherheit beim Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen (N 8.3.16, Fischer Roland; Abschreibung beantragt 18.075)
2016 P 14.3951	Transparenz über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Bundesaktivitäten in den Kantonen (N 22.9.16, Amherd)
2017 P 15.3243	Swiss Fund. Ein Beitrag zur Meisterung aktueller Herausforderungen der Schweiz (N 16.3.17, Pfister Gerhard)
2017 M 16.3705	Teuerung nur ausgleichen, wenn Teuerung anfällt (S 5.12.16, Dittli, N 4.5.17)
2017 M 16.4018	Für eine Rechnungslegung, die der tatsächlichen Finanz- und Ertragslage entspricht (S 28.2.17, Hegglin, N 14.6.17)
2017 M 17.3259	Gebundene Ausgaben reduzieren (N 14.6.17, Finanzkommission NR, S 19.9.17)
2017 P 17.3436	Optimierung des nationalen Finanzausgleichs (N 13.12.17, Vitali; Abschreibung beantragt 18.075)
2018 M 16.3634	Keine Aufweichung der bewährten Schuldenbremse (N 28.11.16, Finanzkommission NR; 12.6.18)
2018 P 18.3159	Bericht zu Möglichkeiten, Chancen und Risiken der Einführung eines Kryptofrankens (N 15.6.18, Wermuth)
2018 M 18.3303	Gebühren auf Bundesebene. Einhalutng des Äquivalenz- und Kostendeckungsprinzips (N 15.6.18, Gmür Alois, S 3.12.18)

Eidgenössisches Personalamt

2015 M 15.3494	Bestand des Bundespersonals auf dem Stand von 2015 einfrieren (S 23.9.15, Finanzkommission SR; N 7.12.15)
2017 P 15.3704	Einführung einer Personalbremse analg der Ausgabenbremse (N 4.5.17, Gössi)

PUBLICA

Keine

Eidgenössische Steuerverwaltung

2005 M 04.3276	Übergang zur Individualbesteuerung (N 15.6.05, Freisinnig-demokratische Fraktion; S 28.9.05; Abschreibung beantragt 18.034)
2009 M 05.3299	Übergang zur Individualbesteuerung. Dringliche Massnahmen (N 9.5.06 Freisinnig-demokratische Fraktion; S 10.8.09; Abschreibung beantragt 18.034)
2011 P 11.3545	Zivilstandsunabhängige Besteuerung und Renten (N 23.12.11, BDP Fraktion; Abschreibung beantragt 18.034)
2014 P 14.3005	Volkswirtschaftliche und fiskalpolitische Fragen von konkreten Modellen der Individualbesteuerung (N 4.6.14, Finanzkommission NR; Abschreibung beantragt 18.034)
2014 P 12.3923	Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen (N 16.9.14, Gössi)
2015 M 10.4127	Beseitigung der Heiratsstrafe (N 17.6.11, Bischof; S 4.3.15; Abschreibung beantragt 18.034)

2015 P 15.3381	Ergänzung des Wohlstandsberichtes (N 24.9.15, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2016 M 16.3044	Beseitigung der Heiratsstrafe (S 13.6.16, Bischof; N 14.12.16; Abschreibung beantragt 18.034)
2017 M 16.3431	Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (S 20.9.16, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR; N 8.3.17)
2017 P 17.3045	Eine Prospektivstudie über die Auswirkung der Robotisierung in der Wirtschaft auf das Steuerwesen und auf die Finanzierung der Sozialversicherung (N 16.6.17, Schwaab)
2017 P 17.3359	Besteuerung von Grundstücken im Geschäftsvermögen mit unterschiedlicher Eigentümerschaft (N 7.12.17, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2018 M 17.3371	Streichung der Pflicht, die Steuererklärung zu unterzeichnen (S 19.9.17, Schmid Martin; N 6.3.18)
2018 M 17.3631	Fabi. Übermässige administrative Belastung bei Geschäftsfahrzuginhabern (S 12.12.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; 29.5.18)
2018 M 17.3261	Wettbewerbsfähige steuerliche Behandlung vo Start-ups inklusive von deren Mitarbeiterbeteiligungen (N 14.6.17, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 24.9.18)

Eidgenössische Zollverwaltung

2014 M 14.3035	Nächtliche Schliessung kleiner Grenzübergänge zwischen der Schweiz und Italien (N 20.6.14, Pantani; S 8.12.14)
2016 M 16.3009	E-Vignette (S 15.3.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; N 15.6.16)
2016 M 15.3551	Bürokratieabbau. Anhebung des Mindestzolls (N 25.9.15, Noser, S 27.9.16)
2017 M 15.4153	Ungerechtfertigte Kostenüberwälzung auf den Kunden im Zollwesen (S 3.3.16, Ettlin Erich; N 22.9.16; S 28.2.17)
2017 P 17.3377	Unnötige Behinderung der Wirtschaft durch formalistische Fristenanwendung (N 29.9.17, de Courten)
2017 M 15.4007	Implementierung des Abfertigungsverfahrens Transito auch am Grenzübergang Chiasso-Brogeda (N 4.5.17, Regazzi, S 12.12.17)
2017 M 17.3188	Grenzwachtkorps. Schuster, bleib bei deinem Leisten! (N 13.9.17, Romano, S 12.12.17)
2017 P 17.3360	Auswirkung der Frankenüberbewertung auf die Mehrwertsteuer (N 7.12.17, Finanzkommission NR)
2017 P 17.3361	Vollzug nichtzollrechtlicher Erlasse durch die Eidgenössische Zollverwaltung. Wer steuert, wie werden die Prioritäten gesetzt? (N 7.12.17, Finanzkommission NR)
2018 P 17.3225	Den Fleischschmuggel wirkungsvoll eindämmen (N 6.3.18, Dettling)
2018 P 17.4228	Gleich lange Spiesse für alle Online-Versandhändler (N 16.3.18, Moser)
2018 P 18.3386	Kann der Personalbestand im Grenzwachtkorps aufgrund der Personalreduktion im Zusammenhang mit Dazit bis 2026 aufgestockt werden? (N 27.9.18, Sicherheitspolitische Kommission NR)

Bundesamt für Informatik

Keine

Bundesamt für Bauten und Logistik

2014 M 14.3016	Auslegung der Definition von Kleinstunternehmen im Bauproduktegesetz (N 10.3.14, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 3.6.14)
2016 P 16.3785	Öffentliche Beschaffungen. Massnahmen im Bereich der Planungsleistungen (S 14.12.16, Français)
2017 P 16.4074	Für effiziente zentrale Beschaffungsstellen (N 17.3.17, Golay)
2017 P 15.3937	KMU-taugliche Umsetzung des Bauproduktegesetzes (N 4.5.17, Fässler Daniel)
2018 M 17.3571	Beschaffung von Druck-Erzeugnissen nur in der Schweiz (N 6.3.18, Müri, S 10.12.18)

Eidgenössische Finanzkontrolle

keine

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Generalsekretariat

Keine

Preisüberwachung

Keine

Büro für Konsumentenfragen

Keine

Vollzugsstelle für den Zivildienst

Keine

Wettbewerbskommission

Keine

Kommission für Technologie und Innovation

Keine

Staatssekretariat für Wirtschaft

2010 M 09.3360	OECD-Führung durch Ministerrat oder durch G-20? (N 22.9.09, Aussenpolitische Kommission NR; S 2.3.10; N 6.12.10)
2011 M 10.3626	Lebensmittelproduktion. Ökologische und soziale Zustände (N 13.12.10, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 8.6.11)
2012 P 12.3475	Metalle der Seltenen Erden. Ressourcenstrategie (N 28.9.12, Schneider-Schneiter)
2016 P 14.4186	Freihandel zwischen der EU und den USA. Opportunitätsstrategie der Schweiz (N 29.2.16, Pfister Gerhard)
2016 P 15.4159	Weshalb ist die Schweiz eine Hochpreisinsel? Und was kann dagegen unternommen werden? (S 10.3.16, Fournier)
2016 M 15.3400	Vermeidung unnötiger Bürokratie durch wirkungsvolle Bedarfsanalysen und Regulierungsfolgenabschätzungen (N 23.9.15, Vogler; S 15.6.16)
2016 M 15.3445	Bürokratieabbau. Regulierungsfolgen durch eine unabhängige Stelle aufdecken (N 23.9.15, FDP-Liberale Fraktion; 15.6.16)
2016 P 16.3080	Auswirkungen des digitalen EU-Binnenmarkts auf die Schweiz (S 6.6.16, Vonlanthen)
2017 M 16.3457	Avig. Verringerung des Bürokratieaufwands bei Kurzarbeit (S 6.3.17, Vonlanthen, N 15.6.17)
2017 P 15.3117	Abbau von Regulierungskosten. Bonusorientierte Kontrollintervalle für Betriebe und Anlagen (N 7.3.17, de Courten)
2017 P 15.3122	Abbau von Regulierungskosten. Lockerung von Dokumentations- und Archivierungsvorschriften (N 7.3.17, de Courten)
2017 P 15.3228	Bericht über die Entwicklungsperspektiven des Alpenbogens aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (N 7.3.17, Brand)
2017 P 15.3387	Für einen funktionierenden Wettbewerb. Gegen wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen (N 16.3.17, FDP-Liberale Fraktion)
2017 P 15.3398	Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten des Bundes (N 16.3.17, Walti Beat)
2017 P 15.3421	Einführung einer Regulierungsbremse (N 16.3.17, Walti Beat)
2017 P 15.3679	Bürokratieabbau durch Vereinfachung und Modernisierung des Arbeitsrechts (N 15.6.17, Herzog)
2017 M 16.3902	Verbot von Knebelverträgen der Online-Buchungsplattformen gegen die Hotellerie (S 6.3.17, Bischfo S, N 18.9.17)
2017 P 17.3429	Förderung des Tourismus und der touristischen Infrastrukturen in der Schweiz. Ein Vergleich mit den direkten Konkurrenten (S 27.9.17, Rieder)
2017 P 17.3625	Abbau von Handelshemmnissen. Das Cassis-de-Dijon-Prinzip stärken durch eine deutliche Reduktion der Ausnahmen (S 27.9.17, Kommission für Wirtschaft und Abgaben SR)
2018 M 16.4094	Verbesserung der Sitation der KMU in Wettbewerbsverfahren (S 27.9.17, Fournier; N 5.3.18, Punkt 1 und 4 angenommen)
2018 P 18.3237	Prüfung einer Vereinfachung der Vorschriften über die Preisbekanntgabe (S 6.6.18, Lombardi)
2018 P 18.3376	Ausländische Firmenübernahme in der Schweiz. Ist die heutige Schrankenlosigkeit noch haltbar? (S 6.6.18, Bischof)
2018 P 18.3483	Optimierung und Koordinierung der Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit (N 28.9.18, Bourgeois)

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation

2014 P 14.3740	Eidgenössisches Berufsattest. Bilanz nach zehn Jahren (N 12.12.14, Schwaab)
2015 P 13.3073	Gesamtschau der Innovationspolitik (N 9.3.15, Derder)
2015 P 15.3796	Förderung des Berufsabschlusses von Erwachsenen (S 9.9.15, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR)
2016 M 15.3469	Reduktion des Bürokratieaufwands bei der Lehrlingsausbildung (N 25.9.15, Rösti; S 10.3.16)
2016 P 16.3706	Digitale Wirtschaft und Arbeitsmarkt (S 29.11.16, Vonlanthen)
2017 P 16.4095	Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz (S 6.3.17, Caroni)
2017 P 16.3754	Voraussetzungen zur Ausübung von gewissen Berufen. Stand der Dinge (N 7.3.17, Nantermod)
2017 P 15.3552	Mehr Schnupperlehrstellen bei den Mint-Berufen (N 15.6.17, Schmid-Federer)
2017 P 17.3506	Eine Task-Force schaffen zur Unterstützung, Beratung und Förderung des Berufsbildungssystems im Ausland (S 27.9.17, Hêche)
2017 M 17.3630	Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021 (S 21.9.17, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR, 27.11.17)
2018 P 16.3474	Effizienz- und Qualitätsgewinn im Schweizer Bildungswesen (N 28.2.18, de Courten)
2018 P 18.3631	Schaffung von Studienplätzen in Humanmedizin. Bilanz der Massnahme des Bundes und Perspektiven (N 28.9.18, Bulliard)

Bundesamt für Landwirtschaft

2012 M 10.3818	Verhandlungen mit der EU über ein Freihandelsabkommen in Agrar- und Lebensmittelbereich stoppen (N 9.6.11, Darbellay; S 7.3.12)
2014 P 14.3514	Agrarpolitik 2018-2021. Massnahmenplan zum Abbau der überbordenden Bürokratie und zur Personalreduktion in der Verwaltung (N 26.9.14, Knecht)
2015 P 15.3862	Den administrativen Aufwand in der Landwirtschaft reduzieren (N 18.12.15, Aebi Andreas)
2015 P 15.4056	Stärkung der Milchproduktion aus betriebseigenem Grundfutter (N 18.12.15, Jans)
2016 M 14.4098	Administrativen Aufwand massgeblich reduzieren (N 20.3.15, Müller Walter; S 15.6.16)
2016 P 16.3098	Zusätzlich zur Qualitätsstrategie noch eine Mehrwertstrategie (S 6.6.16, Seydoux)
2016 P 15.4084	Studie über die Auswirkungen von Glyphosat in der Schweiz (N 8.6.16, Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR)
2017 M 14.3542	Tiere ab einem Alter von 121 Tagen an den öffentlichen Schlachtviehmärkten (N 27.9.16, von Siebenthal; S 29.9.16; N 7.3.17)
2017 P 17.3603	Erhöhung des GVE-Faktors bei den Rinder und die Auswirkungen (N 29.9.17, Dettling)
2018 P 17.3916	Zugang zu Land und zu Landwirtschaftsbetrieben verbessern (N 28.2.18, Jans)
2018 M 14.3899	Keine Benachteiligung der Anbindeställe (N 29.9.16, von Siebenthal, S 14.6.17, N 5.3.18)
2018 M 17.4203	Bäuerliches Bodenrecht. Ergänzung der Artikel 61 und 66 BGBB (N 12.3.18, Abate; S 26.9.18)
2018 P 18.3380	Gesamtschau Agrarpolitik. Einfluss des Grenzschutzes auf der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Branchen (N 4.6.18, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR)
2018 P 17.4059	Schrittweiser Ausstieg aus der Verwendung von Glyphosat. Zweckmässigkeit und Modalitäten (N 26.9.18, Thorens Goumaz)
2018 M 18.3144	Stärkung der Schweizer Pflanzenzüchtung jetzt! (N 15.6.18, Hausammann, S 6.12.18)

Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Keine

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

Keine

Bundesamt für Wohnungswesen

Keine

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Generalsekretariat

2015 M 13.3023	Totalrevision des Bundesgesetzes über die Enteignung (N 18.9.14, Regazzi; S 4.6.15; N 1.12.15; Abschreibung beantragt 18.057)
2015 M 13.3196	Totalrevision des Bundesgesetzes über die Enteignung. Marktkonforme Entschädigung der Enteigneten? (N 12.3.15, Ritter; S 4.6.15; N 1.12.15; Abschreibung beantragt 18.057)

Bundesamt für Verkehr

2012 P 12.3640	Brachliegendes Potenzial auf Bahnstrecken nutzen (S 20.9.12, Fetz; Abschreibung beantragt 18.078)
2013 P 13.3415	Angebotsverbesserung auf der Hochrheinstrecke (S 25.9.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen; Abschreibung beantragt 18.078)
2013 P 13.3451	Elektrifizierung und Angebotsverbesserung der Hochrheinstrecke (N 17.9.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; Abschreibung beantragt 18.078)
2014 M 13.3663	Regionaler Personenverkehr. Sicherstellung der Finanzierung und Harmonisierung des Bestellverfahrens (S 10.2.13, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; N 6.5.14)
2014 P 14.3259	Marktordnung im Personenverkehr: Wie weiter nach dem Ablauf der SBB-Konzession 2017? (N 20.6.14, Regazzi)
2014 P 14.3300	Bahnausbau. Mehr Klarheit bei der Projektpriorisierung (N 26.9.14, FDP-Liberale Fraktion; Abschreibung beantragt 18.078)
2016 P 16.3351	Touristische Transportunternehmen vom Geltungsbereich des Arbeitszeitgesetzes entheben (S 26.9.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2017 P 17.3262	Verkehrskreuz Scheiz und Vision Eisenbahnnetz (S 15.6.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR)
2017 P 17.3263	Vorfinanzierung im Rahmen von Fabi/Ausbauschritt 2030/35 (S 15.6.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; Abschreibung beantragt 18.078)
2017 M 17.3258	Moratorium für den Serviceabbau bei den SBB-Drittverkaufsstellen (N 13.6.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR, S 13.9.17)
2018 P 18.3153	Ausbau der Bahnlinie Basel-Biel via Laufen und Delsberg für Doppelstockzüge (S 14.6.18, Hêche)

Bundesamt für Zivilluftfahrt

2013 P 13.3421	Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (S 25.9.13, Häberli-Koller)
2013 P 13.3426	Auswirkungen des Staatsvertrages betreffend den Flughafen Zürich (N 27.9.13 Walter)
2017 M 15.3491	Helikopterpilotinnen und -piloten. Verzicht auf eine Altersgrenze von 60 Jahren (N 21.9.16, Darbellay; S 15.3.17)
2018 P 18.3245	Identifikation von Drohnen und ähnlichen Flugkörpern (N 15.6.18, Guhl)
2018 M 18.3371	Sicherheit und Ordnung beim Betrieb von Drohnen (N 15.6.18, Candinas; S 12.9.18)
2018 P 18.3611	Interessenwahrung der Schweiz bei den grenzüberschreitenden Beziehung mit Deutschland (S 27.9.18, Noser)

Bundesamt für Energie

2009 M 09.3083	Stromversorgungsverträge mit dem Ausland. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen bewahren (N 12.6.09, FDP-Liberale Fraktion; S 10.12.09)
2012 P 12.3131	Sach- und Entscheidkompetenz in der Atomaufsicht vereinen (N 15.6.12, Müller-Altermatt)
2012 M 12.3253	Angemessene Rendite für den Umbau des Energiesystems (N 15.6.12, Gasche; S 13.12.12)
2016 M 14.3668	Wasserzinsregelung nach 2019 (N 9.12.14, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR; S 3.12.15; N 2.3.16, Abschreibung beantragt 18.056)
2016 M 16.3038	Transformatorenstationen und andere elektrische Anlagen einfacher ermöglichen (S 14.6.16, Häberli-Koller, N 14.12.16)
2017 M 14.3837	Synthetische CO2-neutrale Treibstoffe. Anrechnung bei der CO2-Flottenemissionsregelung (N 16.6.16, Böhni; S 8.3.17; Abschreibung beantragt 17.071)
2017 P 15.4013	Erdverlegung der Übertragungsleitung Chamoson-Ulrichen (N 9.3.17, Reynard)
2018 P 16.3890	Stromverbrauch. Wie hoch ist der jährliche Stromverbrauch für von Elektrizitätswerken gesteuerte Verbraucher wie Elektroboiler, Speicherheizungen, Wärmepumpen, Pumpspeicher usw. in der Schweiz? (N 8.3.18, Grossen Jürg)
2018 M 18.3000	Investitionsanreize für den langfristien Erhalt der Schweizer Stromproduktionsanlagen (S 5.3.18, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 11.9.18)

Bundesamt für Strassen

2012 P 11.4165	Mehr Nutzlast für die Führerausweiskategorie C1E (N 15.6.12, Hurter Thomas)
2014 M 12.3102	Rasche Realisierung der Verbindung der Rheintalautobahnen zwischen der Schweiz und Österreich

	(N 26.9.13, Müller Walter; S 20.3.14)
2014 M 13.3572	Flexiblere Ab- und Auflastung von Nutzfahrzeugen zur Effizienzsteigerung (N 27.9.13, Hess Lorenz; S 20.3.14)
2015 P 15.4038	Vereinfachte Fahrzeugprüfung für Kleinfahrzeuge (N 18.12.15, Candinas)
2016 M 15.3574	Führerausweis auf Probe. Verhältnismässige Regelung bei Widerhandlungen während der Probezeit (N 25.9.15, Freysinger; S 14.6.16)
2016 M 13.3818	Vereinfachte Zulassung von Motorfahrzeugen und mehr Verkehrssicherheit (N 14.9.15, Darbellay; S 14.6.16)
2016 P 14.3301	Vereinfachung der Bewilligungsverfahren für Berufschauffeure (S 15.6.16, FDP-Liberale Fraktion)
2016 M 16.3349	Reporting zu den Unterhalts- und Betriebskosten der NEB-Strecken (N 15.6.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR 15.023; S 14.9.16)
2016 M 16.3066	Taxis, Uber und andere Fahrdienste. Für einen faireren Wettbewerb (N 12.9.16, Nantermod; S 8.12.16)
2016 M 16.3068	Anpassung des Strassenverkehrsgesetzes an die neuen Angebote (N 17.6.16, Derder; S 8.12.16)
2017 M 14.3947	Wiedereröffnung des Autobahnanschlusses Emmen Nord (N 16.6.16, Müri; S 8.12.16; N 2.3.17)
2017 M 17.3267	Für gleich lange Spiesse. Verkauf und Ausschank von Alkohol auch auf Autobahnraststätten zulassen (N 13.6.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR, S 13.9.17)
2017 M 17.3049	Digitalisierung. Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge (N 16.6.17, FDP-Liberale Fraktion, S 11.12.17)
2017 M 17.3100	Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit von 80 auf 100 Stundenkilometer auf Schweizer Autobahnen für Motorwagen mit Anhänger (N 16.6.17, Burkart, S 11.12.17)
2017 M 17.3191	Automatisierte Fahrzeuge. Möglichst schnell den rechtlichen Rahmen festlegen (N 16.6.17, Regazzi, S 11.12.17)
2018 M 17.3632	Via sicura. Anpassungen (S 11.12.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; N 27.2.17)
2018 M 17.3666	Das Rechtsvorbeifahren auf Autobahnen und Autostrassen erlauben. Schaffung von Rechtssicherheit durch die Lockerung und Klärung der Bestimmungen über das Rechtsvorbeifahren (N 27.2.18, Burkart; S 13.6.18)
2018 M 17.3924	Führerausweis. Gleiche Fahrzeuge, gleiche Strasse, gleicher Ausweis (N 15.12.17, Nantermod; S 13.6.18)
2018 M 16.3846	Bürokratieabbau dank der Abschaffung der Kontrollmarke zur Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (N 8.3.18, Reimann Lukas; S 27.9.18)
2018 M 17.4039	Gesetzliche Hürden zur Einführung von autonomen Fahrzeugen abschaffen (N 16.3.18, Grünliberale Fraktion; S 27.9.18)
2018 M 17.4132	Abbau von technischen Handelshemmnissen bei der Erhöhung oder Absenkung des Garantiegewichts und der Anhängelast von Personenwagen und leichten Nutzfahrzeugen (N 16.3.18, Regazzi; S 27.9.18)
2018 M 17.4317	Fairere Verfahren im Strassenverkehr (S 5.3.18, Caroni; N 11.9.18)
2018 M 18.3078	Personenwagen als Anhänger von Arbeitsmotorwagen zulassen (N 15.6.18, Nantermod, S 28.11.18)
Bundesamt für Kommunikation	
2011 M 11.3314	Pornografie im Internet. Vorbeugend handeln (S 22.9.11, Savary; N 6.12.11; Abschreibung beantragt 17.058)
2011 P 11.3906	IKT-Grundlagengesetz (N 23.12.11, Schmid-Federer; Abschreibung beantragt 17.058)
2013 P 13.3097	SRG-Programme. Mehr Mitwirkungsrechte für Gebührenzahler (N 21.6.13, Rickli Natalie)
2016 M 15.3603	SRG. Kostentransparenz schaffen und Kosteneffizienz steigern (N 25.9.15, Wasserfallen; S 14.6.16)
2016 M 13.3048	Gegen die Aufhebung der indirekten Presseförderung ohne glaubwürdige Alternative (N 24.9.14, Bulliard; S 3.12.15; N 16.6.16)
2016 P 15.3618	Bericht zum Service-public-Auftrag der SRG. Analyse nach Subsidiaritätsprinzip (N 21.9.16, Wasserfallen)
2017 P 16.3630	Unabhängige Aufsichtsbehörde für Radio und Fernsehen (N 14.3.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2017 M 14.4075	Die Post. Postsendungen sollen allen zugestellt werden (N 12.9.16, Clottu, S 15.6.17)
2017 M 14.4091	Die Post. Postsendungen sollen allen zugestellt werden (N 12.9.16, Maire Jaques-André, S 15.6.17)
2017 M 15.3777	Radio- und Fernsehverordnung. Gebührenanteil für Radio- und Fernsehstationen auf 6 Prozent erhöhen (N 9.3.17, Darbellay, 26.9.17)
2017 M 16.4027	SRG und unabhängige audiovisuelle Industrie. Den unabhängigen Markt stärken, die Zusammenarbeit intensivieren, Wettbewerbsverzerrungen vermeiden (N 17.3.17, Fluri, S 26.9.17)
2017 P 17.3628	Überprüfung der Anzahl SRG-Sender (N 11.9.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR)
2017 M 16.3481	Regional differenzierte Erreichbarkeitsvorgaben in der postalischen Grundversorgung (N 30.5.17, S Amherd, 30.11.17)
2017 M 16.3482	Mehr Transparenz in der Erfüllung der postalischen Grundversorgung (N 30.5.17, Amherd, S 30.11.17)

2017 M 17.3013	Die Aufsichtsinstrumente im Postbereich gesetzlich verankern (N 30.5.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR, S 30.11.17)
2018 M 16.3336	Erhöhung der Internet-Mindestgeschwindigkeit in der Grundversorgung auf 10 Megabit pro Sekunde (N 30.5.17, Candinas; S 5.3.18)
2018 M 17.3356	Strategische Poststellennetz Planung (S 26.9.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen SR; N 1.3.18)
2018 P 16.3933	Die Zukunft des Postnetzes geht uns alle an! (N 8.3.18, Reynard)
2018 M 17.3012	Postgesetzgebung (N 30.5.17, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; S 30.11.17, N 7.6.18)
2018 M 15.3416	Rückzahlung der unrechtmässig erhobenen Mehrwertsteuer auf Radio- und Fernsehgebühren (N 4.5.17, Flückiger Sylvia; S 12.9.18)
2018 M 16.3848	Flächendeckende Postzustellung bis zur Mittagszeit (N 8.3.18, Candinas, S 28.11.18)

Bundesamt für Umwelt

2008 M 07.3161	Beste Abgastechnologie für alle Dieselmotoren (S 21.6.07, Jenny; N 6.12.07; S 12.3.08)
2009 M 08.3240	Fluglärmimmissionen. Entschädigung nachbarrechtlicher Abwehransprüche (S 12.6.08, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 4.6.09)
2010 M 10.3264	Revision von Artikel 22 der Berner Konvention (S 2.6.10, Fournier; N 30.9.10; Abschreibung beantragt 17.052)
2013 M 10.3619	Intensive Palmölproduktion. Bekämpfung der umweltschädlichen Auswirkungen auf internationaler Ebene (N 6.6.12, de Buman; S 19.3.13)
2013 P 12.4021	Zusammenlegung Laborbereiche des Bundes. Bessere Ausnutzung der Ressourcen (N 22.3.13, Schneeberger; Punkt 2 angenommen)
2013 P 12.4196	Umgang mit dem Bären in der Schweiz (N 22.3.13, Rusconi)
2013 P 12.3142	Differenzierte Ausscheidung und Nutzung von Gewässerräumen (N 26.9.13, Vogler)
2014 M 12.3334	Vollzug der Revitalisierung der Gewässer (N 12.6.12, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR; S 4.6.14; N 11.9.14)
2014 M 11.4020	Für eine sachgerechte Verwendung von Biomasse-Reststoffen und gegen Technologieverbote (N 17.9.13, Lustenberger; S 27.11.14)
2014 P 14.3571	Grundlagen für eine faktenbasierte Klimapolitik (S 25.11.14, Gutzwiller; Abschreibung beantragt 17.071)
2015 M 14.3095	Ortsüblicher Bewirtschaftungsbereich. Ersatzlose Aufhebung von Artikel 24 der Gewässerschutzverordnung (S 19.6.14, Bischofberger; N 12.3.15)
2015 M 14.3151	Zusammenleben von Wolf und Bergbevölkerung (S 19.6.14, Engler; N 12.3.15; Abschreibung beantragt 17.052)
2015 M 12.4230	Nationales Kompetenzzentrum Boden als Gewinn für Landwirtschaft, Raumplanung und Hochwasserschutz (N 17.6.14, Müller-Altermatt; S 4.6.15)
2015 P 15.3795	Standortbestimmung zur Fischerei in Schweizer Seen und Fliessgewässern (N 14.9.15, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR)
2015 M 14.3830	Jagdbanngebiete in Wildtierschutzgebiete umbenennen (N 12.12.14, Landolt; S 3.12.15; Abschreibung beantragt 17.052)
2016 M 15.3543	Bürokratieabbau in der CO2- und Energiegesetzgebung. Einheitliche Rahmenbedingungen für den Vollzug von Zielvereinbarungen (N 25.9.16, FDP-Fraktion; S 15.3.16; Abschreibung beantragt 17.071)
2016 M 15.3534	Eine sachgerechte Regulation des Höckerschwans ermöglichen (S 23.9.15, Niederberger; N 2.3.16; S 14.6.16)
2016 P 14.3818	Einführung einer eidgenössischen Jagdberechtigung (N 16.6.16, Landolt; Abschreibung beantragt 17.052)
2016 M 13.3324	Anpassung des Gewässerschutzgesetzes an die heutige Nutztierhaltung (N 12.3.15, Aebi Andreas; S 9.3.16; N 12.9.16)
2016 M 15.4092	Lärmschutzmassnahmen bei Strassen nach 2018 (S 15.3.16, Lombardi; N 12.9.16)
2017 M 14.3976	Verzicht auf unverhältnismässige Auflagen im Hinblick auf die Umsetzung der Energiestrategie 2050 (N 16.6.16, Müller Leo; S 15.3.17)
2017 M 15.3545	Bürokratieabbau. Allen Unternehmen die Berfreiung von CO2-Abgabe ermöglichen (N 21.9.16, FDP-Liberale Fraktion, S 13.6.17; Abschreibung beantragt 17.071)
2017 M 16.3710	Sachgerechte Verwendung von Biomasse (N 16.12.16, Semadeni, S 13.9.17)
2017 P 17.3253	CO2-Reduktion durch Anschluss an das Fernwärmenetz (S 15.6.17, Graber Konrad)
2017 P 17.3257	PET-Recycling in der Schweiz. Weshalb ein gut funktionierendes System ändern? (S 15.6.17, Cramer)
2017 P 17.3505	Die Chancen der Kreislaufwirtschaft nutzen. Prüfung steuerlicher Anreize und weiterer Massnahmen (S 13.9.17, Vonlanthen)
2018 M 17.3855	Gleich lange Spiesse für Schweizer Holzexporteuere gegenüber ihrer europäischen Konkurrenz (S 11.12.17, Föhn; 7.6.18; Abschreibung beanragt 18.095)

2018 M 17.3843	Gleich lange Spiesse für Schweizer Holzexporteuere gegenüber ihrer europäischen Konkurrenz (N 15.12.17, Flückiger Sylvia; S 27.9.18; Abschreibung beanragt 18.095)
2018 P 18.3509	Die Hürden gegen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft abbauen (S 27.9.18, Noser)
2018 P 18.3610	Wasserversorgungssicherheit und Wassermanagement. Grundlagenbericht (S 12.9.18, Rieder)
2018 M 18.3018	Korrekter Einsatz der Bundesgelder für die Kugelfansanierung (N 15.6.18, Salzmann, S 28.11.18)
2018 P 18.4095	Folgen der Ausbreitung von Grossraubtieren auf die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen von Heim- und Sömmerungsbetrieben (S 28.11.18, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR)

Bundesamt für Raumentwicklung

2008 M 07.3280	Für eine Agglomerationspolitik des Bundes (N 5.10.07, Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR; S 22.9.08; Abschreibung benatragt 18.077)
2010 P 10.3483	Umnutzung von landwirtschaftlichen Bauten (N 1.10.10, Hassler; Abschreibung benatragt 18.077)
2011 M 08.3478	Raumkonzept Schweiz. Aufnahme von Bern als Metropolitanraum. Gesetzliche Grundlagen (N 22.9.10, Joder; S 1.6.11; Punkt 1 angenommen)
2011 M 10.3086	Raumplanungsgesetz im Dienste einer produzierenden Landwirtschaft (N 18.6.10, Zemp; S 1.6.11; Abschreibung benatragt 18.077)
2011 M 10.3489	Umfassender Schutz des Kulturlandes in der Raumplanung (N 1.10.10, Hassler; S 1.6.11; Punkte 1 und 3 angenommen)
2011 M 10.3659	Raumplanung und wirksamer Schutz von Kulturland (N 17.12.10, Bourgeois; S 1.6.11)
2011 P 11.3081	Verbesserung der raumplanerischen Rahmenbedingungen für den Agrotourismus (S 1.6.11, Imoberdorf; Abschreibung benatragt 18.077)
2012 M 08.3512	Weg mit der überflüssigen Bürokratie im Gastgewerbe (N 22.9.10, Amstutz; S 15.3.12; N 24.9.12)
2015 P 15.3699	Entwicklung im Bereich der Raumplanung (N 25.9.15, Bourgeois)
2016 P 15.4088	Verhältnis des Kulturlandschutzes zu anderen Schutzansprüchen (N 2.3.16, Geschäftsprüfungskommission NR)
2016 P 15.4127	Bessere Koordination zwischen Raum- und Verkehrsplanung (N 15.6.16, Vogler)
2016 P 16.3008	Baubewilligungsverfahren für Mobilfunkantennen (N 16.6.16, Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen NR; Abschreibung benatragt 18.077)
2016 M 15.4087	Anpassung der raumplanungsrechtlichen Anforderungen für Hotelbauten ausserhalb der Bauzonen (S 9.3.16, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR; N 12.9.16; Abschreibung benatragt 18.077)
2016 P 16.3460	Für eine verstärkte Teilnahme der bundesnahen Unternehmen an der Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume (S 26.9.16, Hêche)
2017 M 16.3622	Hobbymässige Kleintierhaltung im Raumplanungsrecht (S 19.6.16, Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie SR, N 15.6.17; Abschreibung benatragt 18.077)
2017 P 16.4108	Geologische Daten zum Untergrund (N 17.3.17, Vogler)
2018 P 18.3606	Die Schnittstellenproblematik zwischen Nationalstrassen und dem nachgelagerten Strassennetz lösen (N 28.9.18, Burkart)